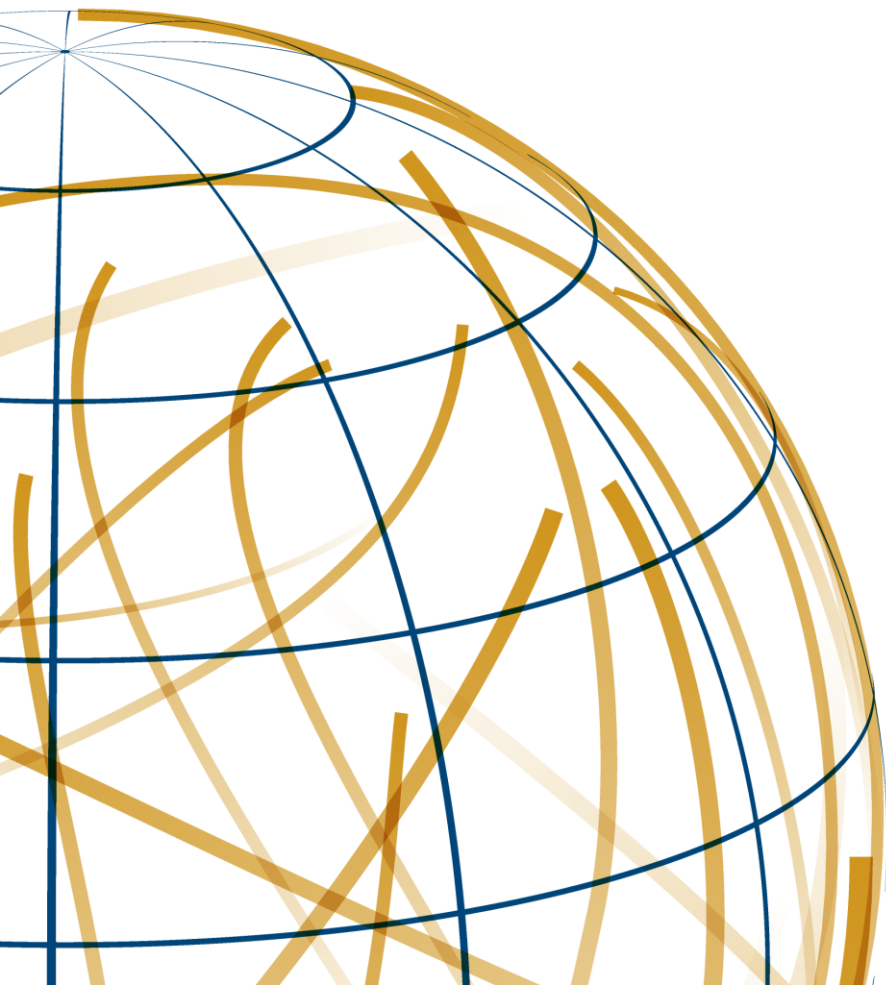


SWP-Studie

Nicolai von Ondarza / Christian Wirth (Hg.)

Die neuen Sicherheitspartnerschaften der EU

Möglichkeiten zur Wahrung von Europas Handlungsfähigkeit
in einer imperialen Welt



Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit

SWP-Studie 14
Oktober 2026, Berlin

- Seit 2024 hat die EU in rascher Folge mit zwölf Staaten Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften (SDPs) geschlossen, vom Vereinigten Königreich über Kanada bis Indien und Australien. Diese Studie analysiert das neue Instrument in acht Fallstudien sowie mit Blick auf die Türkei und die Ukraine, zwei enge Sicherheitspartner der EU ohne formale SDP.
- Gemeinsamer Antrieb aller Partnerschaften ist die Diversifizierung von Sicherheitsbeziehungen. Angesichts des russischen Angriffskriegs, der chinesischen Großmachtpolitik und unsicherer US-Sicherheitsgarantien suchen die EU und ihre Partner zusätzliche Standbeine für ihre strategische Absicherung, keinen Ersatz für die USA oder die Nato.
- Trotz des Anspruchs, jede Partnerschaft »maßgeschneidert« konfiguriert zu haben, enthalten die zwölf Abkommen teils wortgleiche Passagen. Diese werden aber je nach Partner unterschiedlich ausgefüllt. Allianzen mit Beistandspflichten entstehen dabei bewusst nicht.
- Der Nutzen variiert erheblich: Am größten ist er bei Staaten, die der EU absehbar nicht beitreten, aber für Europas Sicherheit wichtig sind. Die Ukraine übertrifft ohne SDP alle Partner in der Tiefe der Kooperation, während eine SDP mit der strategisch bedeutsamen Türkei politisch blockiert bleibt.
- Trotz des Fokus auf Sicherheit und Verteidigung bleibt die größte Anziehungskraft der EU wirtschaftlicher Natur; am attraktivsten ist der Zugang zur Rüstungsfinanzierung über SAFE. Langfristig werden die Sicherheitspartnerschaften nur tragen, wenn die EU ihre eigenen sicherheitspolitischen Instrumente konsequent ausbaut und intern kohärenter auftritt.
- Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten die Rahmenwerke nun mit konkreten Projekten füllen und Prioritäten setzen. Die Studie empfiehlt zudem eine gezielte Erweiterung des Partnerkreises, die Nutzung der SDPs als Brücke zwischen EU und Nato und die Zusammenführung von SDP-Partnern in neuen Konfigurationen jenseits bilateraler Formate.

SWP-Studie

Nicolai von Ondarza / Christian Wirth (Hg.)

Die neuen Sicherheitspartnerschaften der EU

Möglichkeiten zur Wahrung von Europas Handlungsfähigkeit
in einer imperialen Welt

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit

SWP-Studie 14
Oktober 2026, Berlin



Dieses Werk ist lizenziert
unter CC BY 4.0

SWP-Studien unterliegen
einem Verfahren der Begut-
achtung durch Fachkolle-
ginnen und -kollegen und
durch die Institutsleitung (*peer
review*), sie werden zudem
einem Lektorat unterzogen.
Weitere Informationen
zur Qualitätssicherung der
SWP finden Sie auf der SWP-
Website unter [https://
www.swp-berlin.org/ueber-
uns/qualitaetssicherung/](https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/).
SWP-Studien geben die
Auffassung der Autoren und
Autorinnen wieder.

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-200
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6372
ISSN (Online) 2747-5115
DOI: 10.18449/2026S14

Inhalt

5	Problemstellung und Empfehlungen
7	Die EU auf Partnersuche: Ein Instrumentenkasten für Sicherheits- und Verteidigungskooperation Johanna Flach/Nicolai von Ondarza
17	Albanien und Nordmazedonien: SDPs als Mittel einer differenzierten EU-Integration Marina Vulović
23	Island als europäischer Sicherheitspartner: Sichere Häfen in Zeiten interkontinentaler Spannungen Michael Paul
29	Die Sicherheitspartnerschaft der EU mit dem Vereinigten Königreich: Zwischen geopolitischer Kooperation und institutioneller Vorsicht Jake Benford
36	Luft nach oben – Das Potential der EU-Partnerschaft mit Kanada Rocco Görhardt/Johannes Thimm
42	Wider die »Tyrannei der Distanz«: Australien als Sicherheitspartner der EU Christian Wirth
47	Japan und die EU: Neue Sicherheitsagenda auf Basis geopolitischer Konvergenz Alexandra Sakaki
52	From Dialogue to Practice? Die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zwischen der EU und Südkorea Eric J. Ballbach
57	Die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft mit Indien: Ein strategisches Rahmenwerk mit drei Signalfunktionen Tobias Scholz/Fagun Singh
62	Die Türkei und die EU: Nicht institutionell eingebunden, aber doch dabei Hürcan Aslı Aksoy/Yaşar Aydın
67	Die Ukraine als Sonderfall europäischer Sicherheitspartnerschaften André Härtel
73	Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen Nicolai von Ondarza/Christian Wirth
80	Anhang
80	Abkürzungen
81	Die Autorinnen und Autoren

*Die Herausgeber danken Johanna Flach für
die Forschungsassistenz.*

Die neuen Sicherheitspartnerschaften der EU. Möglichkeiten zur Wahrung von Europas Handlungsfähigkeit in einer imperialen Welt

Seit 2024 hat die Europäische Union in rascher Abfolge mit zwölf Ländern eine neue Form von Sicherheitspartnerschaften, sogenannte Security and Defence Partnerships (SDP), abgeschlossen. Diese sollen dazu beitragen, die Handlungsfähigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten in einer zunehmend von Großmacht-rivalitäten geprägten Weltordnung durch eine engere Zusammenarbeit mit Partnern zu stärken.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind aber nicht die einzigen Staaten, die in der neuen imperialen Welt unter Druck geraten sind. Auch viele traditionelle westliche Verbündete der USA suchen nach neuen Partnerschaften. Das Streben nach Diversifizierung – weg von der oder zumindest in Ergänzung zur Zusammenarbeit mit den USA – hat zwei zentrale Treiber: Erstens steht die Verlässlichkeit der US-Sicherheitsgarantien sowohl in Europa als auch im Indo-Pazifik in Frage. Zweitens verschärfen handelspolitische Spannungen und der Abbau multilateraler Regeln den geopolitischen Wettbewerb und erhöhen den Druck, sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit durch ein breiteres Spektrum an internationalen Kooperationen abzusichern.

Vor diesem Hintergrund analysieren die Autorinnen und Autoren der Beiträge zur dieser Sammelstudie die Sicherheitsbeziehungen der EU zu europäischen und globalen Partnern. Ausgehend von den Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften, die seit 2024 formalisiert wurden, setzen sie sich mit den zwei folgenden Fragenkomplexen auseinander:

- Welche neuen sicherheitspolitischen Partnerschaften hat die EU mit globalen Partnern etabliert, und welche Themen und Bereiche erfassen sie (zum Beispiel Verteidigung, Rüstung, Resilienz, Cybersicherheit, maritime Sicherheit)? Welchen Umfang haben sie, wie hoch ist ihr Ambitionsniveau, welche institutionelle Tiefe haben sie erreicht? Wie gliedern sie sich in die erweiterten Sicherheitsbeziehungen der jeweiligen Staaten mit der EU ein?
- Wie bewerten die Partner die sicherheitspolitische Rolle der EU, und welche Bedeutung hat die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der EU für

sie – auch im Vergleich mit anderen Akteuren (zum Beispiel den USA oder China)? Welche Erwartungen an die EU verbinden sie damit?

Nach einem Überblickskapitel zu dem Instrument der SDP werden acht Fälle in drei Kreisen von Sicherheitspartnern analysiert: Staaten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und Beitrittskandidaten (Albanien und Nordmazedonien, Island), gleichgesinnte (*like-minded*) Nato-Staaten (Vereinigtes Königreich, Kanada) sowie globale Partner mit Schwerpunkt Indo-Pazifik (Australien, Indien, Japan, Südkorea). Diese Auswahl bildet das breite Spektrum der Sicherheitspartnerschaften der EU ab. Die übrigen Partnerschaften (Ghana, Moldau, Norwegen) werden im Überblickskapitel mit analysiert. Zusätzlich werden zwei vielschichtige Beziehungen zu wichtigen Partnern in den Blick genommen, die aus unterschiedlichen politischen Gründen kein formelles Sicherheitspartnerschaftsabkommen mit der EU haben: die Türkei und die Ukraine. Der Fokus liegt dabei auf den Beziehungen mit der EU und auf der Perspektive der Partner. Nur dort, wo es besonders relevant ist, werden wichtige bilaterale Sicherheitsbeziehungen zu einzelnen EU-Staaten mitbetrachtet.

Der Vergleich zeigt: Das Instrument der SDPs hat den größten Nutzen in Bezug auf Staaten, die nicht in absehbarer Zeit oder gar nicht der EU beitreten werden, wegen ihrer geografischen Nähe und wirtschaftlichen Verflechtung mit der Union jedoch für Brüssel wichtig sind. Dort generieren SDPs einen Mehrwert, indem sie die politischen Fundamente der Beziehung zur EU stärken und Impulse für verstärkte Anstrengungen zur Verbreiterung der bilateralen Kooperationsformate und -projekte geben können. Dabei dienen die SDPs dazu, sowohl bestehende Sicherheitsbeziehungen zusammenzuführen als auch zu intensivieren.

Allgemein zeigt sich, dass die SDPs mit den jeweiligen Kooperationsfeldern nur ein Teil des Pakets zur verstärkten bilateralen Zusammenarbeit darstellen. Für ausgewählte Partner sind die SDPs vor allem da interessant, wo die EU als großer Wirtschaftsraum mit ins Spiel kommt: Konkret zum Tragen kommt dieser Anreiz, wenn sich für Drittstaaten der Zugang zu den Rüstungsaufträgen öffnet, die über den SAFE-Mechanismus finanziert werden, oder (indirekt) Aussicht auf eine Assoziation mit dem Förderprogramm Horizon Europe besteht. Von noch größerer Bedeutung ist für viele Partner sodann die Vertiefung wirtschaftlicher Beziehungen mit der EU mit Hilfe von neuen Freihandelsabkommen. Gerade die neuen

Verträge, die nach jahrelanger Verzögerung, alle im Jahr 2026, mit der Organisation Mercosur, mit Indien, Indonesien und Australien abgeschlossen werden konnten, zeugen von der neuen Dringlichkeit verstärkter Kooperation, welche alle hieran beteiligten Parteien verspüren. Diese Handelsabkommen stehen nicht in direkter Verbindung mit den SDPs, werden aber politisch verknüpft und wurden im Falle von Australien und Indien parallel vereinbart. Hier wird eine handelspolitische mit einer sicherheitspolitischen Diversifizierung verbunden.

Grundsätzlich begegnen sich im Rahmen von SDPs aber ungleiche Partner: Die EU als supranationale Organisation kooperiert mit Nationalstaaten. Und weil die Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der EU, anders als die Wirtschaftspolitik, eine nationale Aufgabe bleibt, müssen auch die Sichtweisen unterschiedlich und die Erwartungen an Brüssel entsprechend begrenzt bleiben. Gemeinsam ist dabei sowohl der EU als auch ihren Partnern, dass in keinem der untersuchten Fälle die Erwartung entstanden ist, dass die EU die Sicherheitsgarantien der USA oder die Mitgliedschaft bzw. Partnerschaft mit der Nato auch nur teilweise ersetzen solle oder könne. Angesichts der zunehmenden Rivalität der Großmächte bildet die EU mit ihren SDPs bisher dezidiert einen ergänzenden Rahmen, kein eigenständiges Allianznetzwerk, das den Anspruch auf ein rivalisierendes Machtzentrum erheben könnte.

Um aus den in rascher Abfolge geschlossenen Abkommen mehr als diplomatische Symbolpolitik in einer zunehmend von harter Großmachtpolitik dominierten Welt zu machen, sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten in ihre eigene Attraktivität investieren. Hierzu gehört, die SDPs über konkrete Projekte mit Leben zu füllen und, mit Blick auf politische Kapazitäten, nur noch um wenige ausgewählte weitere Partnerschaften zu ergänzen. Zudem sollte die EU intern Friktionen abbauen, indem sie die Koordination der Zusammenarbeit mit Sicherheitspartnern zwischen den EU-Institutionen verbessert und verstärkt. Dies könnte die Anziehungs- und Strahlkraft der EU, die in der Verbindung von Handels- und Sicherheitspartnerschaften besteht, noch erhöhen. Gleichzeitig können die SDPs einen Beitrag dazu leisten, die Bruchlinien zwischen einer sich europäisierenden Nato und der EU zu reduzieren. Zuletzt könnte die EU darauf hinarbeiten, selbst zu einem sicherheitspolitischen Gravitationszentrum zu werden, indem sie mehrere ausgewählte bilaterale Sicherheitspartnerschaften verbindet und zusammenbringt.

Johanna Flach/Nicolai von Ondarza

Die EU auf Partnersuche: Ein Instrumentenkasten für Sicherheits- und Verteidigungskooperation

Die Analyse der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften (Security and Defence Partnerships, SDPs) der Europäischen Union (EU) sollte mit einem Blick auf das Instrumentarium beginnen, das die EU im Rahmen ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) ihren (potentiellen) Partnern anbietet. Hierbei ist zu bedenken, dass die GSVP eine primär intergouvernementale Politik ist, in der die (großen) Mitgliedstaaten die dominierenden Akteure sind, die zudem vielfach außerhalb der EU handeln, etwa über die Nato.¹ Was also kann die EU ihren Partnern in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bieten?

Bisherige Kooperation mit Drittstaaten in der GSVP

Das neue Instrument der EU-Sicherheitspartnerschaften fügt sich in eine bereits bestehende Landschaft von Instrumenten der GSVP ein, an denen Drittstaaten seit Längerem und unter unterschiedlichen Voraussetzungen partizipieren können.² In ihrem 2022 verabschiedeten Strategischen Kompass hat die EU dann erstmals den Ausbau von Partnerschaften als eine von vier Säulen ihrer sicherheits- und verteidigungspolitischen Strategie beschrieben.³

Auch schon vor der Bündelung in Form der SDPs hat die EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit Drittstaaten zusammengearbeitet. Die bisherige Kooperation fokussierte vor allem auf folgende Bereiche: Die *operative Beteiligung* ermöglicht Partnern von Beginn an, das heißt seit über 20 Jahren, an militärischen und zivilen Operationen und Missionen der EU teilzunehmen, später auch an gemeinsamen Übungen.⁴ Für die Beteiligung an GSVP-Missionen und -Operationen hat die EU mit rund 22 Partnerländern Rahmenabkommen geschlossen, welche die rechtlichen und praktischen Bedingungen einer solchen Teilnahme verbindlich regeln.⁵

In den Bereichen *Finanzierung*, *Fähigkeitsaufbau* und *Technologie* ist die Beteiligung von Drittstaaten komplexer. Das liegt auch daran, dass die EU für ihre mittlerweile zahlreichen Instrumente kein einheitliches Regelwerk für die Zusammenarbeit mit Drittstaaten hat, sondern jeweils eine separate Rechtsgrundlage

17.6.2026). Die anderen drei Säulen sind *Handeln*, also ein entschlosseneres, schnelleres und konsequenteres Vorgehen bei zivilen und militärischen Vorhaben der EU, *Investieren* und *Sichern*, Letzteres indem die Resilienz der EU gestärkt wird.

4 European Union External Action Service, »Missions and Operations. Working for a Stable World and a Safer Europe«, 15.7.2026, <https://www.eeas.europa.eu/eeas/missions-and-operations_en> (Zugriff am 19.8.2026); Daniel Fiott / Gustav Lindstrom, *Strategic Compass. New Bearings for EU Security and Defence?*, Paris: European Union Institute for Security Studies (EUISS), Dezember 2021 (Chaillot Paper 171), <https://cris.vub.be/ws/portalfiles/portal/79090711/CP_171_0.pdf> (Zugriff am 6.5.2026).

5 European Centre of Excellence for Civilian Crisis Management, »Frameworks for Participation Agreements in Crisis Management Missions between the EU and Third States«, Berlin, 30.1.2024, <<https://www.coe-civ.eu/kh/crisis-management-framework-for-participation-agreements-between-the-eu-and-third-states>> (Zugriff am 24.4.2026).

1 Zur Kompetenzentwicklung der EU in Sicherheits- und Verteidigungsfragen siehe auch Catherine Hoeffler et al., »The Polycrisis and EU Security and Defence Competences«, in: *Journal of European Public Policy*, 31 (2024) 10, S. 3224–3248.

2 Elena Lazarou / Linda Tothova, *Third-Country Participation in EU Defence*, Brüssel: European Parliamentary Research Service (EPRS), März 2022, <[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2022/729348/EPRS_ATA\(2022\)729348_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2022/729348/EPRS_ATA(2022)729348_EN.pdf)> (Zugriff am 17.6.2026).

3 European Union, *A Strategic Compass for Security and Defence*, Brüssel 2022, <https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/strategic_compass_en3_web.pdf> (Zugriff am

festlegt. Für die Sicherheitspartnerschaften besonders relevant ist das Instrument Security Action for Europe (SAFE) für die Rüstungsfinanzierung: Durch eine Sicherheitspartnerschaft kann das jeweilige Partnerland einen bevorzugten Zugang zu mit SAFE finanzierten Rüstungsaufträgen erhalten (siehe unten in diesem Beitrag).⁶ Mit dem Programm für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) steht seit Ende 2025 ein langfristiges Instrument zur gemeinsamen Rüstungsbeschaffung der Mitgliedstaaten und zur strukturellen Förderung der Verteidigungsindustrie bereit. Einrichtungen aus anderen Ländern können beteiligt werden, wenn bestimmte Bedingungen zur Herkunft von Komponenten und zur Kontrolle der Produkte erfüllt sind.⁷ Über eine Zusammenarbeitsvereinbarung können Drittstaaten zudem an die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) angebunden werden. Und im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) wird Drittstaaten primär eine Beteiligung am Projekt »Military Mobility« in Aussicht gestellt.⁸

Die Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) erweist sich hier als entscheidendes Kriterium: Während eine Kooperation im Rahmen von PESCO, mit der EDA und in Teilen auch SAFE grundsätzlich engeren Partnern der EU offensteht, bleiben eine wechselseitig vorteilhafte Zusammenarbeit über EDIP oder der erleichterte Zugang zum Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) den EWR-Mitgliedern vorbehalten.⁹

6 Rat der Europäischen Union, *Council Regulation (EU) 2025/1106 of May 2025 Establishing the Security Action for Europe (SAFE) through the Reinforcement of the European Defence Industry Instrument*, Brüssel, 27.5.2025, <<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32025R1106>> (Zugriff am 14.8.2026).

7 Nicolò Murgia / Alessandro Marrone, *The European Defence Industry Programme: The Last Piece of the EU Defence Puzzle?*, Rom: Istituto Affari Internazionali, Februar 2026 (IAI Brief 26/02), <<https://www.iai.it/en/publications/c41/european-defence-industry-programme-last-piece-eu-defence-puzzle>> (Zugriff am 24.4.2026).

8 René Hofer / Christian Leuprecht, *PESCO at the Crossroads: Delivering Capabilities, Anchoring Allies*, Brüssel: Wilfried Martens Centre for European Studies, Februar 2026, <<https://www.martenscentre.eu/publication/pesco-at-the-crossroads-delivering-capabilities-anchoring-allies>> (Zugriff am 24.4.2026).

9 Siehe dazu auch Max Becker / Johanna Flach / Nicolai von Ondarza, *Third-State Participation in the EU's Common Security and Defence Policy*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Februar 2025 (Research Division EU/Europe, WP 2),

Die Sicherheitspartnerschaften im Überblick

Seit 2024 hat die EU begonnen, ihre Kooperation mit Partnern in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Form der Sicherheitspartnerschaften zusammenzuführen; zum Stand Oktober 2026 hat die Union zwölf dieser SDPs abgeschlossen (siehe Tabelle 1, Seite 9, und Karte 1, Seite 10). Diese Partnerschaften konzentrieren sich auf Konsultations- und Koordinationsmechanismen und enthalten dezidiert keine gegenseitigen Sicherheitsgarantien. Im Mittelpunkt stehen vielmehr eine regelmäßige Abstimmung auf politischer wie administrativer Ebene, die Option, dass sich die Partner an EU-Missionen, -Operationen oder Übungen beteiligen, sowie der Austausch zu einer Reihe von sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen.

Bisher lassen sich die SDP-Partner drei Kreisen¹⁰ zuordnen: Zum ersten gehören Länder, die besonders eng an die EU angebunden sind, nämlich die EU-Beitrittskandidaten Republik Moldau, Albanien und Nordmazedonien sowie die EWR-Mitglieder Norwegen und Island.¹¹ Der zweite Kreis umfasst mit Kanada und dem Vereinigten Königreich (VK) weitere »like-minded« Nato-Mitglieder jenseits der EU. Das SDP-Abkommen mit London eröffnet die Aussicht auf eine verteidigungspolitische und rüstungsindustrielle Zusammenarbeit nach dem Brexit und hat dafür erstmals wieder institutionalisierte Kooperationsformate geschaffen. Mit Kanada trifft die EU auf einen Partner, der als Mittelmacht nach Alternativen zu den USA sucht.

Der dritte Kreis schließlich berücksichtigt globale Partner. Unter diesen ist die EU bereits mit Japan, Südkorea, Indien, Australien und Ghana Sicherheits-

<https://www.swp-berlin.org/publications/products/arbeitspapiere/Third-State_Participation_in_CSDP_Becker_Flach_Ondarza.pdf> (Zugriff am 24.4.2026).

10 Eine ähnliche Einordnung findet sich bei Gesine Weber, »Friends with Benefits? EU Security Partnerships in a Changing European and Global Order«, Brüssel: Brussels School of Governance, 17.9.2025 (CSDS Policy Brief 24/2025), <<https://csds.vub.be/publication/friends-with-benefits-eu-security-partnerships-in-a-changing-european-and-global-order/>> (Zugriff am 24.4.2026).

11 Bojana Zorić / Iliriana Gjoni, *Defence Readiness Beyond the EU. How Enlargement Partners Underpin European Security*, Paris: EUISS, Februar 2026 (Analysis), <<https://www.iss.europa.eu/sites/default/files/2026-02/2025-10%20BZ%20Western%20Balkans.pdf>> (Zugriff am 24.4.2026).

Tabelle 1

Übersicht über die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften der EU (Stand: Oktober 2026)

Partnerstaat	Unterzeichnung	Weitere Anbindung an die EU	Verhältnis zur Nato
Republik Moldau	21.5.2024	Beitrittskandidat	Partner
Albanien	18.12.2024	Beitrittskandidat	Mitglied
Nordmazedonien	19.11.2024	Beitrittskandidat	Mitglied
Norwegen	28.5.2024	EWR-Mitglied	Mitglied
Island	18.3.2026	EWR-Mitglied	Mitglied
Kanada	23.6.2025	Freihandelsabkommen	Mitglied
Vereinigtes Königreich	19.5.2025	Handels- und Kooperationsabkommen	Mitglied
Japan	1.11.2024	Freihandelsabkommen	Partner
Republik Korea (Südkorea)	4.11.2024	Freihandelsabkommen	Partner
Indien	27.1.2026	Freihandelsabkommen*	—
Australien	24.3.2026	Freihandelsabkommen*	Partner
Ghana	24.3.2026	Wirtschaftspartnerschaftsabkommen	—

* Die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen mit Indien und Australien wurden zwar abgeschlossen, die Abkommen sind jedoch noch nicht ratifiziert und werden auch noch nicht vorläufig angewendet.

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis der Informationen des Europäischen Auswärtigen Dienstes.

partnerschaften eingegangen. Bemerkenswert ist, dass die EU mit Indien und Australien die SDP-Abkommen gleichzeitig mit Vereinbarungen zu Freihandelsabkommen unterzeichnet hat. Indien und Ghana stechen zudem als einzige Länder hervor, die außerhalb der traditionellen westlichen Partner der USA zu verorten sind. Erwähnenswert ist darüber hinaus, mit welchen Ländern die EU bisher *kein* Sicherheitspartnerschaftsabkommen abgeschlossen hat: Es fehlen sowohl Großmächte wie die USA oder China, die die EU noch in den 2010er Jahren zu ihren strategischen Partnern gezählt hat, als auch Mittel-mächte in Süd- und Mittelamerika sowie Südafrika.¹² Aufgrund des Zypern-Konflikts bleibt überdies die tiefergehende sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der Türkei blockiert. Die Ukraine unterhält zwar keine SDP mit der EU, entwickelt aber auf eigenem Weg eine intensive Verteidigungszusammenarbeit mit Brüssel.

¹² Für eine Übersicht über die strategischen Partnerschaften der EU, wie sie sie 2010 definiert hat, siehe Thomas Renard, »The EU and Its Strategic Partners. A Critical Assessment of the EU's Strategic Partnerships«, in: Sven Biscop / Richard Whitman (Hg.), *The Routledge Handbook of European Security*, Oxford 2013, S. 302–314.

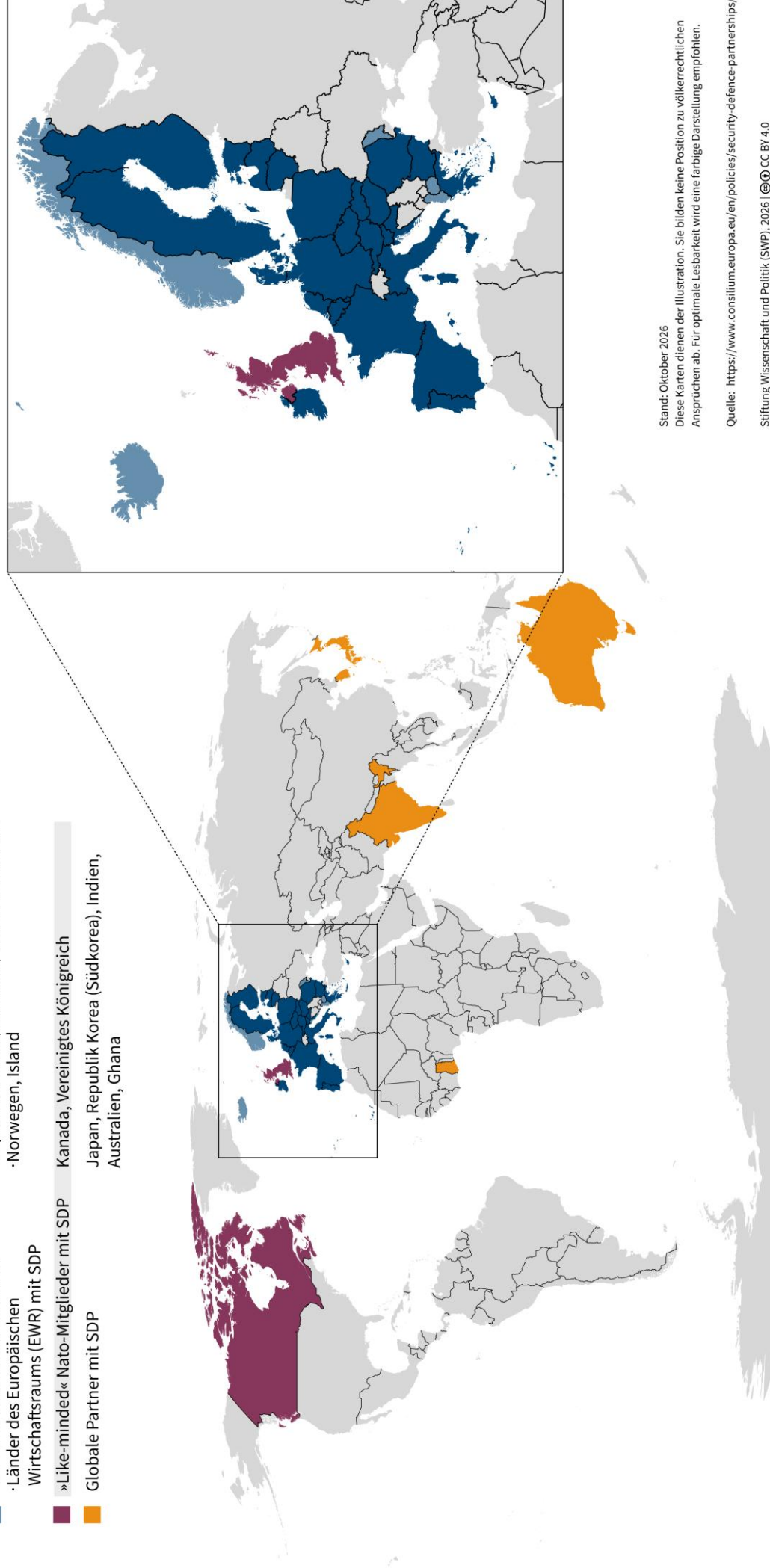
Die institutionelle Verortung der Sicherheitspartnerschaften in der EU

Relevant für die Einordnung der Sicherheitspartnerschaften ist auch ihre institutionelle Aufhängung innerhalb der EU. Ausgehandelt werden die Abkommen vom Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und unterzeichnet von der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik. Dies hat drei konkrete Folgen: Erstens sind die Sicherheitspartnerschaften damit eng an die Organisationsstrukturen der GSVP angebunden, die ebenfalls im EAD angesiedelt sind. Hierzu gehören etwa die Führungsfähigkeiten¹³ für EU-Operationen und -Missionen oder die zuständigen Regionaldirektionen. Zweitens wirkt sich die Fragmentierung der EU-Institutionen negativ auf eine effiziente europäische Koordinierung aus. Der EAD ist institutionell klar von der Europäischen Kommission getrennt. Dies bedeutet, dass die Sicherheitspartnerschaften — selbst wenn sie wie im Falle Australiens und Indiens am selben Tag wie Handelsabkommen vereinbart wurden — von EU-Seite separat koordiniert werden; sie werden nicht zusammen mit Fragen

¹³ Militärischer Planungs- und Durchführungsstab (MPCC) und Ziviler Planungs- und Durchführungsstab (CPCC).

Die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften (SDPs) der EU

Kategorie	Länder
Europäische Union (EU)	27 EU-Mitgliedstaaten
EU-Beitrittskandidaten mit SDP	Republik Moldau, Albanien, Nordmazedonien
Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) mit SDP	Norwegen, Island
»Like-minded« Nato-Mitglieder mit SDP	Kanada, Vereinigtes Königreich
Globale Partner mit SDP	Japan, Republik Korea (Südkorea), Indien, Australien, Ghana



Stand: Oktober 2026

Diese Karten dienen der Illustration. Sie bilden keine Position zu völkerrechtlichen Ansprüchen ab. Für optimale Lesbarkeit wird eine farbige Darstellung empfohlen.

Quelle: <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/security-defence-partnerships/>

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 2026 | © CC BY 4.0

wirtschaftlicher Sicherheit, mit wirtschaftlichen Initiativen wie Global Gateway oder der Umsetzung von SAFE betrachtet. Nicht zuletzt betreffen drittens die Sicherheitspartnerschaften die Ebene der EU und ihre Instrumente, aber nicht direkt die einzelnen Mitgliedstaaten. Für EU-Mitglieder und Partnerstaaten ergänzen sie nationale Vereinbarungen, können diese aber nicht ersetzen.

Zentrale Elemente der Sicherheitspartnerschaften

Obgleich die Sicherheitspartnerschaften »maßgeschneidert« für den jeweiligen Partner sein sollen, sind sie im Grundsatz gleich aufgebaut, weisen eine in weiten Teilen ähnliche Struktur auf und enthalten teils wortgleiche Elemente.

Konsultationen und Dialoge

Das erste Element der SDPs sind in der Regel Vereinbarungen über institutionalisierte Dialogformate zwischen der EU und dem jeweiligen Partner. Auf oberster Ebene stehen in den meisten SDPs regelmäßige, etwa jährliche oder sogar halbjährliche (VK) Konsultationen zwischen der Hohen Vertreterin der EU und den jeweiligen Außen- und Verteidigungsminister:innen. Als bedeutende Ergänzung sehen nur die Sicherheitspartnerschaften mit Norwegen, Island (beide EWR) und dem Vereinigten Königreich vor, dass die Hohe Vertreterin diese Länder zusätzlich zu Treffen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten einladen kann, damit also auch zum Austausch mit den EU-Mitgliedstaaten. In den SDPs mit Kanada, Australien und Ghana fehlt diese oberste ministerielle Ebene.

Die zweite Ebene sind regelmäßige Konsultationen auf Arbeitsebene zwischen dem EAD und den jeweiligen Außen- und/oder Verteidigungsministerien der Partnerstaaten zu den thematischen Schwerpunkten der Sicherheitspartnerschaft. Hierzu können auch gemeinsame Arbeitsgruppen einberufen werden, so bei den Themen hybride Bedrohungen und maritime Sicherheit. Auf der obersten Arbeitsebene der EAD-Generalsekretärin ist in einigen SDPs ebenfalls ein jährlich terminierter Sicherheits- und Verteidigungsdialog vorgesehen.

Koordination in Politikbereichen

Als zweites Element legen die SDP-Abkommen der EU mit Drittstaaten verschiedene Politikbereiche fest, in denen Austausch und Koordination stattfinden sollen. Diese Politikfelder variieren zwischen den Abkommen, wobei sich einige in allen SDPs wiederfinden, diese also über einen gemeinsamen Kern verfügen.¹⁴ Dazu gehören Training und Ausbildung, Cybersicherheit, hybride Bedrohungen, die Bekämpfung von Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland (FIMI) (außer Indien), Terrorismus- und Extremismusbekämpfung, Nichtverbreitung und Abrüstung konventioneller Waffen (außer Ghana) sowie die Implementierung der Agenda der Vereinten Nationen für Frauen, Frieden und Sicherheit. Bis auf die SDPs mit den EU-Beitrittskandidaten Moldau, Albanien und Nordmazedonien enthalten alle Abkommen ferner einen Abschnitt zu maritimer Sicherheit, zur Sicherheit im Weltraum sowie zu Friedensvermittlung und Konfliktprävention.

Neben diesem gemeinsamen Kern gibt es weitere Politikfelder, die nur in einem Teil der Abkommen abgedeckt werden (siehe Tabelle 2, Seite 14ff). Während sich beispielsweise das Abkommen mit Japan im Wesentlichen auf diesen Kern beschränkt, ist die SDP etwa mit dem Vereinigten Königreich umfassender und schließt Aspekte »weicher Sicherheit« wie Klima, Migration und künstliche Intelligenz ein. Neben der unterschiedlichen inhaltlichen Breite zeigen sich auch qualitative Unterschiede in der Tiefe. So ist zum Beispiel das Abkommen mit dem VK zwar breit gefächert, die Wortwahl zur institutionellen Kooperation, etwa bei GSVP-Missionen oder PESCO-Projekten, ist aber deutlich zurückhaltender als bei Partnern wie Norwegen oder Kanada.

Nicht zu vernachlässigen ist zudem, dass die Sicherheitspartnerschaften Brücken zu bestehenden Initiativen, Programmen und Projekten der EU im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik schlagen. Zum Standardangebot der EU an ihre Partnerstaaten gehört die Beteiligung an zivilen und militärischen GSVP-Missionen und -Operationen sowie (für engere Partner) eine mögliche Anbindung an PESCO-Projekte. Hinzu

¹⁴ Für eine hilfreiche Darstellung der verschiedenen Politikbereiche siehe auch Linda Tothova, *The EU's New Bilateral Security and Defence Partnerships*, Brüssel: EPRS, März 2026 (Briefing), <[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/767215/EPRS_BRI\(2025\)767215_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/767215/EPRS_BRI(2025)767215_EN.pdf)> (Zugriff am 6.5.2026).

kommt die Zusammenarbeit in der Ausbildung über das Europäische Sicherheits- und Verteidigungskolleg (ESDC) sowie bei gemeinsamen, vor allem maritimen Übungen. Auch in der Krisenreaktion bietet die EU den Partnern Kooperation an, etwa mit dem Krisenreaktionszentrum des EAD. Schließlich offeriert die EU ihren Partnern regelmäßig eine Zusammenarbeit mit der EDA.

In den SDPs der EU mit EWR-Mitgliedern, »like-minded« Nato-Mitgliedern und mit Kandidatenländern für einen EU-Beitritt nimmt darüber hinaus die Unterstützung der Ukraine einen bedeutenden Platz ein. Die vereinbarten Kooperationen reichen dabei von allgemeinen Vorhaben zur Bündelung gemeinsamer Anstrengungen über eine Beteiligung an der Europäischen Friedensfazilität (EPF) zur Unterstützung der Ukraine bis hin zur Zusammenarbeit mit den beiden EU-Missionen vor Ort. Im Falle Islands geht das Angebot noch einen Schritt weiter und beinhaltet auch Konsultationen zu Sanktionsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Rüstungspolitische Zusammenarbeit und SAFE

Ein neues, drittes Element der Sicherheitspartnerschaften ist ihre Verknüpfung mit Instrumenten der Rüstungszusammenarbeit und -finanzierung der EU. Grundsätzlicher Bestandteil der Sicherheitspartnerschaften ist das Ziel eines Dialogs zur rüstungspolitischen Zusammenarbeit, zum Beispiel zwischen der EDA und einer entsprechenden Einrichtung auf Partnerseite. Jedoch war die EU vor 2025 bei der Beteiligung von Drittstaaten an ihren (wenigen) rüstungspolitischen Instrumenten sehr restriktiv. Es gibt hierfür kein einheitliches Regelwerk, sondern unterschiedliche Regelungen etwa bei der EDA oder dem EDF.¹⁵ Die Beteiligung von Drittstaaten war begrenzt auf Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) bzw. des EWR, vornehmlich Norwegen.

Parallel zum Aufbau der Sicherheitspartnerschaften hat die EU nun bei ihrem Ausbau von Instrumen-

ten zur Rüstungsfinanzierung und -zusammenarbeit die Beteiligungsmöglichkeiten erweitert. Im Zentrum steht hier das 2025 eingeführte Instrument SAFE. Mit SAFE vergibt die EU Kredite in Höhe von 150 Milliarden Euro zur Finanzierung von Verteidigungsvorhaben. Die Kredite selbst stehen ausschließlich EU-Mitgliedern (einschließlich Projekten zur Unterstützung der Ukraine) offen und sind mit einer »Buy European«-Klausel versehen. Das bedeutet, mindestens 65 Prozent der Kosten der damit getätigten Beschaffungen müssen auf Komponenten entfallen, die aus der EU, dem EWR, der Ukraine oder ausgewählten SDP-Partnerstaaten stammen.¹⁶ Eine ähnliche Regelung für den Kauf von Rüstungsgütern wurde in den 90-Milliarden-Euro-Kredit der EU für die Ukraine aufgenommen.¹⁷

Die SDPs werden damit zu einem politischen Kriterium, welchen Staaten ein präferierter Zugang zum Rüstungsmarkt in Europa eingeräumt wird, auch wenn sie nicht über den EWR an den Binnenmarkt angebunden sind. Voraussetzung für einen solchen Zugang der eigenen Rüstungsindustrie zu Beschaffungen, die über SAFE, den Ukraine-Kredit oder potentielle weitere EU-Rüstungsinstrumente finanziert werden, ist neben der Sicherheitspartnerschaft eine darauf aufbauende Vereinbarung. Stand Oktober 2026 hat die EU eine solche zusätzliche Vereinbarung mit Kanada getroffen, während Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich dazu vorerst gescheitert sind. Andere Rüstungsunternehmen, insbesondere auch aus den USA, bleiben jenseits eines Volumens von 35 Prozent der Beschaffungskosten ausgeschlossen.

Fazit: Ein flexibler Instrumentenkasten

Die EU bietet mit ihrem neuen Instrument der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften ausgewählten Partnern Dialog- und Kooperationsmöglichkeiten,

¹⁵ Steven Blockmans, *Keeping Up with the Emerging European Defence Union: Synchronising Third Country Participation*, Oslo: Norwegian Institute of International Affairs, 2022 (NUI Research Paper 2/2022), <<https://www.nupi.no/en/publications/cristin-pub/keeping-up-with-the-emerging-european-defence-union-synchronising-third-country-participation>> (Zugriff am 24.4.2026).

¹⁶ Ester Sabatino/Tim Lawrenson, *The SAFE Regulation and Its Implications for Non-EU Defence Suppliers*, London: International Institute for Strategic Studies, Dezember 2025, <<https://www.iiss.org/research-paper/2025/12/the-safe-regulation-and-its-implications-for-non-eu-defence-suppliers/>> (Zugriff am 24.4.2026).

¹⁷ Nicolai von Ondarza, *After SAFE: Consequences for EU-UK Defence Industrial Cooperation and Potential Ways Forward*, London: UK in a Changing Europe, 18.2.2026, <<https://ukandeu.ac.uk/after-safe-consequences-for-eu-uk-defence-industrial-cooperation/>> (Zugriff am 6.5.2026).

die durchaus einen Mehrwert darstellen können, wenn auf beiden Seiten der politische Wille vorhanden ist und die EU ihre Tätigkeiten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausbaut.

Zwei größere Einschränkungen der SDPs sind jedoch klar zu konstatieren: Erstens handelt es sich eben um Sicherheits*partnerschaften* und nicht um handfeste Allianzen mit konkreten Sicherheitsgarantien. SDPs sind daher nicht als Ersatz für US-amerikanische Sicherheitsgarantien zu sehen. Zweitens wirken SDPs nur auf der Ebene der EU und ergänzend zu Vereinbarungen, die einzelne Mitgliedstaaten wie Deutschland oder Frankreich mit dem jeweiligen Partnerstaat getroffen haben.

Im Rahmen dieser Einschränkungen aber hält die EU für ihre Sicherheitspartner ein aufgewertetes Angebot bereit. Zu diesem zählen regelmäßige Konsultationen (mit besonderer Tiefe für Nato-Mitglieder), Dialogformate für ein breites Spektrum an Sicherheitsthemen sowie differenzierte Beteiligungsmöglichkeiten an EU-Instrumenten, -Missionen und -Operationen. Für einige Partner fassen die SDPs bereits bestehende Kooperationsmöglichkeiten in einen neuen Rahmen, für andere Partner bedeuten sie eine deutliche Aufwertung des bilateralen Verhältnisses. Für alle Partner neu ist, dass sie – unter bestimmten Voraussetzungen – von Rüstungsbeschaffungen profitieren können, die über SAFE oder den Ukraine-Kredit finanziert werden; Kanada ist hier das erste Beispiel.

Dieser Überblick über die Sicherheitspartnerschaften zeigt nicht zuletzt, dass die einzelnen SDPs zwar auf die Partner zugeschnitten sind (»tailor-made«), sich aber dennoch aus einem gemeinsamen Instrumentenkasten der EU zusammensetzen und mit einem vergleichbaren institutionellen Überbau und einem gemeinsamen Kern ausgestattet sind.

Tabelle 2

Die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften (SDPs) der EU: Partnerstaaten und Kooperationsbereiche (Stand: Oktober 2026)

Kooperationsbereiche*		Partnerstaaten und Datum der Unterzeichnung des SDP-Abkommens											
		Kreis 1: EU-Beitrittskandidaten und EWR-Mitglieder					Kreis 2: »Like-minded« Nato-Mitglieder		Kreis 3: Globale Partner				
		MDA	ALB	MKD	NOR	ISL	CAN	GBR	JPN	KOR	IND	AUS	GHA
		21. Mai 2024	18. Dez. 2024	19. Nov. 2024	28. Mai 2024	18. Mär. 2026	23. Jun. 2025	19. Mai 2025	1. Nov. 2024	4. Nov. 2024	27. Jan. 2026	24. Mär. 2026	24. Mär. 2026
1	EU-Missionen und -Operationen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
2	Hybride Bedrohungen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
3	Cybersicherheit	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
4	(Cyber-)Kapazitätsaufbau	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
5	Kapazitätsaufbau für Partnerstaaten im Bereich Sicherheit und Verteidigung			X	X	X	X	X	X	X	X	X	
6	Strategische Kommunikation (STRATCOM) und/oder Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland (FIMI)	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
7	Nichtverbreitung und Abrüstung konventioneller Waffen	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

* In dieser Tabelle werden nur Kooperationsbereiche abgebildet, die in drei oder mehr Abkommen genannt werden. Die deutschen Bezeichnungen basieren auf den englischen Bezeichnungen in den Abkommen, wurden jedoch in Einzelfällen zusammengeführt oder aufgeteilt, um die Differenzen zwischen den Abkommen besser sichtbar zu machen.

MDA = Republik Moldau; ALB = Albanien; MKD = Nordmazedonien; NOR = Norwegen; ISL = Island; CAN = Kanada; GBR = Vereinigtes Königreich;

JPN = Japan; KOR = Republik Korea (Südkorea); IND = Indien; AUS = Australien; GHA = Ghana

Tabelle 2 (Forts.)

Kooperationsbereiche*	Partnerstaaten											
	MDA	ALB	MKD	NOR	ISL	CAN	GBR	JPN	KOR	IND	AUS	GHA
8 Terrorismusbekämpfung und Prävention / Bekämpfung von Gewaltextremismus	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
9 Verteidigungsinitiativen und -kooperation (PESCO, EDA, rüstungsindustrielle Zusammenarbeit etc.)	X	X	X	X	X	X	X				X	
10 Training und / oder Ausbildung	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
11 Integrierte Grenzverwaltung	X	X	X									X
12 Frauen, Frieden und Sicherheit	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
13 (Langfristige Fortsetzung der) Unterstützung für die Ukraine	X		X	X	X	X	X				X	
14 Maritime Sicherheit				X	X	X	X	X	X	X	X	X
15 Weltraumsicherheit und -verteidigung				X	X	X	X	X	X	X	X	X
16 Resilienz kritischer Infrastrukturen				X	X	X	X		X	X		
17 Internationaler Frieden / Friedensvermittlung / Konfliktprävention / Krisenmanagement				X	X	X	X	X	X	X	X	X

* In dieser Tabelle werden nur Kooperationsbereiche abgebildet, die in drei oder mehr Abkommen genannt werden. Die deutschen Bezeichnungen basieren auf den englischen Bezeichnungen in den Abkommen, wurden jedoch in Einzelfällen zusammengeführt oder aufgeteilt, um die Differenzen zwischen den Abkommen besser sichtbar zu machen.

MDA = Republik Moldau; ALB = Albanien; MKD = Nordmazedonien; NOR = Norwegen; ISL = Island; CAN = Kanada; GBR = Vereinigtes Königreich; JPN = Japan; KOR = Republik Korea (Südkorea); IND = Indien; AUS = Australien; GHA = Ghana

Tabelle 2 (Forts.)

Partnerstaaten												
Kooperationsbereiche*	MDA	ALB	MKD	NOR	ISL	CAN	GBR	JPN	KOR	IND	AUS	GHA
18 Austausch und Koordination in konsularischen Angelegenheiten				X	X	X	X			X	X	
19 Koordination/Kooperation in internationalen Foren	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
20 (Externe Aspekte von) ökonomischer Sicherheit		X	X	X	X	X	X	X	X		X	
21 Möglichkeit, ein Abkommen über die Sicherheit von Verschlussachen abzuschließen	Abkommen existiert bereits	Abkommen existiert bereits	Abkommen existiert bereits	Abkommen existiert bereits	Abkommen existiert bereits	Abkommen existiert bereits	Abkommen existiert bereits	X	X	X	Abkommen existiert bereits	
22 (Externe Aspekte von) Menschenhandel und transnationaler organisierter Kriminalität	X	X	X			X	X		X	X		X
23 Schutz kulturellen Erbes in Konflikten und Krisen	X		X									(X)
24 Neue disruptive Technologien					X	X	X		X	X	X	
25 Situational Awareness							X			X	X	
26 Nexus von Klima und Sicherheit					X	X	X				X	X

* In dieser Tabelle werden nur Kooperationsbereiche abgebildet, die in drei oder mehr Abkommen genannt werden. Die deutschen Bezeichnungen basieren auf den englischen Bezeichnungen in den Abkommen, wurden jedoch in Einzelfällen zusammengeführt oder aufgeteilt, um die Differenzen zwischen den Abkommen besser sichtbar zu machen.

MDA = Republik Moldau; ALB = Albanien; MKD = Nordmazedonien; NOR = Norwegen; ISL = Island; CAN = Kanada; GBR = Vereinigtes Königreich;

JPN = Japan; KOR = Republik Korea (Südkorea); IND = Indien; AUS = Australien; GHA = Ghana

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Basis der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften der EU.

Marina Vulović

Albanien und Nordmazedonien: SDPs als Mittel einer differenzierten EU-Integration

Ende 2024 schloss die EU mit Albanien und Nordmazedonien jeweils eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft (SDP).¹ Die geostrategische Notwendigkeit der beiden Abkommen ergab sich primär aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. In diesem Kontext dienen die SDPs dazu, den Strategischen Kompass der EU von 2022 operativ umzusetzen. Dieser definiert es als zentrales Instrument europäischer Handlungsfähigkeit, maßgeschneiderte Partnerschaften zu etablieren.² Eine Besonderheit der Vereinbarungen mit Albanien und Nordmazedonien liegt darin, dass sie rechtlich auf bestehenden Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit den beiden Ländern basieren.³ Dabei ist die gegenseitige, aber ungleiche Interdependenz ein fester Bestandteil der Zusammenarbeit: Während die Sicherheit Europas von einem stabilen Westbalkan abhängt, ist die Region für ihre Stabilität massiv auf die EU angewiesen. Die Form einer differenzierten Anbin-

dung, wie sie durch die SDPs ermöglicht wird, dient der EU als geopolitische Strategie, um die regionale Sicherheit trotz stockender Erweiterungsprozesse zu erhalten.⁴

Von den sechs Westbalkan-Ländern sind nach der aktuellen Sicherheitslogik der EU lediglich drei als Partner für eine SDP geeignet: Montenegro, Nordmazedonien und Albanien. Sie erreichen eine konsistente Vollangleichung an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU und sind dazu noch Nato-Mitglieder, was ihre strategische Ausrichtung zum Westen verdeutlicht. Die übrigen drei Länder – Serbien, Kosovo und Bosnien-Herzegowina – haben entweder politische Probleme und Spannungen im Inneren bzw. untereinander oder weisen eine unzureichende Angleichung gegenüber der GASP auf. Zudem gehören sie nicht der Nato an.

Da die EU nur mit Nordmazedonien und Albanien eine SDP eingegangen ist, stellt sich zunächst die Frage, warum Montenegro ausgeschlossen blieb. Dies lässt sich in erster Linie gerade durch die Rolle des Landes als Vorreiter im EU-Beitrittsprozess erklären, auch wenn es Stimmen gibt, die seine Inklusion durch eine SDP befürworten.⁵ Montenegro hat bereits eine hohe sektorale Angleichung an die EU durch alternative Modi der Integration erreicht. So orientiert es sich in seiner Verteidigungsplanung am Weißbuch der Europäischen Kommission »Readiness 2030« und

1 European Union / Albania, *Security and Defence Partnership between the European Union and the Republic of Albania*, Brüssel 2024, <https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2024/EU-AL%20Security%20and%20Defence%20Partnership_online.pdf>; European Union / North Macedonia, *Security and Defence Partnership between the European Union and the Republic of North Macedonia*, Brüssel 2024, <<https://bit.ly/3TSr1ue>> (Zugriff jeweils am 28.8.2026).

2 European Union, *A Strategic Compass for Security and Defence*, Brüssel 2022, <www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/strategic_compass_en3_web.pdf>. Sofern nicht anders angegeben, wurden alle Onlinequellen zuletzt am 24.8.2026 aufgerufen.

3 European Union / North Macedonia, *Stabilisation and Association Agreement between the EU and North Macedonia*, Luxemburg 2004, <<https://eur-lex.europa.eu/EN/legal-content/summary/stabilisation-and-association-agreement-with-north-macedonia.html>>; European Union / Albania, *Stabilisation and Association Agreement between the EU and Albania*, Luxemburg 2009, <<https://eur-lex.europa.eu/EN/legal-content/summary/stabilisation-and-association-agreement-with-albania.html>>.

4 Sandra Lavenex, »The External Face of Differentiated Integration: Third Country Participation in EU Sectoral Bodies«, in: *Journal of European Public Policy*, 22 (2015) 6, S. 836 – 853; Maria Giulia Amadio Viceré / Matteo Bonomi, »External Differentiation as a Strategy of System Maintenance: EU Enlargement towards the Western Balkans«, in: *West European Politics*, 48 (2025) 5, S. 1159 – 1185.

5 Engjellushe Morina, *Accelerate the Accessions: Why Faster is Better in EU Enlargement Policy*, London: European Council on Foreign Relations (ECFR), Dezember 2025, <<https://ecfr.eu/publication/accelerate-the-accessions-why-faster-is-better-in-eu-enlargement-policy/>>.

ist bereits stark in EU-Agenturen eingebunden, etwa durch Frontex-Statusabkommen und die aktive Partizipation in der Europäischen Multidisziplinären Plattform gegen Kriminalitätsbedrohungen (EMPACT).⁶ 2025 hat Podgorica zudem einen jährlichen Sicherheits- und Verteidigungsdialo mit der EU aufgenommen.⁷ Wenn die EU davon ausgeht, dass Montenegro der Union spätestens bis 2030 beitrifft, wäre eine SDP für das Land nicht notwendig. Dies zeigt jedoch implizit, dass die EU keine so zügige Aufnahme Albaniens oder Nordmazedoniens erwartet und sich daher bei diesen Ländern über eine SDP absichern möchte.

Die SDPs im Spiegel der EU-Erweiterungspolitik

Die Sicherheitspartnerschaften der EU mit Nordmazedonien und Albanien sind breit und multidimensional angelegt. Sie umfassen unter anderem die Zusammenarbeit bei Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die Unterstützung der Ukraine, Terrorismusbekämpfung, Cyberabwehr und Kapazitätsaufbau. Dabei sind die SDPs eher als flexible Kooperationsplattformen denn als Militärrallianzen zu verstehen. Die EU zielt auf eine enge GASP-Angleichung der Partner und will sie stärker in die eigene Sicherheitsarchitektur einbinden, dabei aber keine gegenseitigen Verteidigungsverpflichtungen etablieren. Auch institutionell sind die Partnerschaften moderat ausgestaltet. Als nichtbindende politische Rahmenwerke setzen sie auf flexible, »leichtgewichtige« Strukturen wie regelmäßige politische Dialoge, Überprüfungsmechanismen und die Teilnahme an Formaten und Missionen der EU, ohne neue supranationale Institutionen zu schaffen.

Die beiden SDPs basieren auf den bestehenden Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen. Sie unterstützen das Ziel des EU-Beitritts.

Die beiden SDPs sind inhaltlich fast identisch. Sie basieren auf den jeweiligen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen und unterstützen das strategische Ziel des EU-Beitritts. Ihr Zweck ist, die Zusammenarbeit bei Sicherheit und Verteidigung im Vorfeld der Mitgliedschaft zu vertiefen. Ein Kernziel ist die Konsolidierung der Teilnahme beider Länder an Missionen und Operationen der EU. Albanien und Nordmazedonien sind hier bereits etablierte Truppenssteller, etwa im Fall der Operation Althea in Bosnien-Herzegowina. Ein besonderes Merkmal, das diese Partnerschaften von anderen (etwa jenen mit Japan oder Kanada) unterscheidet, besteht darin, dass ihr Fokus auch dem Schutz des kulturellen Erbes in Konflikt- und Krisensituationen gilt. Die beiden Partnerstaaten wie die EU betrachten den illegalen Handel mit Kulturgütern als Bedrohung ihrer Sicherheit.

Insgesamt lassen sich die Partnerschaften mit Albanien und Nordmazedonien als Instrumente für eine (externe) differenzierte EU-Integration verstehen.⁸ Sie erweitern bestehende Beziehungen, insbesondere im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses, und dienen dazu, beide Kandidatenländer schrittweise in die sicherheitspolitischen Strukturen der EU einzubinden, ohne ihnen bereits volle Mitgliedschaftsrechte zu gewähren. Dies unterscheidet sie von anderen SDPs der EU. Interessant ist zudem, dass sowohl Albanien⁹ als auch Nordmazedonien¹⁰ sich ihrerseits zu einem schrittweise erfolgenden oder differenzierten EU-Integrationsprozess bereiterklärt haben, was den Willen zur Kooperation im Rahmen von SDPs potentiell erhöht. Im Gegensatz dazu hat sich etwa Montenegro strikt gegen eine graduelle EU-Integration

⁶ European Commission, *Montenegro 2025 Report*, Brüssel, 4.11.2025, <https://enlargement.ec.europa.eu/document/download/9ae69ea7-81d6-4d6a-a204-bd32a379d51d_en?filename=montenegro-report-2025.pdf>.

⁷ Ministry of Foreign Affairs of the Government of Montenegro, »First EU-Montenegro Security and Defence Dialogue Held: Strengthening Cooperation and Strategic Partnership«, Pressemitteilung, Podgorica, 3.12.2025, <www.gov.me/en/article/first-eu-montenegro-security-and-defence-dialogue-held-strengthening-cooperation-and-strategic-partnership>.

⁸ Stefan Telle/Paolo Chiochetti/Brigid Laffan, »External Differentiated Integration: Between Stability and Change«, in: *West European Politics*, 48 (2025) 5, S. 977 – 1001.

⁹ Stefan Lehne, *EU Integration Without Ratification?*, Brüssel: Carnegie Europe, 2026, <<https://carnegieendowment.org/europe/research/2026/05/eu-integration-without-ratification>>.

¹⁰ Ministry of Foreign Affairs of the Republic of North Macedonia, »MEP Murtezani at a Panel Discussion: »Gradual Integration into the EU: A Bridge to Sustainable Reforms and Real Benefits««, Skopje, 12.3.2025, <<https://mep.gov.mk/en-GB/transparentnost/novosti/mep-murtezani-na-panel-diskusija-postepenata-integracija-vo-eu-most-kon-odrzhivi-reformi-i-realni-pridobivki>>.

ausgesprochen; stattdessen pocht das Land darauf, in den kommenden Jahren eine klassische Vollmitgliedschaft zu erlangen.¹¹

Obwohl die beiden Abkommen 13 ähnliche Kooperationsbereiche umfassen, weisen sie doch feine Unterschiede bei ihren jeweiligen Schwerpunkten auf. Im Abkommen mit Nordmazedonien liegt zum Beispiel ein Akzent darauf, die Zusammenarbeit bei der militärischen Mobilität zu fördern. Ziel ist es, die Verbringung von Militärgütern und -personal zu erleichtern. Andere Abweichungen betreffen das Thema hybride Bedrohungen. Während beide Länder hier mit Brüssel kooperieren wollen, streben die EU und Albanien zusätzlich eine Zusammenarbeit bei der entsprechenden Forschung und Analyse an. Zudem ist für Albanien ausdrücklich vorgesehen, jährlich einen strategischen Sicherheits- und Verteidigungsdialog abzuhalten, während bei Nordmazedonien keine konkrete Frequenz für ein solches Format genannt wird. Diese Unterschiede deuten darauf hin, dass Albanien im Rahmen der SDPs eine strategisch etwas relevantere Rolle einnimmt, was möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass das Land im Vergleich zu Nordmazedonien im EU-Beitrittsprozess weiter fortgeschritten ist. Für Nordmazedonien ist die Beitrittsperspektive aufgrund des bulgarischen Vetos weniger klar.

Erwartungen der beiden Partnerländer im Kontext regionaler Allianzbildung

Für Albanien und Nordmazedonien ist die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der EU untrennbar mit ihrem strategischen Ziel einer Mitgliedschaft in der Union verbunden. Die SDPs werden als Hebel gesehen, um den Erweiterungsprozess operativ zu unterfüttern und sich bereits vor dem Beitritt in die Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen der EU einzugliedern. So haben sich beide Länder von reinen Sicherheitskonsumenten zu proaktiven Leistungsträgern entwickelt.¹² Die EU nimmt dabei eine kom-

plementäre Rolle gegenüber anderen Akteuren wie der Nato ein, die für Albanien und Nordmazedonien der Eckpfeiler ihrer Verteidigung bleibt. Sie sehen die EU als Rahmen, in dem sie durch die Teilnahme an GSV-P-Missionen wie Althea ihre operative Zuverlässigkeit und die Interoperabilität ihrer Streitkräfte unter Beweis stellen können.

Nordmazedonien definiert seine sicherheitspolitische Identität primär durch seine Nato-Mitgliedschaft. Auf die EU hingegen blickt man dort zunehmend skeptisch, da der Erweiterungsprozess als Plattform für bilaterale Abrechnungen (insbesondere durch Bulgarien) wahrgenommen wird. So hat Nordmazedonien in den letzten zwei Jahren auch seine sicherheitspolitische Partnerschaft mit der Türkei weiter ausgebaut, unter anderem durch den Kauf türkischer Haubitzen. Zudem hat Skopje ein Memorandum of Cooperation mit der türkischen Staatsfirma MKE unterzeichnet, um eine gemeinsame Produktionsstätte für Schießpulver zu etablieren.¹³ Sicherheitspartnerschaften mit der EU gelten in Nordmazedonien weniger als eigenständige Lösung, sondern eher als Teil der notwendigen Interoperabilität innerhalb der Nato-Strukturen.

Albanien hingegen hat in den letzten Jahren eine multidirektionale Außenpolitik verfolgt, die über die EU hinausgeht und verstärkt Partner wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate oder die Türkei einbezieht.¹⁴ Die SDP mit der EU ist in diesem Kontext ein Baustein, um den Status quo zu überwinden, wird aber nicht mehr als alleiniger Heilsbringer wahrgenommen. Die Führung in Tirana betont immer wieder, dass die SDP nur ein Schritt – und nicht der letzte – auf dem Weg zur vollen Mitgliedschaft in der EU sei.¹⁵

<<https://www.cidob.org/en/publications/risks-reinvigorated-eu-western-balkans-defence-cooperation>>.

13 Bojana Zorić/Iliriana Gjoni, *Defence Readiness Beyond the EU: How Enlargement Partners Underpin European Security*, Paris: European Union Institute for Security Studies (EUISS), 2026, <<https://www.iss.europa.eu/publications/analysis/defence-readiness-beyond-eu-how-enlargement-partners-underpin-european>>.

14 Albert Rakipi, »Albania's Foreign Policy in Transition – The Risks of the Status Quo«, in: Predrag Jureković (Hg.), *Security Perceptions and Their Impact on Regional Cooperation in South East Europe*, Wien 2025, S. 87 – 100.

15 »Rama: Security and Defense Partnership, a Constant in Our Relationship with EU«, *Radio Televizioni Shqiptar*, 8.4.2025, <<https://rtsh.al/rte/en/rama-security-and-defense-partnership-a-constant-in-our-relationship-with-eu/>>.

11 »Spajic Opposes EU Membership without Voting Rights: Sovereignty Is Very Important to Montenegrins«, in: *Café del Montenegro*, 23.10.2025, <<https://www.cdm.me/english/spajic-opposes-eu-membership-without-voting-rights-sovereignty-is-very-important-to-montenegrins/>>.

12 Pol Bargués/Francesca Lupi/Elina Muminovic, *The Risks of a Reinvigorated EU-Western Balkans Defence Cooperation*, Barcelona: Barcelona Centre for International Affairs (CIDOB), 2025,

Sowohl Albanien als auch Nordmazedonien betrachten die sicherheitspolitische Kooperation mit der EU zwar als strategisch alternativlos, fordern zugleich aber eine Abkehr von reiner Symbolpolitik. Albanien will kurzfristig – bis Ende 2027 – die Beitrittsverhandlungen mit der EU abschließen, während Nordmazedonien ein Ende der Blockade seines Integrationsprozesses durch Bulgarien verlangt. Die SDPs wurden in einer Phase unterzeichnet, als beide Länder damit begonnen hatten, ihre sicherheitspolitischen Wetten breiter zu streuen, da der formale EU-Beitrittsprozess, besonders in Nordmazedonien, als zu wenig vorhersehbar wahrgenommen wird.

Seit Unterzeichnung der SDPs haben die zwei Länder schon deutlich von der finanziellen Hilfe der EU im Sicherheitssektor profitiert.

Die konkreten Erwartungen Albaniens und Nordmazedoniens an die SDPs sind eher finanzieller Natur. Beide Länder setzen klar auf Mittel aus der Europäischen Friedensfazilität (EPF), um die operative Wirksamkeit ihrer Streitkräfte zu stärken und das neue Nato-Ziel zu erreichen, das Verteidigungsausgaben in Höhe von 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vorsieht. Nordmazedonien hofft, dass die EU die Harmonisierung administrativer Prozesse unterstützt. Dies soll dazu beitragen, den schnellen Transport von Militärgütern und -personal zu erleichtern, insbesondere entlang strategischer Routen wie dem geplanten Korridor VIII, der die Adria mit dem Schwarzen Meer verbinden soll.¹⁶ Beiden Partnern ist daran gelegen, durch Instrumente wie SAFE (Security Action for Europe) einen Zugang zu gemeinsamer Beschaffung und zur europäischen Verteidigungsindustrie zu erhalten.

Seit Unterzeichnung der SDPs haben die zwei Länder bereits deutlich von der finanziellen Hilfe der EU im Sicherheitssektor profitiert – Albanien mit insgesamt 36 Millionen Euro,¹⁷ Nordmazedonien mit

insgesamt 15 Millionen Euro.¹⁸ Letztlich geht es ihnen auch um aktive Teilhabe. Skopje und Tirana versprechen sich einen strukturierten Zugang zur Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) und die Teilnahme an Projekten von PESCO (Permanent Structured Cooperation der EU), um nicht nur Befehlsempfänger zu sein, sondern die europäische Sicherheitsarchitektur mitzugestalten. Die Erwartungen sind daher stellenweise höher als bei Partnern anderer SDPs. Da beide Länder eine klare prowestliche Orientierung aufweisen, dient die Zusammenarbeit mit der EU im Rahmen der Sicherheitspartnerschaften auch als Schutzschild gegen Desinformation und hybride Einflussnahme aus Russland.

Die Implementierung der SDPs verschiebt jedoch teilweise die regionalen Machtdynamiken; neue sicherheitspolitische Gravitationszentren und Allianzen entstehen. Serbien nimmt es als Bedrohung der regionalen Balance wahr, wenn benachbarte Länder ihre Streitkräfte modernisieren. Albanien, Kroatien und Kosovo verabschiedeten im März 2025 die Tirana-Erklärung, die darauf abzielt, die verteidigungspolitische Zusammenarbeit der drei Länder zu stärken. Belgrad reagierte darauf mit Bedenken und signalisierte die Bereitschaft zur Gegenaufrüstung.¹⁹ Diese Entwicklung könnte zu einem Nullsummenspiel führen, bei dem militärische Stärke und Machtgleichgewicht im Westbalkan wieder großgeschrieben werden. Bis dahin war das Rüstungsgeschehen in der Region durch das Florenz-Abkommen von 1996 für

council-adopts-the-second-bilateral-assistance-measure-in-support-of-the-albanian-armed-forces/>; »EU Boosts Albania's Defence With €21m Amid Growing Security Concerns«, in: *The Brussels Times*, 25.5.2026, <<https://www.brusselstimes.com/2152541/eu-boosts-albanias-defence-with-e21m-amid-growing-security-concerns/>>.

18 Council of the European Union, »European Peace Facility: Council Adopts the Third Bilateral Assistance Measure in Support of the Army of the Republic of North Macedonia«, Pressemitteilung, Brüssel, 25.4.2025, <<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/04/25/european-peace-facility-council-adopts-the-third-bilateral-assistance-measure-in-support-of-the-army-of-the-republic-of-north-macedonia/>>.

19 Vuk Tesija / Xhorxhina Bami, »Serbia Angered by Defence Pact Linking Croatia, Albania and Kosovo«, in: *Balkan Insight*, 20.3.2025, <<https://balkaninsight.com/2025/03/20/serbia-angered-by-defence-pact-linking-croatia-albania-and-kosovo/bi/>>.

16 Eingebettet in den übergeordneten Rahmen Transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-V) für den Westbalkan und den östlichen Mittelmeerraum, siehe Zorić / Gjoni, *Defence Readiness Beyond the EU* [wie Fn. 13].

17 Council of the European Union, »European Peace Facility: Council Adopts the Second Bilateral Assistance Measure in Support of the Albanian Armed Forces«, Pressemitteilung, Brüssel, 25.7.2025, <www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/07/25/european-peace-facility>.

Jahrzehnte erfolgreich geregelt und begrenzt worden.²⁰

Fazit: Risiken und Chancen der SDPs im Westbalkan

Abzuwarten bleibt, ob sich das Modell der SDPs im Falle Albaniens und Nordmazedoniens als effizientes Mittel zur Stabilisierung des Westbalkans und damit der EU erweist. Sofern die EU im Erfolgsfall erwägt, diese Partnerschaften auf andere regionale Länder auszuweiten, sollte sie sich der Risiken und Chancen bewusst sein, die damit einhergehen.

Es gibt drei zentrale Risiken. Erstens könnte der maßgeschneiderte Ansatz der SDPs zu Fragmentierung und Allianzbildung in der Region führen. Während die EU bilaterale Abkommen schließt, bilden sich eigenständige Blöcke – wie aus Albanien, Kroatien und Kosovo im Zuge der Tirana-Erklärung –, von denen sich andere Akteure (insbesondere Serbien) bedroht oder eingekreist sehen. Dies kann den Geist regionaler Kooperation untergraben und alte Spannungen reaktivieren. In einer Post-Konflikt-Region wie dem Westbalkan ist es bedenklich, militärische Sicherheit gegenüber demokratischer Konsolidierung zu priorisieren.

Das zweite Risiko ist, dass die EU in ihrem geopolitischen Drang nach Sicherheitspartnerschaften ihre traditionelle normative Kraft verliert. Wenn die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich als vorrangig behandelt wird, drohen in den Partnerstaaten notwendige Reformen auf den Feldern Rechtsstaatlichkeit und Demokratie (»Fundamentals Cluster« des EU-Beitrittsprozesses) in den Hintergrund zu rücken, was die langfristige Stabilität gefährdet. Betreffende Länder könnten dauerhaft in einem peripheren Status als Teil einer militarisierten »Grenzregion« verbleiben, ohne jemals echtes Mitspracherecht in den EU-Institutionen und eine volle EU-Mitgliedschaft zu erlangen.

Das dritte Risiko besteht in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Interoperabilität. Höhere Verteidigungsausgaben in Ländern mit schwachen Kontrollmechanismen verschärfen die Gefahr von Korruption

und »State Capture« im Beschaffungswesen. Zudem führt der Rückgriff auf nichtwestliche Rüstungslieferanten (etwa im Fall von Serbiens Käufen in China und Russland) zu technischer Fragmentierung; die Kommunikation mit EU- und Nato-Partnern wird dadurch erschwert.

Die SDPs fungieren als geopolitischer Hebel, dessen Erfolg davon abhängt, ob die EU ihn als Beschleuniger für eine Vollmitgliedschaft nutzt.

Demgegenüber bieten die SDPs auch drei bedeutende Chancen für die EU und die Region. Die erste ist, dass der Westbalkan sich als proaktiver Mitgestalter von Europas Sicherheit etabliert. Im Rahmen der SDPs werden die regionalen Staaten nicht mehr nur als Krisenherde gesehen, sondern als Akteure der europäischen Sicherheitsarchitektur. Sie verfügen im Verteidigungssektor über eine solide industrielle Basis, über Expertise und wichtige Ausbildungsstätten. Schon heute leisten sie Beiträge zu EU-Missionen und unterstützen die Ukraine.

Die zweite Chance besteht darin, dass die Partnerländer zu einem strategisch-logistischen Anker werden. Durch ihre geografische Lage fungieren Albanien und Nordmazedonien als kritische Brücke zwischen Mitteleuropa und der Südostflanke der EU. Initiativen wie der Korridor VIII sind essentiell für die militärische Mobilität, zumal wenn es darum geht, eine schnelle Verstärkung für die Nato-Ostflanke sowie für Rumänien und Bulgarien zu ermöglichen.

Die dritte Chance betrifft die industrielle Integration und Engpass-Beseitigung. Der Westbalkan besitzt Kapazitäten in Bereichen, in denen Europa derzeit unter Mangel leidet, was vor allem für die Produktion von Munition, Sprengstoff und Treibmitteln gilt. Werden Partnerländer über das SAFE-Instrument in die europäische Verteidigungsindustrie (EDTIB) eingebunden, könnte dies Lieferketten absichern und Europas Verteidigungsbereitschaft insgesamt erhöhen.

Festhalten lässt sich, dass die SDPs nur dann als Mittel einer differenzierten Integration funktionieren können, wenn es der EU gelingt, dieses Format konsequent in den Erweiterungsprozess einzubetten. Die strategischen Chancen, die die SDPs bieten, sind mittelfristig größer als ihre Risiken, da eine isolierte und sicherheitspolitisch instabile Region ein weitaus größeres Gefährdungspotential für die EU bildet als die Herausforderung einer differenzierten Integration. Damit die Chancen aber dauerhaft die Risiken

²⁰ Filip Ejduš/Tijana Rečević/Marko Kovačević, »Military Dynamics, Conventional Arms Control, and Regional Security in the Western Balkans«, in: Nemanja Džuverović/Věra Stojarová (Hg.), *Peace and Security in the Western Balkans*, London 2022, S. 129–155.

überwiegen, muss die EU weiterhin eine strikte Konditionalität für die SDPs anwenden. Die Teilnahme an Verteidigungsrahmen muss untrennbar an Fortschritte im Fundamentals Cluster gekoppelt bleiben, um Korruption und State Capture im Sicherheitssektor zu verhindern. Letztlich fungieren die SDPs als geopolitischer Hebel, dessen Erfolg davon abhängt, ob die EU ihn als Beschleuniger für eine Vollmitgliedschaft nutzt oder lediglich als Mittel zur Verwaltung einer permanenten Peripherie.

Michael Paul

Island als europäischer Sicherheitspartner: Sichere Häfen in Zeiten interkontinentaler Spannungen

Auf Island driften die nordamerikanische und die eurasische Kontinentalplatte auseinander. Sichtbar ist dies in der Silfra-Spalte, einer kilometerlangen Verwerfung im Thingvellir-Nationalpark. In Zeiten internationaler Spannungen ist Island als interkontinentale Nahtstelle zwischen Amerika und Europa auch ein Objekt geopolitischen Interesses. Denn der kleine Staat mitten im Atlantik hat ungleich größere sicherheitspolitische Bedeutung, als geografische Ausdehnung und Bevölkerungszahl vermuten lassen. Dies hat die internationale Rolle und das Selbstverständnis des Landes geprägt. Die Drohung der USA, Grönland zu annektieren, hat seit Dezember 2025 zu tiefgreifenden transatlantischen Spannungen geführt – wobei US-Präsident Trump mehrmals Grönland und Island verwechselte.¹ Der designierte US-Botschafter in Island löste zudem durch die scherzhaft gemeinte Bemerkung, Island könne der 52. US-Bundesstaat werden, weitere Empörung und Verunsicherung in der isländischen Gesellschaft und Politik aus. Dadurch sah sich die Regierung in Reykjavik veranlasst, die Abhängigkeiten des Landes kritisch zu prüfen.² Es

gehört nun seit 2025 der Maritimen Sicherheitspartnerschaft (MSP) diverser europäischer Länder an und ist 2026 eine Sicherheitspartnerschaft mit der EU eingegangen.

Ein Arktisstaat auf der Suche nach Sicherheit

Da Island Gründungsmitglied der Nato ist, gewährleisten die transatlantische Allianz, die 1949 ins Leben gerufen wurde, und zudem das Verteidigungsabkommen mit den USA von 1951 jahrzehntelang die Sicherheit des Inselstaats. Zugleich war die von 1943 bis 2006 betriebene Naval Air Station Keflavik für die Nato »the most important strategic asset« im Nordatlantik.³ Zeitweise dienten bis zu 3300 US-Militärangehörige auf der Insel und bildeten die Iceland Defense Force. Sie bewachten unter anderem die GIUK-Lücke, welche sich entlang einer gedachten Linie von Grönland über Island bis zum Vereinigten Königreich (United Kingdom, UK) erstreckt und den Korridor zwischen dem Nordatlantik und dem Europäischen Nordmeer sowie dem angrenzenden Arktischen Ozean bildet. Die GIUK-Lücke hat in operativen Planungen der Nato erhebliche Bedeutung für Kontrolle und Einhegung russischer Aktivitäten im arktisch-nordatlantischen Raum. Mit dem unilateralen Abzug der US-Streitkräfte im Herbst 2006 endete ein Kapitel isländischer Geschichte, das über Generationen hinweg die Gesellschaft und den Stellenwert der Insel in der globalen Sicherheit maßgeblich beeinflusst hatte. Island fand sich in einer neuen Lage, die

1 Claire Moses, »Trump Confuses Iceland and Greenland in Davos Remarks«, in: *New York Times*, 21.1.2026, <<https://www.nytimes.com/2026/01/21/us/politics/trump-greenland-iceland-confusion.html>>. Sofern nicht anders angegeben, wurden alle Onlinequellen zuletzt am 9.7.2026 aufgerufen; Michael Paul, *Amerikas fixe Grönlandidee. Implikationen und Lösungsansätze für Europa*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Februar 2026 (SWP-Aktuell 3/2026), doi:10.18449/2026A03.

2 Connor Greene, »Trump's Iceland Ambassador Nominee Apologizes for Joking about Country Becoming '52nd State' after Backlash«, in: *Time*, 16.1.2026, <<https://time.com/7346779/iceland-us-ambassador-nominee-52nd-state-apology/>>; Baldur Thorhallsson, »Iceland's Security: a New European Dimension«, in: Michael Kaeding/Johannes Pollak/

Paul Schmidt (Hg.), *Security, Defence, and the Future of Europe. Views from the Capitals*, Cham 2026, S. 143 – 146.

3 Mary Thompson-Jones, *America in the Arctic. Foreign Policy and Competition in the Melting North*, New York 2025, S. 77.

überholt geglaubte sicherheitspolitische Probleme wieder aktivierte, aber auch wirtschaftliche Chancen bot. Zwar gehört die Insel nicht zum exklusiven Club der als Arctic 5 bezeichneten Küstenstaaten (Dänemark/Grönland, Kanada, Norwegen, Russland, USA/Alaska), welche die Anerkennung eines erweiterten Festlandsockels beantragt haben.⁴ Aber Island zählt mit Finnland und Schweden zum Kreis der acht Mitgliedstaaten (A8) des Arktischen Rates. Nach dem Abzug der US-Streitkräfte suchte Island daher neue Sicherheit im arktischen Ordnungsrahmen und nutzte seine strategische Position als außenpolitisches Instrument – so bei der Öffnung der Arktis gegenüber asiatischen Staaten wie China, das seit 2013 mit Indien, Japan, Singapur und Südkorea zu den Beobachterstaaten des Arktischen Rates zählt.

Islands Präsident Ólafur Ragnar Grímsson (1996–2016) spielte eine »bedeutende öffentliche Rolle«⁵ in der Förderung der Kooperation mit China. Der chinesische Präsident Jiang Zemin besuchte Island 2002 auf Einladung Grímssons, der seinerseits 2005, 2008 und 2010 in China empfangen wurde. Es war daher kein Zufall, dass Premierminister Wen Jiabao im April 2012 seine Europareise in Island begann. Während der verheerenden Finanzkrise 2008 hatte Islands Regierung in einer ersten panischen Reaktion zunächst einen russischen Milliardenkredit in Erwägung gezogen, bevor es internationale Finanzhilfe von Seiten des Internationalen Währungsfonds (International Monetary Fund, IMF) sowie eine EU-Mitgliedschaft⁶ anstrebte und 2013 das erste Freihandelsabkommen eines europäischen Landes mit China unterzeichnete.⁷

Arktische Seewege können (noch) nicht mit südlichen Passagen konkurrieren.

Island diente sich als Tor zur Arktis an, die aufgrund des Klimawandels neue Seewege und Ressourcen versprach. Reykjavik sah sich schon als »arkti-

sches Singapur«⁸ mit einem konstanten Kapitalzufluss durch hunderte Schiffe auf der Suche nach Häfen und Infrastruktur am Ende der Nordostpassage. Aber arktische Seewege können (noch) nicht mit südlichen Passagen konkurrieren, und die Wirtschaftsbeziehungen enttäuschten die Erwartungen: 2,2 Prozent der isländischen Exporte gingen 2023 nach China, und der isländische Import aus China lag bei 8,7 Prozent der Gesamteinfuhr.⁹ Markante Symbole dieser Entwicklungsphase blieben Chinas große diplomatische Vertretung in Reykjavik und die Arctic Circle Assembly, die 2013 als größte internationale Konferenz in der Arktis von Präsident Grímsson eröffnet wurde.

Das Verhältnis zu China hat sich abgekühlt, aber die strategische Bedeutung Islands bleibt auch mit Blick auf Russland unverändert bestehen. So wird die GIUK-Lücke seit einer Entscheidung der US-Regierung im Jahr 2016 wieder kontinuierlich überwacht. Doch habe Reykjavik aus Sicht von Mary Thompson-Jones vom US Naval War College immer wieder mit China und Russland »geflirtet«.¹⁰ Die Arktis und die wachsende strategische Konkurrenz verhalfen Island abermals zu internationaler Bedeutung, riefen jedoch auch erneut alte Sicherheitsprobleme hervor.

Sicherheitsgarant Nato

»Thank God, we're part of Nato«, erklärte Islands Außenministerin Thórdís Kolbrún Reykþjöld Gylfaðóttir bei ihrem Besuch in Washington im April 2022, denn ihre Inselnation könne Frieden nicht

4 Michael Paul, *Der Kampf um den Nordpol. Die Arktis, der Klimawandel und die Rivalität der Großmächte*, aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Freiburg 2026, S. 50–56.

5 Valur Ingimundarson, *Iceland's Arctic Policies and Shifting Geopolitics. Embellished Promise*, Cham 2024, S. 80.

6 Der 2009 beantragte EU-Beitrittsprozess wurde 2013 von einer neuen isländischen Regierung abgebrochen.

7 Vgl. Ingimundarson, *Iceland's Arctic Policies and Shifting Geopolitics* [wie Fn. 5], S. 67–114, 168.

8 Martin Breum, *Cold Rush. The Astonishing True Story of the New Quest for the Polar North*, Montreal/Kingston 2018, S. 117.

9 David Jolly, »Iceland and China Enter a Free Trade Agreement«, in: *New York Times*, 15.4.2013, <www.nytimes.com/2013/04/16/business/global/16iht-iceland16.html>; Elizabeth Economy, »The Four Drivers of Beijing's Emerging Arctic Play and What the World Needs to Do«, in: *Forbes*, 4.4.2014, <www.forbes.com/sites/elizabetheconomy/2014/04/04/the-four-drivers-of-beijings-emerging-arctic-play-and-what-the-world-needs-to-do/>; Valur Ingimundarson, »Iceland as an Arctic State«, in: Ken S. Coates/Carin Holroyd (Hg.), *The Palgrave Handbook of Arctic Policy and Politics*, London 2020, S. 251–265 (257); Ingimundarson, *Iceland's Arctic Policies and Shifting Geopolitics* [wie Fn. 5], S. 86.

10 Präsident Grímsson hatte 2008 dem russischen Botschafter sogar angeboten, die frühere US-Basis Keflavik zu übernehmen, was dieser ablehnte, vgl. Ingimundarson, *Iceland's Arctic Policies and Shifting Geopolitics* [wie Fn. 5], S. 69; Thompson-Jones, *America in the Arctic* [wie Fn. 3], S. 77, 89, 93.

mehr als gesichert annehmen.¹¹ Im Sinne der 1918 friedlich herbeigeführten Unabhängigkeit vom Königreich Dänemark hatte sich Island entschieden, keine eigenen Streitkräfte aufzubauen, und die innenpolitisch kontroverse Nato-Mitgliedschaft unter Bedingungen gestellt.¹²

Die beiden Schiffe der Icelandic Coast Guard, *Thor* und *Freyja*, konzentrieren sich auf zivile Aufgaben, wie Schutz der Wirtschaftszone, Fischereiaufsicht und Rettungseinsätze in einem Raum, der 19-mal größer ist als die gesamte Insel und 1,9 Millionen Quadratkilometer umfasst. Sie arbeiten mit der dänischen und der norwegischen Küstenwache zusammen, zumal die isländische ausschließliche Wirtschaftszone (Exclusive Economic Zone, EEZ) an die Grönlandische See und die norwegische Insel Jan Mayen grenzt.¹³ Militärisch ist Island von der Nato und den USA abhängig.

Die Naval Air Station Keflavik wurde im Herbst 2006 nach sechs Jahrzehnten geschlossen: Sie war für die USA ein »weißer Elefant«, also ein besonders kostspieliges Unternehmen geworden.¹⁴ Nachdem russische Langstreckenbomber im Jahr darauf Patrouillenflüge entlang der arktischen Küsten wieder aufgenommen haben, wechseln sich Nato-Mitgliedstaaten seit 2008 in der Überwachung und beim Schutz des Luftraums ab.¹⁵ Neben Air Policing, das anders als im Baltikum auf isländischen Wunsch hin in Rotation und zeitlich begrenzt von Mitgliedstaaten wahr-

genommen wird,¹⁶ werden russische U-Boot-Aktivitäten im Nato-Rahmen stärker überwacht.¹⁷ Die britisch geführte Joint Expeditionary Force (JEF) errichtete im Juni 2023 zeitweilig ein Hauptquartier auf Island.¹⁸

Island wird als das friedlichste Land der Welt bezeichnet, und das soll aus Sicht von Regierung und Bevölkerung so bleiben. Ob das aber auf Dauer möglich sein wird, ohne eigenes Militär oder dauerhaft Nato-Soldaten zu stationieren, ist ungewiss. Island sei immer bestrebt gewesen, nicht als Trittbrettfahrer zu erscheinen, hat der langjährige britische Nato-Funktionär Jamie Shea beobachtet.¹⁹ Daher konnten die USA 2006²⁰ und 2017 neue Zusatzabkommen schließen, die ihnen weitere Stationierungsmöglichkeiten gaben, ohne jedoch den früheren ständigen Schutz wiederherzustellen.²¹ Stattdessen wurde die Verteidigung mittels der zeitweiligen Präsenz auf Rotationsbasis mit anderen Nato-Staaten gewährleistet. Die

11 John Grady, »Iceland Foreign Minister: 'Thank God We're Part of NATO'«, in: *USNI News*, 24.4.2022, <<https://news.usni.org/2022/04/24/iceland-foreign-minister-thank-god-were-part-of-nato>>; vgl. Thompson-Jones, *America in the Arctic* [wie Fn. 3], S. 76.

12 Unter anderem darf die Nato keine Basen ohne spezifische Genehmigung nutzen. Vgl. Alyson J. K. Bailes/Margret Cela, »Iceland — a State within the Arctic«, in: Robert W. Murray/Anita Dey Nuttall (Hg.), *International Relations and the Arctic. Understanding Policy and Governance*, Amherst, NY, 2014, S. 321–352.

13 Pia Hansson/Guðbjörg Ríkey Th. Hauksdóttir, »Iceland and the European Union Arctic Security and Great Power Interest«, in: Andreas Østhagen/Andreas Rasputnik (Hg.), *Looking North. The European Union and Arctic Security from a Nordic and German Perspective*, Stockholm: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2021, S. 60–74 (66).

14 Thompson-Jones, *America in the Arctic* [wie Fn. 3], S. 87; vgl. Ingimundarson, *Iceland's Arctic Policies and Shifting Geopolitics* [wie Fn. 5], S. 40–44.

15 Ingimundarson, »Iceland as an Arctic State« [wie Fn. 9], S. 254.

16 Thompson-Jones, *America in the Arctic* [wie Fn. 3], S. 97; Ingimundarson, *Iceland's Arctic Policies and Shifting Geopolitics* [wie Fn. 5], S. 42.

17 Julian Staib, »Wir haben kein eigenes Militär, und so wird es auch bleiben«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.1.2023, <<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/islands-ministerpraesidentin-katrin-jakobsdottir-lehnt-eigene-armee-ab-18641031.html>>.

18 Government of Iceland, Ministry for Foreign Affairs, »JEF Deploys Its Headquarters to Iceland«, Pressemitteilung, Reykjavik, 1.6.2023, <<https://government.is/ministries/diplomatic-missions/embassy-article/2023/06/01/JEF-deploys-its-Headquarters-to-Iceland/>>.

19 »We could blow up cars up there without anyone complaining«, said Jamie Shea, a retired longtime senior NATO official. »The Icelanders were always very keen to demonstrate they weren't free-riders«, Shea, zitiert in Daniel Michaels/Benoit Faucon, »The NATO Country with No Military Gets Serious about Defense«, in: *Wall Street Journal*, 27.4.2025, <<https://www.wsj.com/world/europe/iceland-military-defense-us-alliance-8cac5c19>>.

20 The Government of the United States of America/The Government of the Republic of Iceland, *Joint Understanding*, 2006, <<https://www.government.is/library/?itemid=46b9fce6-01be-11e8-9425-005056bc530c>>.

21 »Critics argue this [das Zusatzabkommen 2017, Anm. d. Verf.] amounts to ceding sovereignty, obliging Iceland to protect foreign forces while allowing the U.S. to enforce its own authority on Icelandic soil«, Ingólfur Bjarni Sigfússon/Ingvar Haukur Guðmundsson, »Iceland's Defence Dilemma: Between NATO Commitments and American Power«, in: *RÚV*, 1.9.2025, <www.ruv.is/english/2025-09-01-iceland-defence-dilemma-between-nato-commitments-and-american-power-452048>. Vgl. Ingimundarson, *Iceland's Arctic Policies and Shifting Geopolitics* [wie Fn. 5], S. 119.

isländische Außenministerin Thorgerdur Katrin Gunnarsdóttir berichtet über diese Phase pragmatisch: »It could have been handled differently. But in the end, the cooperation has been good. Still, with a new U.S. administration, we need to broaden our base of support. We cannot rely on one pillar alone.«²² Die Sicherheitslage hat sich aus isländischer Sicht so tiefgreifend verändert, dass eine ausschließliche Abstützung auf die USA nicht mehr ausreicht.

Islands Sicherheitsbasis diversifizieren

Islands Sicherheit basiert wesentlich auf der Mitgliedschaft in der Nato und dem Verteidigungsabkommen mit den USA. Darüber hinaus will das Land seine Sicherheit jedoch auf eine breitere Grundlage stellen.

Island will seine Sicherheit auf eine breitere Grundlage stellen.

Daher hat Island *erstens* die Kooperation mit nord-europäischen Nachbarstaaten (Nordic Defence Cooperation, NORDEFECO) und in der von Großbritannien geführten JEF vertieft²³ sowie eine Reihe bilateraler Abkommen zur Zusammenarbeit in der Verteidigung geschlossen, darunter mit Deutschland. Verteidigungsminister Boris Pistorius und Außenministerin Gunnarsdóttir unterzeichneten im Oktober 2025 eine Absichtserklärung mit Schwerpunkten auf maritimer Logistik zur Unterstützung der Luft- und Seeraumüberwachung, zum Schutz kritischer Infrastruktur und zur Cyberabwehr. Pistorius bezeichnete Island »als Brücke über den Nordatlantik und zugleich als ein Tor zur Arktis«²⁴ und damit als strategisch wichtigen Anlaufpunkt für Kriegsschiffe, U-Boote und Versorger. »Wir sind bereit, mehr Verantwortung für Stabilität und Sicherheit hier im hohen Norden

zu übernehmen. Die Deutsche Marine wird ihre Fregatten, U-Boote und die neuen Seefernaufklärer zur Lagebilderstellung im Nordatlantik einsetzen«, erklärte Pistorius.²⁵ Island bildet zudem ein wichtiges Element der Maritimen Sicherheitspartnerschaft (MSP) für den Nordatlantik, die Deutschland, Kanada und Norwegen zusammen mit Dänemark aufbauen wollen.

Zweitens hat sich Island der entstehenden EU-Sicherheitsarchitektur angenähert. EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas und Außenministerin Gunnarsdóttir unterzeichneten im März 2026 die EU-Iceland Security and Defence Partnership (SDP),²⁶ die im Unterschied zu anderen Sicherheitspartnerschaften eine verstärkte Kooperation betreffend Arktis und maritime Sicherheit enthält. Sie nimmt naturgemäß Bezug auf die isländische Arktispolitik²⁷ und entspricht – ähnlich der mit Norwegen im Mai 2024 vereinbarten SDP – der zunehmenden Bedeutung des arktischen Raums in seinen unterschiedlichen Dimensionen (geopolitisch, maritim, militärisch). Im Dezember 2024 beschloss die Regierungskoalition, über die Einleitung von EU-Beitrittsgesprächen abstimmen zu lassen. Kurz zuvor hatte das Außenministerium betont, eine Mitgliedschaft in der EU würde zwar eine weitergehende Integration bieten, aber die Nato-Mitgliedschaft und das bilaterale Verteidigungsabkommen mit den USA blieben »Hauptpfeiler« isländischer Sicherheit.²⁸ Im August 2026 votierte eine Mehrheit der Bevölkerung gegen EU-Beitrittsgespräche.

25 Gunnarsdóttir, zitiert in »Deutschland und Island vereinbaren engere Militärkooperation«, in: *Spiegel Online*, 20.10.2025, <www.spiegel.de/politik/russland-deutschland-und-island-vereinbaren-engere-militaerkooperation-a-844c388d-9919-4204-8b4f-890730516e47>.

26 European External Action Service (EEAS), *Security and Defence Partnership between the European Union and Iceland*, Brüssel, 29.10.2025, <<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14421-2025-INIT/en/pdf>>.

27 Government of Iceland, Ministry for Foreign Affairs, *The Arctic Region*, <<https://www.government.is/topics/foreign-affairs/arctic-region/>> (Zugriff am 9.7.2026).

28 Genannt werden Common Security and Defence Policy (CSDP), Permanent Structured Cooperation (PESCO), European Defence Fund (EDF) und European Defence Industry Programme (EDIP), siehe Government of Iceland, Ministry for Foreign Affairs, *What Would EU Membership Mean for Security and Defence?*, Reykjavik, 21.6.2026, <<https://www.government.is/news/article/what-would-eu-membership-mean-for-security-and-defence/>>.

22 Gunnarsdóttir, zitiert in Sigfússon / Guðmundsson, »Iceland's Defence Dilemma« [wie Fn. 21].

23 Thorhallsson, »Iceland's Security« [wie Fn. 2], S. 144; Page Wilson / Auður H. Ingólfssdóttir, »Small State, Big Impact? Iceland's First National Security Policy«, in: Gunhild Hoogensen Gíorv / Marc Lanteigne / Horatio Sam-Aggrey (Hg.), *Routledge Handbook of Arctic Security*, London/New York 2020, S. 188 – 197 (193).

24 Pistorius, zitiert in Lara Finke, *Pistorius in Reykjavik: Deutschland und Island vertiefen Militärkooperation*, Berlin: Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), 20.10.2025, <<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/deutschland-und-island-vertiefen-militaerkooperation-6034006>>.

Daher ist *drittens* die engere Sicherheitspartnerschaft mit der EU in Brüssel nachrangig zur Nato und den Beziehungen zu Washington. Es gebe keine Anzeichen, dass die Trump-Regierung von den bilateralen Verteidigungsabkommen abrücken wolle. Ganz im Gegenteil habe sich der Dialog intensiviert, meint Baldur Thorhallsson von der University of Iceland.²⁹

Arktisch-europäische Perspektiven

Die Arktispolitik der Trump-Regierung und speziell die Drohung mit einer Annexion Grönlands wurden von der isländischen Bevölkerung mit großer Mehrheit abgelehnt und als Bedrohung wahrgenommen.³⁰ Island befindet sich ähnlich anderen Nato-Staaten in dem Dilemma, von den USA abhängig zu sein, aber deren aktuelle Politik nicht gutzuheißen.³¹ Der Kompromiss besteht darin, zum einen die Beziehungen in Washington auf Arbeitsebene zu intensivieren und zum anderen Islands europäische Position in Brüssel zu stärken. Reykjavik folgt also einem ähnlichen Kurs wie Berlin: europäischer werden, um transatlantisch zu bleiben.³² Allerdings hängen Ambitionsniveau und institutionelle Tiefe europäischer Zusammenarbeit von der Politik einzelner EU-Staaten und der EU als Institution ab.

Es fehlt ein Arktisdokument der EU, das den aktuellen Herausforderungen Rechnung trägt.

Was fehlt, ist unter anderem ein Arktisdokument der EU, das den aktuellen Herausforderungen Rechnung trägt und längerfristig einen haushaltsbegründenden Rahmen für abgestimmtes, gemeinsames Handeln setzt. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat bei ihrem Besuch in Island im Juli 2025 eine Überarbeitung der Arktisstrategie angekündigt.³³ Selbst Kanada fordert inzwischen darüber hinaus sogar eine Arktisstrategie der Nato³⁴ – auch hier spielt Island eine wesentliche Rolle.

Seit Jahrzehnten bietet Island einen sicheren Hafen für Schiffe und Flugzeuge, um wichtige Luft- und Seeräume zu schützen. Jedoch gilt es, zivil-militärische Aktivitäten vom Cyber- bis zum Weltraum auszuweiten und zu institutionalisieren sowie neuen Gefahren für Marineeinrichtungen zu begegnen. Nato und EU können ein breites Instrumentarium für mehr maritime Sicherheit beisteuern und ihrerseits vom Standort Island und vom Zugang zur Arktis profitieren – auch wenn arktische Seewege und Ressourcen weiterhin nur relativ geringe Bedeutung haben.³⁵ Island ist von submariner Infrastruktur abhängig.³⁶ Daher wären neben der Nato-Task Force X (TFX)-Arctic zur Unterstützung der Nato-Mission Arctic Sentry³⁷ weitere Maßnahmen zum Schutz maritimer kritischer Infrastruktur nötig. Nützlich dafür wären EU-Programme

29 »On the contrary, officials in the Ministry for Foreign Affairs emphasise that the security and defence dialogue between Reykjavík and Washington has never been closer«, Thorhallsson, »Iceland's Security« [wie Fn. 2], S. 144.

30 Iryna Zubenko, »Icelanders Strongly Oppose Greenland Becoming Part of the U.S.«, in: *The Reykjavík Grapevine*, 25.2.2025, <<https://grapevine.is/news/2025/02/25/icelanders-strongly-oppose-greenland-becoming-part-of-the-u-s/>>.

31 Jon Henley, »Only One in 10 Europeans Now See US as an Ally, Survey Suggests«, in: *The Guardian*, 10.6.2026, <<https://www.theguardian.com/world/2026/jun/10/only-one-in-10-europeans-now-see-us-as-an-ally-survey-suggests>>; Jana Kobzová/Pawel Zerka, *Home Alone: Europeans Are Ready to Defend Themselves*, Berlin: European Council on Foreign Relations, 2026, <<https://ecfr.eu/publication/home-alone-europeans-are-ready-to-defend-themselves/>>.

32 Vgl. BMVg, »NATO muss europäischer werden, um transatlantisch zu bleiben«, Pressemitteilung, Berlin, 4.5.2026, <www.bmvg.de/de/aktuelles/truppenabzug-pistorius-reaktion-ankuendigung-us-praesident-6097994>.

33 Laurent Mayet, *EU Arctic Policy in a Hove-to Position*, Paris: Fondation Robert Schuman, 7.10.2025 (Schuman Paper Nr. 805), S. 7, <<https://server.www.robert-schuman.eu/storage/en/doc/questions-d-europe/qe-805-en.pdf>>.

34 Astri Edvardsen, »Canada Calls for NATO Strategy to Safeguard the Arctic«, in: *High North News*, 2.6.2026, <<https://en.highnorthnews.com/politics/canada-calls-for-nato-strategy-to-safeguard-the-arctic/1112714>>.

35 Paul, *Der Kampf um den Nordpol* [wie Fn. 4], S. 37 – 44, 61 – 85.

36 Siehe TeleGeography, *Submarine Cable Map*, <<https://www.submarinecablemap.com/>>.

37 Nato, »NATO Launches Task Force X-Arctic to Strengthen Awareness in the Arctic and the High North«, Pressemitteilung, Brüssel, 6.6.2026, <www.nato.int/en/news-and-events/articles/news/2026/06/06/nato-launches-task-force-x-arctic-to-strengthen-awareness-in-the-arctic-and-the-high-north>.

für größere Resilienz.³⁸ Darüber hinaus wäre es analog zur MSP als minilateralem Instrument hilfreich, das regionale Kooperationsformat Nordic-Baltic Eight (NB8)³⁹ zu stärken, um Seeverbindungslinien von der Ostsee bis in den Nordatlantik zu sichern. Island ist Mitglied von Formaten wie dem Arctic Security Forces Roundtable und dem Arctic Coast Guard Forum, die im arktisch-nordatlantischen Raum stabilitätsfördernd wirken, selbst wenn die direkte Zusammenarbeit mit Russland kriegsbedingt ausgesetzt bleibt.

Konfliktstoff beinhalten nach wie vor die Fischerei-rechte. Zu erinnern ist an die »Kabeljaukriege«, die sich zwischen Island und dem Vereinigten Königreich in den Jahren 1958 bis 1976 abspielten und Island veranlassten, mit seinem Austritt aus der Nato zu drohen.⁴⁰ Hier könnte die EU, angelehnt an ihre Maritime Security Strategy, die Kooperation im Fischerei- und Meeresschutz erweitern und frühere Konfliktlinien aufgreifen.⁴¹ Ohne Rücksicht auf London nehmen zu müssen, war Brüssel zwar bereit, auf Reykjavik zuzugehen. Das wurde auch in Oslo aufmerksam verfolgt, zumal ein Beitritt Norwegens zur Europäischen Gemeinschaft 1972 und zur Europäischen Union 1994 ebenfalls an Fischereifragen gescheitert war.⁴² Doch Island genießt als Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums bereits ungehinderten Zugang zum EU-Binnenmarkt. Im Falle der im August 2026 abgelehnten Wiederaufnahme von Beitritts-verhandlungen ist die EU gewissermaßen Opfer des eigenen Erfolgs geworden: Islands Bevölkerung und seine Fischereiindustrie sind mit dem Status quo

zufrieden, und Brüssel bietet mittlerweile ein großes Instrumentarium als Alternative zur Vollmitgliedschaft.

In der gegenwärtigen globalen und transatlantischen Phase der Instabilität versprechen die Diversifizierung sicherheitspolitischer Abhängigkeiten und die Stärkung des europäischen Pfeilers der Allianz – einschließlich Islands spezifischem Beitrag in Form von zivil-militärischer Infrastruktur und strategischer Tiefe – einen akzeptablen Schutz isländischer Souveränität. Auch wenn Island mittlerweile Sicherheitspartner der EU ist, dürfte in dem Inselstaat der Stoßseufzer »Gott sei Dank sind wir in der EU« erst dann zu vernehmen sein, wenn die Union eines Tages im Konfliktfall nicht nur außenwirtschaftliche Instrumente, sondern auch militärisch wirkungsvolle Hilfe bieten kann. Doch davon ist Brüssel derzeit noch weit entfernt.

³⁸ European Commission, *Critical Infrastructure Resilience at EU-Level*, Brüssel, 13.1.2026, <https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/internal-security/counter-terrorism-and-radicalisation/protection/critical-infrastructure-resilience-eu-level_en>.

³⁹ Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen und Schweden.

⁴⁰ Thompson-Jones, *America in the Arctic* [wie Fn. 3], S. 84 – 86; Wilson/Ingólfssdóttir, »Small State, Big Impact?« [wie Fn. 23], S. 189.

⁴¹ EEAS, *Maritime Security*, Brüssel, 6.3.2026, <www.eeas.europa.eu/eeas/maritime-security_en>.

⁴² »We said no in 1972 because of fish and again in 1994, it was very much about fish. Fish and agriculture, Foreign Minister Espen Barth Eide told the Financial Times«, Mari Novik, »EU Looks More Attractive in Donald Trump's »Crazy World«, Says Norway«, in: *Financial Times*, 1.6.2026, <<https://www.ft.com/content/5c8a871f-9a49-45f4-9ac0-543a608a5a9d?syn-25a6b1a6=1>>.

Jake Benford

Die Sicherheitspartnerschaft der EU mit dem Vereinigten Königreich: Zwischen geopolitischer Kooperation und institutioneller Vorsicht

Unter den bisherigen Sicherheitspartnerschaften der EU nimmt das Abkommen mit dem Vereinigten Königreich (United Kingdom, UK) eine Sonderstellung ein. Als europäische Nuklear- und Militärmacht, einstiger EU-Mitgliedstaat und Mitgestalter der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) war das UK über Jahrzehnte ein integraler Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur. Seit dem Brexit ist das Land institutionell vom sicherheits- und verteidigungspolitischen Rahmen der EU entkoppelt, doch bleibt es über die Nato sowie minilaterale und bilaterale Partnerschaften ein wichtiger Sicherheitsakteur in Europa. Gerade diese Spannung zwischen sicherheitspolitischer Zentralität und institutioneller Distanz prägt den Charakter der im Mai 2025 geschlossenen Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft (SDP) zwischen EU und Vereinigtem Königreich.

Um die Partnerschaft näher einzuordnen, bedarf es eines vergleichenden Ansatzes. Erstens muss diese SDP vor dem Hintergrund der früheren sicherheitspolitischen Integration des Königreichs in der EU betrachtet werden. Zweitens ist ihre Entstehung eng mit Europas veränderter Sicherheitslage seit 2022 und der Dynamik des laufenden »Resets« in Londons Beziehung zur EU verknüpft.¹ Drittens erschließt sich der Charakter des Abkommens gerade im Vergleich

zu den übrigen Sicherheitspartnerschaften der EU. Denn die britische SDP ist zwar thematisch breiter und stärker geopolitisch angelegt, institutionell aber vorsichtiger ausgestaltet. Damit stellt sich die Frage, wie eng EU und UK unter den Bedingungen des Brexits sicherheitspolitisch kooperieren können – und wo die politischen und institutionellen Grenzen dieser Zusammenarbeit derzeit liegen.

Vom Tiefpunkt des Brexits zur geopolitischen Annäherung

Der sicherheitspolitische »Reset« des UK in seinem Verhältnis zur EU steht in einer längeren Tradition ambivalenter britischer Haltung zur europäischen Sicherheitsintegration. London war zwar zentraler Treiber einer solchen Kooperation, begrenzte aber konsequent jede Entwicklung, die sich als Konkurrenz zur Nato verstehen ließ. Britische Regierungen argumentierten stets, die europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich solle sich primär auf wirtschaftliche Sicherheit, Energiesicherheit und Cyberfragen richten, nicht jedoch auf militärische Kernaspekte – auch weil dies einen amerikanischen Rückzug aus Europa beschleunigen könne. Die Sorge vor einer schrittweise erfolgenden Entkopplung der USA war damit lange vor der heutigen Debatte ein Teil britischen Nachdenkens über die europäische Sicherheitskooperation.

Der Brexit markierte zunächst eine Phase der Entfremdung in den sicherheitspolitischen Beziehungen. Das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich von 2020 enthielt auf expliziten Wunsch der Johnson-Regierung praktisch keine Sicherheits- und

¹ Siehe Fabian Zuleeg/Jannike Wachowiak/Daniela Schwarzer/Jake Benford, *Reframing the Reset: From Post-Brexit Stabilisation to Strategic Partnership*, Gütersloh/Brüssel: Bertelsmann Stiftung/European Policy Centre, 2026, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSI/Publikationen/GrauePublikationen/Reframing_the_EU-UK_Reset_May_2026.pdf>. Sofern nicht anders angegeben, wurden alle Onlinequellen zuletzt am 8.10.2026 aufgerufen.

Verteidigungskomponenten; London setzte stattdessen primär auf Nato-Strukturen und bilaterale Formate.² Russlands Vollinvasion der Ukraine löste dann eine kontroverse Debatte über die europäische Verteidigungsfähigkeit aus. Weiter befeuert wurde sie, als Donald Trump Ende 2024 abermals die Wahl zum US-Präsidenten gewann und sich die Zweifel an der langfristigen Verlässlichkeit amerikanischer Sicherheitsgarantien vertieften. In dieser Diskussion stand die gesamte Bandbreite europäischer Sicherheitsressourcen im Fokus – von Sanktionen über Cyberabwehr bis hin zu industriellen Kapazitäten und militärischen Fähigkeiten. Damit hatte die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit London für die EU deutlich größere strategische Bedeutung, als dies unmittelbar nach dem Brexit der Fall gewesen war.

Parallel dazu setzte 2022 eine politische Annäherung ein. Sie schlug sich etwa im Windsor Framework³ nieder sowie in einer verstärkten Zusammenarbeit Londons mit der Ukraine. Mit dem Labour-Wahlsieg 2024 erhielt diese Entwicklung einen zusätzlichen Schub. Die Sicherheitskooperation wurde auf britischer Seite früh als zentraler Bestandteil eines »Reset« mit der EU identifiziert. Sie liegt außerhalb der klassischen Konfliktfelder des Binnenmarkts und ist zudem im Ziel eines weitreichenden »EU-UK Security Pact« angelegt, das die Labour-Partei bereits in der Opposition entwickelt und in ihrem Wahlprogramm von 2024 festgeschrieben hatte.⁴

2 Richard G. Whitman, *Why the UK Has Taken Foreign Policy Out of Brexit Negotiations*, London: Chatham House, 2020, <<https://www.chathamhouse.org/2020/07/why-uk-has-taken-foreign-policy-out-brexit-negotiations>>; Benjamin Martill, *Labour's Security and Defence Pact: A Step in the Right Direction*, Sheffield: Independent Commission on UK-EU Relations, 2025, <<https://static1.squarespace.com/static/6193d9441f87e0447a3f0803/t/692487423be6fa232a326f48/1764001602951/Security+pact+ambition+Nov+2025.pdf>>.

3 Das im Februar 2023 zwischen der EU und UK vereinbarte Windsor Framework reduzierte die Spannungen zwischen den beiden Seiten, indem es praktische Lösungen für Handels- und Zollkontrollen in Nordirland schuf.

4 Labour Party, *Change. Labour Party Manifesto 2024*, London 2024, <<https://labour.org.uk/change/>>. Für eine erste Einordnung noch vor Abschluss der SDP siehe Luigi Scanzieri, *Towards a UK-EU Security Pact*, London/Brüssel/Berlin: Centre for European Reform, 2024, <<https://www.cer.eu/insights/towards-uk-eu-security-pact>>.

Die SDP mit London verbindet einen breiten geopolitischen Anspruch mit einer vorsichtigen institutionellen Ausgestaltung.

Eine zusätzliche Dynamik entstand durch das im Mai 2025 geschaffene EU-Programm Security Action for Europe (SAFE), das die Mitgliedstaaten beim Erwerb von Verteidigungsgütern finanziell unterstützen soll. Auch Nicht-EU-Staaten können von SAFE profitieren. Einen privilegierten Zugang zu europäischen Rüstungsinstrumenten erhalten sie aber nur unter der Bedingung, dass sie eine Sicherheitspartnerschaft mit der EU eingehen. Für London eröffnete sich damit die Perspektive einer rüstungsindustriellen Kooperation nach dem Brexit; die SDP mit der EU wurde im Frühjahr 2025 denn auch in weniger als einem Monat ausgehandelt.

Vor diesem Hintergrund bewegte sich die britische SDP von Beginn an im Spannungsfeld zwischen geopolitischer Wiederannäherung und fortbestehender institutioneller Distanz nach dem Brexit. Im Vergleich zu den übrigen Sicherheitspartnerschaften der EU zeigt sich dabei eine ungewöhnliche Kombination aus breitem geopolitischem Anspruch und vorsichtiger institutioneller Ausgestaltung.

Institutionelle Architektur unter Brexit-Vorzeichen

Institutionell folgt die SDP mit dem Vereinigten Königreich grundsätzlich denselben Strukturen wie die übrigen Sicherheitspartnerschaften der EU. Ihre Besonderheit ergibt sich jedoch daraus, dass sie zugleich in die weiterhin vom Brexit geprägte Gesamtbeziehung zwischen EU und UK eingebettet ist. Wie die anderen SDPs wird auch jene mit London im außen- und sicherheitspolitischen Strang der EU unter Führung der Hohen Vertreterin und des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) sowie im Rat für Auswärtige Angelegenheiten (FAC) behandelt. Zugleich bleibt das Königreich als ehemaliger EU-Mitgliedstaat in einer besonderen Beziehungsarchitektur verankert. Das Verhältnis zum UK als Ganzes ist gemäß den Leitlinien des Europäischen Rates von 2018 dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten (GAC) zugeordnet, dessen Beratungen zu britischen Themen

von der eigens geschaffenen Ratsarbeitsgruppe »Vereinigtes Königreich« (WPUK) vorbereitet werden.⁵

Die sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation mit London wird dadurch jedoch nicht aus dem außen- und sicherheitspolitischen Rahmen herausgelöst. Vielmehr überlagern sich bei der SDP zwei institutionelle Logiken: ihre Behandlung als außen- und sicherheitspolitische Partnerschaft einerseits und die weiterhin geltenden Strukturen der Post-Brexit-Gesamtbeziehung andererseits. Aus Sicht des EAD handelt es sich bei der SDP klar um ein außen-, geo- und sicherheitspolitisch geprägtes Abkommen. EAD und Hohe Vertreterin können die Partnerschaft daher in den regulären außen- und sicherheitspolitischen Strukturen der EU verorten und es insbesondere rechtfertigen, dass sie dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) sowie dem FAC zugewiesen wird – mit dem Ziel, gemeinsam Außenpolitik zu betreiben.

Gleichzeitig ist die britische Sonderstellung in den Außenbeziehungen der EU zu berücksichtigen. Gerade die stärkere Behandlung von UK-Themen im PSK wurde deshalb als Schritt hin zu einer »Normalisierung« des Verhältnisses verstanden – allerdings unter der Bedingung, dass dadurch der für London weiterhin geltende »Package Approach« nicht unterlaufen wird, wonach Beschlüsse entweder gebündelt oder gar nicht gefasst werden. In der Praxis wurden hierfür flexible Lösungen entwickelt: Die sicherheitspolitische Führung bleibt bei der Hohen Vertreterin und dem EAD, während die Perspektive der für die Gesamtbeziehung zuständigen Mitgliedstaaten und Gremien berücksichtigt wird, ohne die SDP selbst dem GAC zu unterstellen.

Geopolitische Partnerschaft ohne Integrationslogik

Während die institutionelle Architektur der SDP mit London offenlegt, dass die Beziehung zum UK weiterhin in der Brexit-Logik der EU verankert ist, lässt die politische Rahmung des Abkommens zugleich den Anspruch enger geopolitischer Kooperation erkennen.

Die einleitenden Abschnitte verdeutlichen dies. Dort heißt es – wie bei keiner anderen SDP –, dass

der Partnerstaat und die EU »eine gemeinsame Verantwortung für die Sicherheit Europas tragen«.⁶ Anders als bei den stärker auf den Indo-Pazifik ausgerichteten SDPs, den Partnerschaften mit sonstigen nicht der EU, aber der Nato angehörenden Staaten (Norwegen und Island) oder den Kandidaten für einen EU-Beitritt steht hier klar die europäische Sicherheitsordnung im Mittelpunkt. Hervorgehoben wird darüber hinaus die internationale Rolle des Vereinigten Königreichs als Mitglied des UN-Sicherheitsrats, der Nato sowie der G7 und G20.

Insgesamt wird das Abkommen mit dem UK stärker als die SDP-Vereinbarungen mit anderen Ländern von einem Geist souveräner Gleichrangigkeit bestimmt. Es gibt wenig Hierarchie, wenig Konditionalität und keine Integrationslogik wie bei Kandidatenstaaten. Geworben wird für eine enge Kooperation, ohne dass der Eindruck politischer »Anpassung« an die EU entsteht. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der Formel einer »comprehensive, balanced and mutually beneficial Security and Defence Partnership« – eine Wortwahl, die sich bei keiner anderen SDP findet.⁷ Anders als Kandidatenstaaten oder globale Partner wird London damit klar als strategisch Ebenbürtiger angesprochen.

Gleichzeitig fällt auf, dass Fragen institutioneller Einbindung im einleitenden Teil des Abkommens weitgehend ausgespart bleiben. Im Unterschied zu anderen europäischen SDPs werden GSVP-Missionen oder sonstige Formen institutioneller Kooperation hier gerade nicht hervorgehoben. Eine Ausnahme bildet lediglich der Verweis auf eine mögliche Zusammenarbeit bei dem Projekt zu militärischer Mobilität, das die EU-Staaten im Rahmen ihrer Ständigen strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) verfolgen. Die konkreten Grenzen der Kooperation werden in den späteren Abschnitten des Abkommens aber noch deutlicher.

⁵ Europäischer Rat, *Leitlinien [zu den künftigen Beziehungen der EU zum Vereinigten Königreich]*, Brüssel, 23.3.2018, <<https://www.consilium.europa.eu/media/33497/23-euco-art50-guidelines-de.pdf>>.

⁶ General Secretariat of the Council, *Security and Defence Partnership between the European Union and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland*, Brüssel, 19.5.2025, <<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8709-2025-INIT/en/pdf>>, Abs. 2 (»The UK and the EU share a responsibility for the security of Europe«).

⁷ Ebd., Abs. 11.

Dialogformate zwischen Flexibilität und Verbindlichkeit

Was politische und administrative Dialoge angeht, macht die EU dem UK das weitreichendste Angebot unter allen bisherigen Partnerstaaten. Allenfalls Norwegen kommt aufgrund seiner Anbindung an den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) der britischen Stellung vergleichbar nahe. Vorgesehen sind – erstmals und bislang einmalig im Rahmen von SDPs – *halbjährliche* Konsultationen zwischen der Hohen Vertreterin der EU und dem britischen Außenminister. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, London zu Treffen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten einzuladen, was jenseits des EWR-Kontexts eine Ausnahme ist.

Auch auf der Ebene der Spitzenbeamten schafft die SDP neue institutionalisierte Formate für eine regelmäßige sicherheits- und verteidigungspolitische Abstimmung. Vorgesehen ist ein jährlicher Sicherheits- und Verteidigungsdialo g zwischen dem EAD und dem britischen Außen- wie Verteidigungsministerium. Dieser Austausch wurde erstmals im Oktober 2025 durchgeführt. Er umfasste ein breites Spektrum an sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen. Besondere Bedeutung hatte aus britischer Sicht das Thema wirtschaftliche Sicherheit, das auch in der SDP als eigenständiges Kooperationsfeld verankert ist. Damit berührt der Dialog zugleich Fragen, die London mit der »Made in Europe«-Initiative (zur Stärkung von industrieller Produktion und Wertschöpfung innerhalb der EU) und dem Zugang zu europäischen Rüstungs- und Industrieinstrumenten verbindet. Diese industriepolitische Dimension war jedoch nicht selbst ein formaler Gegenstand des Dialogs. Gerade darin zeigt sich eine gewisse Diskrepanz zwischen den konkreten britischen Interessen und den Möglichkeiten des SDP-Formats. Dieses schafft zwar einen politischen Gesprächsrahmen, bietet aber nur begrenzte Ansatzpunkte, um Ziele praktisch umzusetzen.

Ergänzt wird der jährliche Sicherheits- und Verteidigungsdialo g durch regelmäßige themenspezifische Dialoge etwa zu Cyberfragen, Terrorismusbekämpfung, Exportkontrollen, Nichtverbreitung oder hybriden Bedrohungen. Es geht hier also gerade um jene Politikfelder, die bereits im Handels- und Kooperationsabkommen von 2020 als vergleichsweise wenig kontroverse Bereiche sicherheitspolitischer Zusammenarbeit angelegt waren. Die Dialogformate schaffen damit einerseits neue institutionalisierte Kanäle für regelmäßige Konsultationen, bleiben andererseits

jedoch bewusst flexibel und politisch unverbindlich. Sie dienen ebenso der institutionellen Rahmung schon bestehender Kontakte wie der schrittweise erfolgenden Ausweitung sicherheitspolitischer Kooperation.

Koordination über die klassische GSVP hinaus

Auffällig ist, wie breit die SDP mit dem Vereinigten Königreich angelegt ist. Sie umfasst sämtliche Themenfelder der besonders ausgeprägten Partnerschaft mit Norwegen und erweitert diese noch um die Bereiche regionale Sicherheit, neue Technologien, Klimasicherheit, Migration, militärische Lagebilder, Korruptionsbekämpfung und globale Gesundheitssicherheit. Das weite Spektrum verdankt sich gerade jenen Feldern, auf denen geopolitische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sicherheitsfragen ineinandergreifen. Die britische SDP entwickelt sich damit weg von einem primär operationsbezogenen GSVP-Instrument, hin zu einem größeren Rahmen geopolitischer Koordinierung.

Das Thema Ukraine zieht sich durch das Abkommen – das UK ist hier militärischer Unterstützer, Sanktionspartner und Abschreckungsakteur.

Hinzu kommt, dass die geografische Dimension im Vergleich zu anderen SDPs stärker ausfällt. Explizit hervorgehoben werden in dem Abkommen – vor allem als Themen der Konsultationen auf höchster politischer Ebene – die Ukraine und Russland, der Westbalkan und der Indo-Pazifik. Die Partnerschaft wird damit nicht nur über funktionale Kooperationsfelder definiert, sondern auch über gemeinsame strategische Prioritäten in zentralen sicherheitspolitischen Räumen.

Besonders deutlich zeigt sich dies am Stellenwert der Ukraine. Anders als in vielen anderen SDPs erscheint das Land hier nicht nur als außenpolitisches Themenfeld. Vielmehr durchzieht die Ukraine mehrere Ebenen des Abkommens – von den einleitenden Abschnitten über die Vereinbarungen zu politischen Dialogen bis hin zu den Passagen über Sanktionen, Ausbildung, maritime Sicherheit und Verteidigungskooperation. Das UK erscheint dabei gleichermaßen als militärischer Unterstützer der Ukraine, Sanktions-

partner, Abschreckungsakteur und zentraler europäischer Sicherheitspartner.

Besonders auffällig ist schließlich, dass die Themen wirtschaftliche Sicherheit und neue Technologien in den Kooperationskatalog der SDP aufgenommen wurden. Angeführt werden Lieferketten, wirtschaftliche Resilienz, kritische Abhängigkeiten und aufkommende disruptive Technologien. Damit spiegelt das Abkommen die seit 2022 deutlich erweiterte europäische Sicherheitsdebatte wider, in der wirtschaftliche und technologische Fragen zunehmend geo- und sicherheitspolitisch gerahmt werden.

Gleichzeitig bleibt die Kooperation ausdrücklich auf die »external aspects« wirtschaftlicher Sicherheit beschränkt.⁸ Diese Abgrenzung erscheint jedoch nicht immer ganz scharf, da wirtschaftliche Sicherheit gerade durch das Zusammenspiel außen-, industrie-, technologie- und wirtschaftspolitischer Instrumente geprägt wird. Das Dialogtreffen zu Sicherheit und Verteidigung im Oktober 2025 verdeutlichte diese Grauzone in der Praxis. Wirtschaftliche Sicherheit konnte dort als Teil der sicherheitspolitischen Kooperation behandelt werden, während damit verbundene Fragen etwa der europäischen Industrie- und Beschaffungspolitik den formalen Rahmen des Austauschs überschritten. Hinzu kommt, dass zwischen EU und UK bislang kein eigenständiger formaler Dialog zur wirtschaftlichen Sicherheit besteht, wie ihn die EU mit anderen wichtigen Drittstaaten unterhält.⁹

Kooperation und Umsetzung zwischen Ambition und Vorsicht

Gerade beim Übergang von politischer Koordination zu konkreter Umsetzung werden die Grenzen der SDP mit London sichtbar. Während das Abkommen ein außerordentlich breites Spektrum an möglicher Kooperation eröffnet, bleiben die Passagen zur operativen Ausgestaltung vielfach vorsichtig und wenig verbindlich.

Die SDP enthält zwar das Standardangebot, sich an zivilen wie militärischen Missionen und Operationen der GSVP zu beteiligen. Doch ist die Sprache hier

auffallend zurückhaltend; es dominieren Formulierungen wie »explore cooperation«, »consider participation« oder »explore possibilities«.¹⁰ Dies gilt auch für Kooperationen im Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskolleg, für gemeinsame Übungen oder Krisenreaktion.

Dabei ist die Beteiligung des Vereinigten Königreichs an GSVP-Missionen grundsätzlich ein wichtiges Anliegen der EU. Formal existieren hierfür bereits etablierte Drittstaatenregelungen und Rahmenabkommen. Schwierig bleiben zugleich die politischen und praktischen Voraussetzungen für ein breites Abkommen mit dem UK, das sowohl militärische als auch zivile Missionen umfasst. Die britischen Streitkräfte gelten bereits heute als stark belastet, während die Drittstaatenregelungen der EU aus Londoner Sicht nur begrenzte Möglichkeiten bieten, Einfluss auf politische Steuerung und operative Planung zu nehmen. Entsprechend ist es wenig überraschend, dass das UK mögliche militärische Einsätze – wie etwa im Rahmen einer Koalition der Willigen in der Ukraine oder in der Straße von Hormus – bewusst außerhalb von EU-Strukturen und stattdessen im bilateralen Austausch mit EU-Staaten wie Frankreich prüft. Vor diesem Hintergrund erscheint derzeit eine Beteiligung des Landes an zivilen EU-Missionen realistischer als eine umfassendere militärische Einbindung.

Auch bezüglich einer Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur bleibt die SDP zurückhaltend. Vorgesehen ist lediglich die Prüfung eines möglichen Verwaltungsabkommens. Im Vergleich zu Norwegen zeigt sich damit eine deutlich geringere Ambition für eine institutionelle Integration.

Eine wichtige Ausnahme bildet das Thema militärische Mobilität. Hier verpflichtet die SDP ausdrücklich dazu, die Zusammenarbeit zu stärken. Politisch ist dies besonders relevant, da sich EU-, Nato- und PESCO-Logiken bei diesem Thema überschneiden. Im Mittelpunkt steht die Frage der Mobilität britischer Streitkräfte in Europa.

⁸ Ebd., Abs. 52.

⁹ Jake Benford / Anton Spisak, *A Missing Pillar: Economic Security in the EU-UK Relationship*, Berlin: Bertelsmann Stiftung, 2025, <<https://www.bertelsmann-stiftung.de/en/publications/publication/did/a-missing-pillar-economic-security-cooperation-in-the-eu-uk-partnership>>.

¹⁰ General Secretariat of the Council, *Security and Defence Partnership between the European Union and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland* [wie Fn. 6], Abs. 15, 17.

SAFE als Testfall für eine Post-Brexit-Kooperation

Mit SAFE erhielt die rüstungspolitische Dimension der SDPs eine neue strategische Bedeutung. Die Sicherheitspartnerschaften entwickelten sich damit von einem Instrument, das primär dem Dialog diene, zu einer Zugangsvoraussetzung für den europäischen Rüstungsmarkt. Gerade im Verhältnis zum UK wurde sichtbar, wie eng Aspekte europäischer Sicherheitspolitik mittlerweile mit Industrie-, Beschaffungs- und Marktfragen verknüpft sind.

Wie sich das UK an europäischen Beschaffungsinstrumenten beteiligen lässt, bleibt eine hochsensible Frage.

Für London war die Aussicht, sich an SAFE beteiligen zu können, ein zentraler Treiber seines Interesses an der SDP. Gleichzeitig machte gerade SAFE die anhaltenden Spannungen in den Post-Brexit-Beziehungen zwischen London und Brüssel sichtbar. Während beiden Seiten geopolitisch sehr an einer engen Kooperation liegt, bleibt es auch institutionell eine hochsensible Frage, wie sich eine britische Beteiligung an europäischen Beschaffungs- und Industrieinstrumenten konkret ausgestalten lässt.

Vor diesem Hintergrund verweist die Passage im Partnerschaftsabkommen, die sich der rüstungsindustriellen Zusammenarbeit widmet, ein weiteres Mal auf die Grenzen der SDP. Vorgesehen ist, sich regelmäßig zu Sicherheits- und Verteidigungsinitiativen, zu Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsindustrie auszutauschen; ein »possible mutual involvement« soll geprüft werden.¹¹ Weitergehende Fragen der Beteiligung an Beschaffungs- und Industrieinstrumenten regelt die Partnerschaft dagegen nicht – sie ist darauf institutionell auch nicht angelegt. Die SDP schafft also einen politischen Rahmen für rüstungsindustrielle Kooperation, während deren praktische Umsetzung weiterhin über andere EU-Instrumente und -Verfahren erfolgen muss.

An SAFE wird diese Diskrepanz besonders deutlich. Die SDP war eine Voraussetzung für Verhandlungen über eine britische Beteiligung an dem Instrument, konnte deren Ergebnis jedoch nicht vorwegnehmen. Dass hierfür separate Verhandlungen notwendig waren und diese im Dezember 2025 scheiterten, verweist daher weniger auf eine besondere Zurück-

haltung der UK-SDP als vielmehr auf eine grundlegendere Grenze der Sicherheitspartnerschaften. Sie können die politische Kooperation strukturieren und Möglichkeiten für eine weitergehende Zusammenarbeit eröffnen, ersetzen aber nicht die jeweils erforderlichen Vereinbarungen über Zugang zum, Beteiligung am oder Beschaffung im Rüstungssektor.

Fazit: Geopolitische Partnerschaft ohne Reintegration

Die SDP mit dem Vereinigten Königreich nimmt unter den bisherigen Sicherheitspartnerschaften der EU eine Sonderstellung ein. Als ehemaliger Mitgliedstaat, europäische Militärmacht und Mitgestalter der GSVP ist das UK sicherheitspolitisch kaum ersetzbar, zugleich aber institutionell von den EU-Strukturen entkoppelt. Gerade daraus ergibt sich die zentrale Spannung dieser SDP. Das Abkommen verbindet den Anspruch enger geopolitischer Kooperation mit einer weiterhin ausgeprägten institutionellen Vorsicht. Darin zeigt sich zugleich eine wichtige Kontinuität britischer Europapolitik: Die Kooperation soll vertieft werden, ohne neue Formen supranationaler Bindung oder sicherheitspolitischer Integration zu schaffen.

Und doch ist gleichzeitig ein veränderter britischer Blick auf die institutionellen Grundlagen europäischer Sicherheitspolitik zu erkennen. Während das Königreich als EU-Mitglied jede stärkere sicherheitspolitische Rolle der Brüsseler Kommission abgelehnt hat, erscheint heute eine engere Zusammenarbeit insbesondere in Bereichen wie Rüstungsindustrie, wirtschaftliche Resilienz, kritische Infrastruktur oder neue Technologien zunehmend akzeptabel. Dahinter steht auch ein Wandel in der europäischen Sicherheitspolitik selbst; diese definiert sich mehr und mehr über wirtschafts-, technologie- und industriepolitische Instrumente. London scheint diesen Wandel zunehmend anzuerkennen und richtet seine europapolitischen Interessen entsprechend stärker auch auf jene EU-Formate, die außerhalb der klassischen GASP und GSVP liegen. Für das UK entsteht daraus ein wachsender Anpassungsdruck. Je stärker zentrale Entwicklungen in Rüstungsindustrie und Verteidigungsfinanzierung auf EU-Ebene organisiert werden, desto schwieriger wird es für London, eine enge sicherheitspolitische Kooperation ohne institutionelle Anbindung aufrechtzuerhalten.

Wie weit die geopolitische Annäherung tatsächlich reicht, wird sich zudem an Politikfeldern zeigen, auf

11 Ebd., Abs. 25.

denen bislang größere Divergenzen bestehen. Dies gilt etwa für die Chinapolitik, wo die SDP erstmals einen institutionellen Rahmen für eine regelmäßige Abstimmung schafft, wo zugleich aber auch unterschiedliche strategische Prioritäten sichtbar werden könnten.

Vor diesem Hintergrund ist die SDP mit London weder als klassische Drittstaatenpartnerschaft noch als Fortsetzung der Vor-Brexit-Integration zu verstehen. Vielmehr bewegt sich das Abkommen im Spannungsfeld zwischen geopolitischer Annäherung und anhaltender institutioneller Distanz. Verglichen mit anderen Sicherheitspartnerschaften ist die UK-SDP thematisch außergewöhnlich breit angelegt und politisch ambitioniert. Doch gemessen an der früheren Integration des UK in die Strukturen der Außen- und Sicherheitspolitik der EU sowie an den heutigen sicherheitspolitischen Anforderungen Europas ist sie institutionell und operativ auffallend vorsichtig ausgestaltet. So erscheint die SDP eher als Ausdruck einer fortlaufenden Suche nach einer tragfähigen Post-Brexit-Partnerschaft zwischen Brüssel und London denn als neuer Kern der europäischen Verteidigungsarchitektur.

Rocco Görhardt/Johannes Thimm

Luft nach oben – Das Potential der EU-Partnerschaft mit Kanada

Wenn es um mögliche Partner für die EU in einer Welt im Umbruch geht, fällt der Blick schnell auf Kanada. Der kanadische Premierminister Mark Carney schien vielen Europäer:innen aus der Seele zu sprechen, als er auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2026 eine Allianz der Mittelmächte forderte, von Staaten also, die Einfluss auf die globale Ordnung haben, aber keine Großmächte sind. Diese Allianz sollte zum Ziel haben, geteilte Werte und Interessen angesichts der immer konfrontativeren internationalen Politik besser zu verteidigen.¹ Seit Jahrzehnten wird kritisiert, dass die Kooperation zwischen Europa und Kanada bei allen Bekenntnissen zueinander hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt.² In Reaktion auf die erste Präsidentschaft von Donald Trump forderten viele, die Zusammenarbeit mit Kanada enger zu gestalten.³ So wurde die Zustimmung des Europaparlaments zum umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) im Jahr 2017 von vielen Abgeordneten auch als eine Antwort auf Trumps Protektionismus gesehen.⁴ Aufgrund der globalen Umbrüche und

insbesondere der Veränderungen in der US-Außenpolitik, die Kanada und Europa besonders betreffen, bekommt die Diskussion über eine engere Partnerschaft beider Akteure seit Trumps erneutem Einzug ins Weiße Haus eine neue Dynamik. In diesem Kontext ist auch Ursula von der Leyens Einladung an Kanada zu sehen, das erste »assoziierte Mitglied« der EU zu werden.⁵

EU und Kanada: Gleichgesinnt, komplementär und unter Druck

Die EU(-Mitgliedstaaten) und Kanada haben viel gemeinsam. Sie sind überwiegend liberale Demokratien mit einem funktionierenden Rechtsstaat und einer sozialen Marktwirtschaft. Aufgrund der gemeinsamen historischen Wurzeln durch Zuwanderung aus Frankreich und England zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert und Kanadas Ursprung als britische Kolonie bestehen bis heute enge Verbindungen zu Europa, insbesondere zu Großbritannien. Kanada ist Teil (*realm*) des Commonwealth, und formal ist König Charles III. Staatsoberhaupt des Landes. Speziell Kanadas derzeitiger Premier Mark Carney ist als ehemaliger Gouverneur der britischen Zentralbank bestens mit europäischer Politik vertraut.

Kanada verfolgt eine liberale Handelspolitik. Sein Engagement in internationalen Organisationen und die Präferenz für multilaterale Ansätze ist zentraler

choose-partnerships-over-protectionism>; CETA wird bis heute nur provisorisch angewandt, da einige EU-Mitglieder das Abkommen auf nationaler Ebene noch nicht ratifiziert haben.

5 Der Status einer assoziierten Mitgliedschaft ist bisher nicht näher definiert, vgl. Julia Payne, »EU Chief Wants Canada to Become an ›Associate Member‹. What Does that Mean?«, *Reuters*, 16.9.2026, <www.reuters.com/world/eu-chief-wants-canada-become-an-associate-member-what-does-that-mean-2026-09-16/> (Zugriff am 29.9.2026).

1 Mark Carney, »Davos 2026: Special Address by Mark Carney, PM of Canada«, *World Economic Forum* (online), 20.1.2026, <<https://www.weforum.org/stories/2026/01/davos-2026-special-address-by-mark-carney-prime-minister-of-canada/>> (Sofern nicht anders angegeben, wurden alle genannten Internetquellen zuletzt am 18.8.2026 aufgerufen).

2 Marie Bernard-Meunier, *Canada's Foreign Policy Dilemmas*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), August 2005 (SWP-Studie 18/2005), <<https://www.swp-berlin.org/publikation/canadas-foreign-policy-dilemmas>>.

3 Annegret Bendiek u. a., *EU-Canada Relations on the Rise – Mutual Interest in Security, Trade and Climate Change*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Oktober 2018 (SWP-Working Paper 3/2018), <<https://www.swp-berlin.org/publikation/eu-canada-relations-on-the-rise>>.

4 EPP Group in the European Parliament, *EU-Canada Trade Deal: We Choose Partnerships over Protectionism*, Brüssel, 15.2.2017, <<https://www.eppgroup.eu/newsroom/ceta-we>>.

Bestandteil seiner außenpolitischen Identität. Die Regierungen in Ottawa haben immer den Anspruch erhoben, eine wertebasierte Außenpolitik zu verfolgen.⁶ Als Nato-Mitglied hat sich Kanada zudem in der Nachkriegsgeschichte wiederholt an internationalen Friedens- und Stabilisierungseinsätzen beteiligt, zum Beispiel an der Operation Allied Force im Kosovo.⁷

Kanada steht aufgrund der veränderten Weltlage vor ähnlichen Herausforderungen wie Europa. Als multiethnische liberaldemokratische Mittelmacht mit knapp 40 Millionen Einwohnern muss es sich in einem Umfeld behaupten, das von der Erosion multilateraler und völkerrechtlicher Normen, einem wachsenden Gewicht illiberaler und autoritärer Staaten und imperialen Tendenzen mächtiger Akteure gekennzeichnet ist.

Der Trump-Faktor in Kanadas Außenpolitik

Der Wandel der amerikanischen Außenpolitik unter US-Präsident Trump trifft Kanada in besonderer Weise, denn das Land ist durch die intensive Kooperation und wirtschaftliche Integration mit dem südlichen Nachbarn von den USA abhängig und so verwundbar für politischen Druck aus Washington. Beide Staaten arbeiten bei der Verteidigung eng miteinander zusammen, ihre Volkswirtschaften, einschließlich des Handels mit Rüstungsgütern, sind stark verflochten. Industrielle Lieferketten bestimmter Produkte wie Autos überqueren die Grenze zwischen den beiden Staaten oft mehrfach. Allerdings sind die Handelsbeziehungen nicht symmetrisch. Die Bevölkerung der USA ist fast zehn Mal so groß wie diejenige Kanadas, das Bruttoinlandsprodukt beträgt mehr als das Zwölfwache.⁸ Während 2025 ungefähr drei Viertel der kanadischen Exporte in die USA gingen und fast die

Hälfte der Importe von dort stammten, war der Anteil des Handels mit Kanada an der US-Wirtschaft ungleich niedriger: Nur 15 Prozent der US-Exporte hatten das Ziel Kanada, nur 11 Prozent der Importe kamen von dort.⁹ Trump machte sich diese ungleichen Abhängigkeiten bereits zunutze, indem er 2025 Zölle auf Importe von Stahl-, Aluminium- und Holzprodukten aus Kanada verhängte, um politische Zugeständnisse zu erzwingen.¹⁰ Im August 2026 eskalierte der Handelskrieg weiter, indem Trump weitere kanadische Produkte mit Importzöllen von 50 Prozent belegte.¹¹

Kräfte aus Trumps Umfeld unterstützen Albertas Unabhängigkeit.

Während Europa besonders sensibel auf die Drohungen Washingtons reagiert, Sicherheitsgarantien oder militärische Unterstützung zu entziehen, setzt die Trump-Administration gegenüber Kanada vor allem andere Druckmittel ein. Kanada ist derzeit mit keiner externen Bedrohung konfrontiert, die mit der Europas durch Russland vergleichbar wäre, und seine territoriale Verteidigung ist so eng mit der der USA verknüpft, dass Washington nicht glaubwürdig drohen kann, die Kooperation in diesem Bereich aufzugeben.¹² Nicht nur sind die beiden Staaten Nato-Verbündete, auch die Verteidigung des nordamerikanischen Luftraums organisieren sie gemeinsam, und im Rahmen der Five-Eyes-Geheimdienstallianz besteht eine intensive nachrichtendienstliche Zusammenarbeit. Die USA sind Kanadas größter Zulieferer von Rüstungsgütern, ein Status, dessen Erhaltung auch im US-Interesse liegt. Allerdings hat die Wiederbelebung amerikanischer Annexionsideen in Kanada für Unruhe

6 Kanada ist unter anderem Mitglied der Vereinten Nationen und der meisten ihrer Sonderorganisationen, einschließlich des Internationalen Strafgerichtshofs, der Nato; der G7 und G20, der Organisation amerikanischer Staaten (OAS), der Asia Pacific Economic Cooperation (APEC) und des Transpazifischen Freihandelsabkommens (CPTPP).

7 Government of Canada, *Past Operations* (online), <<https://www.canada.ca/en/department-national-defence/services/military-history/history-heritage/past-operations.html>>.

8 World Bank Group, *GDP (current US\$) – Canada, United States*, <<https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?locations=CA-US>> (Zugriff am 24.6.2026).

9 Vgl. United Nations Statistics Division, *UN Comtrade Database*, <<https://comtradeplus.un.org/>> (Zugriff am 26.6.2026).

10 Während diese Zölle für alle US-Handelspartner gelten, war Kanada in Trumps erster Amtszeit von ihnen ausgenommen.

11 David Lawder/Promit Mukherjee, »US Hits Canadian Goods with 50% Tariffs after Trade Talks Fail«, *Reuters*, 21.8.2026, <<https://www.reuters.com/world/americas/us-canadian-trade-teams-meet-again-tariffs-deadline-looms-2026-08-21/>>.

12 James Fergusson, *The Canadian Ballistic Missile Dilemma*, Calgary: Canadian Global Affairs Institute, April 2025, <www.cgai.ca/th_pp_canadian_ballistic_missile_dilemma>.

gesorgt.¹³ Trump hat nicht nur durch Aussagen zum Anschluss Kanadas an die USA provoziert. Kräfte aus dem Umfeld seiner Administration unterstützen die Unabhängigkeitsbestrebungen in der rohstoffreichen und mehrheitlich konservativen Provinz Alberta.¹⁴ Das unmittelbarste und plausibelste Erpressungspotential seitens der USA gegenüber Kanada liegt gleichwohl im Einsatz von Zöllen und Handelshemmnissen.¹⁵ Ob in der Handels- oder der Verteidigungspolitik: Sowohl Kanada als auch die EU sind zumindest mittelfristig anfällig für Zwangsmaßnahmen aus Washington.

Kanada und Europa stehen vor der doppelten Herausforderung, einseitige Abhängigkeiten von den USA ebenso wie von China zu reduzieren. Dabei besteht immerhin eine gewisse Komplementarität. Kanada hat große Rohstoffvorkommen, einschließlich kritischer Mineralien und auch seltener Erden.¹⁶ Bisher hat es bei der Rohstoffförderung jedoch vor allem mit China und den USA kooperiert, zwei zunehmend problematischen Partnern. Im Dienste einer De-Risking-Strategie und der Diversifizierung der eigenen Lieferketten hat Kanada also Interesse an einer vertieften Kooperation mit der EU. Auch ein Teil der erheblichen notwendigen Investitionen für den Ausbau der Erkundung, Förderung und Verarbeitung dieser Rohstoffe könnte von europäischen Partnern kommen. Die EU-Staaten haben ihrerseits enormen Bedarf an kritischen Rohstoffen, die nur in geringem Maße in

Europa vorkommen. Der bisherige Hauptlieferant China erscheint zunehmend unzuverlässig, und ob die USA die EU an ihren Initiativen zur Erschließung neuer Quellen für Rohstoffe teilhaben lassen, ist fraglich. Kanada hätte also Potential, mittelfristig kritische Rohstoffe zu liefern, die nach höheren Umwelt- und Menschenrechtsstandards gefördert werden als sonst üblich. Umgekehrt könnte die EU Kanada als neuer Absatzmarkt dienen, womit Letzteres weniger auf den US-Markt angewiesen wäre. Die Critical Minerals Strategic Alliance, die Kanada vorantreibt, ist Resultat dieser Einsicht.¹⁷

Bisherige Sicherheitskooperation zwischen Kanada und der EU

Schon vor der Unterzeichnung der SDP kooperierten Kanada und die EU bzw. ihre Mitgliedstaaten eng im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik, vor allem im Rahmen der Nato.¹⁸ So ist Operation Reassurance, Kanadas Mission zur Unterstützung von Nato-Abschreckungs- und Verteidigungsmaßnahmen in Europa, im Moment der größte Auslandseinsatz der kanadischen Streitkräfte.¹⁹ Unter anderem leitet Kanada im Kontext dieser Operation eine Brigade in Lettland.²⁰ Auch im Rahmen der G7 kooperieren Kanada und die EU sicherheitspolitisch. Mit Hilfe des sogenannten Rapid Response Mechanism arbeiten sie gemeinsam daran, Bedrohungen für ihr jeweiliges demokratisches System, etwa durch gezielte Desinformationskampagnen, entgegenzutreten.

Kanada war 2015 das erste Land, mit dem die EU einen jährlichen Dialog zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik einführte, ein weiteres Zeichen für die Intensität der bilateralen Kooperation. Außerdem unterzeichneten Kanada und die EU 2016 gleichzeitig

13 Lawrence L. Herman, »Donald Trump, Benjamin Franklin, and the History of Annexation Threats«, in: *Policy Magazine* (online), 28.8.2025, <<https://www.policymagazine.ca/donald-trump-benjamin-franklin-and-the-history-of-annexation-threats/>>.

14 James T. Aredy, »Canada Has a Secessionist Movement on Its Hands. Its Supporters Thank Trump«, in: *Wall Street Journal*, 14.2.2026, <www.wsj.com/world/americas/alberta-canada-independence-7549e240>.

15 Ein Beispiel für die Wirksamkeit dieses Druckpotentials ist, dass Kanada angesichts der Drohung mit neuen Zöllen die eigenen Pläne zu Besteuerung von US-Tech-Unternehmen aufgab, Department of Finance Canada, »Canada Rescinds Digital Services Tax to Advance Broader Trade Negotiations with the United States«, Pressemitteilung, Ottawa, 29.6.2025, <www.canada.ca/en/department-finance/news/2025/06/canada-rescinds-digital-services-tax-to-advance-broader-trade-negotiations-with-the-united-states.html>.

16 Vgl. hierzu und zum Folgenden Inga Carry, *Rohstoffpartner Kanada: ein (nahezu) perfekter Match. Die europäisch-kanadische Rohstoffkooperation in Zeiten des Friendshoring*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Juni 2024 (SWP-Aktuell 27/2024), doi: 10.18449/2024A27.

17 Mark Carney, »The World Is in a New Age of Variable Geometry, Says Mark Carney«, in: *The Economist*, 12.11.2025, <<https://www.economist.com/the-world-ahead/2025/11/12/the-world-is-in-a-new-age-of-variable-geometry-says-mark-carney>>.

18 European External Action Service, *Security and Defence Partnership between the European Union and Canada*, Brüssel, 18.6.2025, <<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9783-2025-INIT/en/pdf>>.

19 Government of Canada, *Operation REASSURANCE*, Ottawa, 17.8.2026, <<https://www.canada.ca/en/department-national-defence/services/operations/military-operations/current-operations/operation-reassurance.html>>.

20 Ebd.

mit CETA ein Strategisches Partnerschaftsabkommen (SPA), das die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der beiden Akteure ausweitet. So wurden unter dem SPA zwei neue Dialogformate — das Joint Cooperation Committee (JCC) und das Joint Ministerial Committee (JMC) — geschaffen, in denen die beiden Akteure sich unter anderem über transatlantische Sicherheit austauschen. Darüber hinaus partizipiert Kanada als Drittstaat seit 2005²¹ an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU und hat seit 2003 an 13 GSVP-Missionen der EU teilgenommen.²² Seit 2021/2023 ist es überdies an Projekten der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) zu Militärmobilität und logistischer Kooperation beteiligt.²³

Die neue Security and Defence Partnership (SDP)

Die neue Sicherheitspartnerschaft zielt darauf ab, die bestehende Sicherheits- und Verteidigungskooperation zwischen der EU und Kanada zu bündeln. So beschreibt die kanadische Regierung die SDP als »rechtlich nicht bindende Partnerschaft, die unsere Sicherheits- und Verteidigungsaktivitäten mit der EU bekräftigt und unter einem einheitlichen politischen Rahmen zusammenfasst«²⁴. Besonderes Augenmerk liegt auf dem jährlich abgehaltenen Sicherheits- und Verteidigungsdialo. Dieser ist nicht neu, erhält jedoch durch die SDP eindeutig eine Funktion als steuerndes Element der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft. Gleichzeitig legt die SDP Agendathemen wie die Weltraumsicherheit und konkrete Projekte wie EU-Krisenbewältigungsmissionen fest, in denen die kanadisch-europäische Kooperation verdichtet werden soll. Zwei Dialogformate, die sich weiterhin außerhalb der SDP mit Fragen der Sicherheits- und Verteidigungskooperation beschäftigen, sind das JCC und das JMC.²⁵

Ein greifbarer Vorteil der SDP für den nordamerikanischen Partner besteht darin, dass sie ihm ermög-

licht, ein Rahmenabkommen für die Teilhabe am Instrument Security Action for Europe (SAFE) auszuhandeln. SAFE gestattet den EU-Mitgliedstaaten die Aufnahme von Krediten für Investitionen in ihre Verteidigungsfähigkeit. Durch ein bilaterales Abkommen können EU-Mitgliedstaaten nun SAFE-Kredite nutzen, um Güter mit einen Wertanteil kanadischer Komponenten von bis zu 80 Prozent zu erwerben — ohne das Abkommen wäre dieser Anteil auf 35 Prozent begrenzt. Vereinfacht gesagt, erlaubt das Abkommen den EU-Staaten, die Beschaffung kanadischer Rüstungsgüter aus EU-Mitteln zu finanzieren, und eröffnet der kanadischen Industrie so mehr Zugänge zum europäischen Markt. Bisher ist Kanada das einzige Land, mit dem die EU ein solches Zusatzabkommen zu SAFE abgeschlossen hat.

Im Vergleich zu anderen SDPs deckt die EU-Partnerschaft mit Kanada ein breites Themenspektrum ab, ist jedoch institutionell weniger tiefgreifend.²⁶

Wie schaut Kanada auf Europa und die Welt?

Mark Carney machte beim Weltwirtschaftsforum deutlich, dass er es für notwendig erachtet, eine neue internationale Ordnung zu schaffen, um Kanadas Sicherheit und Wohlstand auch in Zukunft zu gewährleisten.²⁷ Da die bisherige liberale internationale Ordnung gescheitert sei, müssten sich Staaten mit einer Präferenz für regelbasierte Kooperation zusammenschließen, um gemeinsam ihre Interessen zu verteidigen. Dafür sei Ottawa auch bereit, mit Staaten zusammenzuarbeiten, deren Werte nicht mit denen Kanadas übereinstimmen. Bei allem Pragmatismus betonte Carney, dass die kanadische Regierung die Qualität einer Partnerschaft nicht nur am Maßstab geteilter Interessen, sondern auch zukünftig an einem gemeinsamen Werteverständnis bemisst. Der in seiner Rede, abgesehen von Kanada, am häufigsten erwähnte Akteur war die EU. Carney will die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Kooperation mit der Union intensivieren. Dabei erwähnte er explizit die Sicherheitspartnerschaft und den SAFE-Mechanismus. Der kanadische Premier sieht die EU als Partner,

21 Council of the European Union, *Council Decision 2005/851/CFSP*, Brüssel, 21.11.2005, <<https://eur-lex.europa.eu/eli/dec/2005/851/oj>>.

22 Government of Canada, *Canada and the European Union*, Ottawa, 14.7.2026, <https://www.international.gc.ca/world-monde/international_relations-relations_internationales/eu-ue/index.aspx?lang=eng> (Zugriff am 2.6.2026).

23 Ebd.

24 Ebd.

25 Ebd.

26 Nicolai von Ondarza/Johanna Flach, *A Tale of Three Partnerships*, London: UK in a Changing Europe, 6.8.2025, <<https://ukandeu.ac.uk/a-tale-of-three-partnerships/>>.

27 Carney, »Davos 2026: Special Address by Mark Carney, PM of Canada« [wie Fn. 1].

dessen Beziehung zu Kanada auf geteilten Werten und Interessen basiert.²⁸

Auch Kanadas verteidigungsindustrielle Strategie, die die Regierung im Februar 2026 veröffentlichte, richtet den Blick auf die EU. In dem Dokument, dem ersten seiner Art, werden die Stärkung der kanadischen Rüstungsindustrie und die Diversifizierung der entsprechenden Lieferketten als Prioritäten benannt. Auch hier werden die EU und das SAFE-Instrument explizit erwähnt.²⁹ Kanadas bisher größter Rüstungsdeal, eine Bestellung von bis zu zwölf U-Booten beim deutschen Unternehmen TKMS im Wert von 24 Milliarden kanadischen Dollar, ist in diesen Kontext einer geplanten Annäherung an europäische Verbündete einzuordnen.³⁰

Doch nicht alle Kanadier:innen teilen die Einschätzung, dass sich ihr Land enger an die EU binden sollte. Einige Stimmen betrachten die USA weiterhin als wichtigeren Partner für Kanadas Zukunft und verweisen dabei auf das größere Wirtschaftswachstum und die schnelleren technologischen Fortschritte des Nachbarlands.³¹

Auch mit anderen Mittelmächten baut Kanada die Zusammenarbeit aus.

Zu Kanadas neuem Pragmatismus gehört auch, dass es nicht nur wie im Fall seiner Beteiligung an der Koalition der Willigen zur Unterstützung der Ukraine auf bereits bestehende Beziehungen setzt, sondern im Sinne einer »variablen Geometrie« neue Verbindungen eingeht, wenn es von Vorteil ist.³² So baut die kanadische Regierung die Zusammenarbeit auch mit anderen Mittelmächten aus. Staaten, mit denen sie in jüngster Zeit Sicherheits- und Wirtschaftskoopera-

tionen ausgeweitet hat, sind unter anderem Indien³³, Australien³⁴ und Japan³⁵ – drei Länder, mit denen die EU ebenfalls SDPs abgeschlossen hat. Auch signalisiert die Regierung in Ottawa, dass sie bereit wäre, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China, die sie zuvor selbst reduziert hatte,³⁶ wieder auszuweiten.³⁷

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Über eine vertiefte Partnerschaft zwischen Kanada und der EU wird schon lange geredet. Mit dem Freihandelsabkommen und der neuen Sicherheitspartnerschaft nimmt sie allmählich Gestalt an. Durch Trumps Unberechenbarkeit, die bereits massive negative Konsequenzen für Kanada und Europa hat, erhält eine engere Zusammenarbeit neue Dringlichkeit. Eine Sicherheitspartnerschaft der EU mit Kanada ist daher naheliegend. Beide Seiten sollten vermeiden, dass es bei Absichtserklärungen bleibt oder aus einer bürokratischen Logik heraus immer neue Formate geschaffen werden, die keine signifikante qualitative Verbesserung der Zusammenarbeit darstellen. Ein wenig mutet die neue Sicherheitspartnerschaft an, als hätte man Teilen der bestehenden Kooperation einen neuen Namen gegeben – alter Wein in neuen Schläuchen. Wenn die EU ein Interesse an einer vertieften Kooperation hat, sollte sie mehr Energie darauf verwenden, mögliche Hindernisse für eine praktische Zusammenarbeit zu identifizieren.

28 »Canada and the European Union« [wie Fn. 22].

29 Government of Canada, *Canada's Defence Industrial Strategy*, Ottawa, 26.2.2026, <<https://www.canada.ca/en/department-national-defence/corporate/reports-publications/industrial-strategy/security-sovereignty-prosperity.html>>.

30 »Canada Turns to Europe for Its Security«, in: *The Economist*, 30.7.2026, <<https://www.economist.com/the-americas/2026/07/30/canada-turns-to-europe-for-its-security>>.

31 Jack M. Mintz, »Carney Wants to Play in the Economic Minor Leagues«, in: *Financial Post*, 8.5.2026, <<https://financialpost.com/opinion/carney-wants-play-economic-minor-leagues>>.

32 Carney, »The World Is in a New Age of Variable Geometry« [wie Fn. 17].

33 Prime Minister of Canada, *Prime Minister Carney Secures Ambitious New Partnership with India Focused on Energy, Talent, and Technology*, Neu-Delhi, 2.3.2026, <www.pm.gc.ca/en/news/news-releases/2026/03/02/prime-minister-carney-secures-ambitious-new-partnership-india-focused> (Zugriff am 2.6.2026).

34 Prime Minister of Canada, *Prime Minister Carney Elevates Partnership with Australia in Critical Minerals, Defence, and Artificial Intelligence*, Canberra, 5.3.2026, <<https://www.pm.gc.ca/en/news/news-releases/2026/03/05/prime-minister-carney-elevates-partnership-australia-critical>>.

35 Prime Minister of Canada, *Prime Minister Carney Forges New Comprehensive Strategic Partnership with Japan Across Defence, Energy, Trade, and Technology*, Tokio, 6.3.2026, <www.pm.gc.ca/en/news/news-releases/2026/03/06/prime-minister-carney-forges-new-comprehensive-strategic-partnership>.

36 Carry, *Rohstoffpartner Kanada* [wie Fn. 16].

37 Prime Minister of Canada, *Prime Minister Carney Forges New Strategic Partnership with the People's Republic of China Focused on Energy, Agri-Food, and Trade*, Beijing, 16.1.2026, <www.pm.gc.ca/en/news/news-releases/2026/01/16/prime-minister-carney-forges-new-strategic-partnership-peoples>.

Die komplexen und schwerfälligen Entscheidungsmechanismen der EU-Organe und die vielen Regularien lassen die Europäische Union häufig als einen schwierigen Partner erscheinen.³⁸

Die EU sollte ihre Kooperation mit Kanada stärker politisch angehen.

Trotz ihrer Schwierigkeit, mit einer Stimme zu sprechen, sollten die EU-Staaten versuchen, die Kooperation mit Kanada weniger technisch und stärker politisch anzugehen. In dem Maße, in dem die Nato-Mitgliedstaaten das Ziel, 3,5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, realisieren, nimmt die Bedeutung von Beschaffungspolitik als politischer Hebel zu. Mehr und mehr werden sich damit mittelfristig auch die Kräfteverhältnisse innerhalb der Nato verschieben, zulasten Washingtons. In diesem Sinne geht es nicht mehr nur darum, die eine Lücke zu füllen, die die USA durch ihren Rückzug aus der internationalen Führungsrolle hinterlassen, sondern auch darum, den eigenen Werten und Interessen — wenn nötig auch gegen den Widerstand der USA — Geltung zu verschaffen. Die Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten haben kaum auf die Infragestellung der kanadischen Unabhängigkeit reagiert. Kanada hingegen positionierte sich Anfang 2026 klar hinter europäischen Forderungen an die USA, die territoriale Integrität Grönlands und Dänemarks zu respektieren.³⁹ Eine echte Partnerschaft unter Gleichgesinnten sollte auch bedeuten, dass geteilte Prinzipien gemeinsam verteidigt werden, wenn sie verletzt werden, egal ob durch Russland, China oder die USA. Durch ein geschlossenes Auftreten könnten Europa und Kanada ihrer Kritik an den imperialen Gelüsten der USA mehr Gehör verschaffen.

³⁸ Auch EU-Regularien und Nachweispflichten sind häufig für Außenstehende schwer zu navigieren und werden als eine Form von nichttarifärem Protektionismus wahrgenommen.

³⁹ Prime Minister of Canada, *Prime Minister Carney Meets with Prime Minister of Denmark Mette Frederiksen*, Paris, 6.1.2026, <<https://www.pm.gc.ca/en/news/readouts/2026/01/06/prime-minister-carney-meets-prime-minister-denmark-mette-frederiksen>>.

Christian Wirth

Wider die »Tyrannei der Distanz«: Australien als Sicherheitspartner der EU

»Europa strebt nach strategischer Unabhängigkeit. Australien bietet Sicherheit und Rohstoffe und teilt unsere Werte und Visionen einer regelbasierten Welt«, stellte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im März 2026 fest.¹ Noch im selben Monat gingen die EU und Australien eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft (Security and Defence Partnership, SDP) ein.² Gleichzeitig konnten sie langjährige Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen abschließen.³ Dieses ergänzt die schon 2024 vereinbarte Partnerschaft über kritische und strategische Mineralien.⁴

Wie ist nun die SDP im Kontext der erweiterten bilateralen Sicherheitsbeziehungen zu bewerten, welche Ambitionen sind damit verbunden, und welche Bedeutung für Australien hat die verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der EU im Vergleich zu anderen Akteuren? Die vorliegende Analyse zeigt, dass die SDP in erster Linie einen aktualisierten institutionellen Rahmen zur vertieften Kooperation bei der Bewältigung verschiedenster Herausforder-

ungen und Bedrohungen bietet. Weil Sicherheitspolitik im umfassenden Framework Agreement für die bilaterale Zusammenarbeit von 2017 nur kurz und lediglich mit Blick auf den Cyberraum erwähnt wurde, hielt die Institutionalisierung nicht Schritt mit der Realität stetig ausgebauter Beziehungen.

Eine belastbare Partnerschaft benötigt unverminderte politische Aufmerksamkeit für Entwicklungen in der Region des Anderen.

Die beidseitigen Erwartungen an eine verstärkte Partnerschaft können jedoch nur dann erfüllt werden, wenn der »Tyrannei der Distanz«⁵ durch zielgerichtete Zusammenarbeit begegnet wird. Denn die geografische Entfernung zwischen Australien und Europa lässt sich nun einmal nicht verringern, auch nicht durch geopolitische Narrative, in denen ähnliche oder gar identische Bedrohungslagen für beide Partner unterstellt werden.⁶ Eine dauerhaft belastbare Partnerschaft benötigt unverminderte politische Aufmerksamkeit für Entwicklungen in der Region des Anderen. Für die EU heißt dies, dass sie substantielle Beiträge dazu leisten muss, die größten Herausforderungen in Australiens Nachbarschaft zu meistern. Dabei kann (und muss) das europäische Engagement in der riesigen und überaus heterogenen indo-pazifischen Region nicht kohärent sein. Entscheidend ist, die Aktivitäten einzelner EU-Mitgliedstaaten untereinander und mit denen der EU wirkungsvoll zu koordinieren.

1 Ursula von der Leyen, »Engere Beziehungen zwischen Australien und der EU sind wichtig«, in: *Handelsblatt*, 24.3.2026, <<https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastbeitrag-engere-beziehungen-zwischen-australien-und-der-eu-sind-wichtig/100210601.html>>. Sofern nicht anders angegeben, wurden alle Onlinequellen zuletzt am 22.6.2026 aufgerufen.

2 European External Action Service, *Security and Defence Partnership between the European Union and the Commonwealth of Australia*, Canberra, 24.3.2026, <www.eeas.europa.eu/sites/default/files/2026/documents/EU-Australia%20Security%20and%20Defence%20Partnership.pdf>.

3 European Commission, *The EU-Australia Trade Agreement*, Canberra, 24.3.2026, <https://commission.europa.eu/topics/trade/eu-australia-trade-agreement_en>.

4 European Commission, »EU and Australia Sign Partnership on Sustainable Critical and Strategic Minerals«, Pressemitteilung, Brüssel, 28.5.2024, <https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_2904>.

5 Graeme Davison, »Distance and Destiny: Geoffrey Blainey's Best-known Book Changed the Way We See Australia«, in: *Inside Story*, 28.7.2016, <<https://insidestory.org.au/distance-and-destiny/>>.

6 Für die lückenhafte Besuchsdiplomatie siehe Jacob Mardell, *Europe's Indo-Pacific Security Gap: a New Dataset on the EU Coordination Deficit*, Brüssel: Heinrich-Böll-Stiftung, 2026 (Böll EU Brief 02/2026), <<https://eu.boell.org/en/europe-indo-pacific-security-gap>>.

Auf globaler Ebene, wo Distanzen weniger ins Gewicht fallen, empfiehlt es sich zudem, Australien als Teil einer Koalition von Mittelmächten für die Lösung globaler Probleme besser einzubeziehen.

Die neue Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft

Aus Brüssels Sicht tritt immer deutlicher zutage, »wie stark die Sicherheit in Europa und der strategisch wichtige indopazifische Raum zusammenhängen«. ⁷ Die SDP soll deshalb einen robusten institutionellen Rahmen bilden, um die »derzeitigen geopolitischen Herausforderungen« mit »maximaler Effizienz« zu bewältigen. Aus dem über 50 substantielle Punkte umfassenden Gründungsdokument werden in der betreffenden Pressemitteilung der EU sieben hervorgehoben. Besonders der letzte davon (wie auch viele andere als Absichtserklärungen formulierte Inhalte) macht klar, dass das Dokument als konsolidierte formelle Basis für neue Kooperationsprojekte unterschiedlicher Art dienen soll:

- »Sicherheits- und Verteidigungsdialoge zur genauen Abstimmung strategischer Prioritäten und konkreten Zusammenarbeit [...]
- Intensivere Zusammenarbeit bei der Krisenbewältigung und bei Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik [...]
- Ausweitung der Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit im Seeverkehr, Cybersicherheit, Abwehr hybrider Bedrohungen sowie Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland [...]
- Förderung der engen Koordinierung bei neuen und disruptiven Technologien einschließlich künstlicher Intelligenz, sowie in den Bereichen Welt- raumsicherheit, Nichtverbreitung und Abrüstung
- Intensivierung des Austauschs zur Lageerfassung in verschiedenen Regionen
- Unterstützung von Partnern bei deren Kapazitätsaufbau, etwa im indopazifischen Raum, und Stärkung der Koordinierung in multilateralen und regionalen Foren

⁷ Europäische Kommission, »EU und Australien festigen ihre Beziehungen mit Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft und Handelsabkommen«, Pressemitteilung, Brüssel, 24.3.2026, <https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/ip_26_645/IP_26_645_EN.pdf>.

- Möglichkeiten für die EU und Australien, ihre Zusammenarbeit mit einem flexiblen und zukunftsorientierten Ansatz im Laufe der Zeit auszuweiten [...].«

Dabei unterstrichen die Kommissionspräsidentin respektive die — nur per Video zugeschaltete — Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Kaja Kallas die gemeinsamen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen: ⁸

»Die EU und Australien mögen geografisch weit voneinander entfernt sein, aber wir könnten in Bezug auf die Art und Weise, wie wir die Welt sehen, nicht näher sein. [...] Und wir senden ein starkes Signal an den Rest der Welt, dass Freundschaft und Zusammenarbeit in Zeiten von Turbulenzen am wichtigsten sind.«

»Europa und Australien trennen Ozeane, aber unsere Sicherheit und unser Wohlstand sind eng miteinander verwoben. [...] In einer Welt mit immer mehr Gefahren sind starke Partnerschaften wie unsere die beste Verteidigung.«

Bezeichnend dabei ist die europäische Darstellung der Partnerschaft als Signal nach außen und als notwendig für die »Verteidigung« eigener Interessen in der heutigen Weltlage. Der australische Premierminister Anthony Albanese hingegen betonte in erster Linie den Wert der Partnerschaft für die Bewältigung »globaler Herausforderungen« und die Übereinstimmung beim gemeinsamen »Engagement für die Förderung des Friedens und der Sicherheit weltweit«. ⁹ Und der stellvertretende Premier und Verteidigungsminister Richard Marles wies auf die Möglichkeiten hin, welche die Partnerschaft für Industrie und Arbeitskräfte in Australien mit sich bringe. Obwohl sie sich auf die Förderung nationaler Interessen bezog, blieb auch Außenministerin Penny Wong diplomatisch, indem sie lediglich davon sprach, dass das »Engagement [...] mit Partnern wie der Europäischen Union dazu beiträgt, Australien in einer weniger vorhersehbaren Welt sicherer zu machen«.

⁸ Ebd.

⁹ Minister for Foreign Affairs, Senator the Hon Penny Wong, »Australia-European Union Security and Defence Partnership«, Pressemitteilung, Canberra, 24.3.2026, <<https://www.foreignminister.gov.au/minister/penny-wong/media-release/australia-european-union-security-and-defence-partnership>>.

Vertreter:innen Europas sehen also in erster Linie die große Ferne zu Australien. Um diese Distanz politisch zu überbrücken, bedienen sie sich des Narrativs der Unteilbarkeit der Sicherheit Europas und des »strategisch wichtigen« Indo-Pazifik. Dagegen verweisen ihre australischen Partner:innen auf die immer bedeutender werdende Kooperation von Mittelmächten, wenn es darum geht, internationales Recht, internationale Institutionen und internationale Ordnung aufrechtzuerhalten sowie die nationalen Interessen zu wahren.

Ein Blick auf die relevantesten Entwicklungslinien in der australischen Außen- und Sicherheitspolitik hilft, diese Unterschiede zu verstehen und Potentiale der sicherheitspolitischen Kooperation besser zu identifizieren.

Die Bedeutung der Sicherheitskooperation zwischen Europa und Australien

Australiens Bevölkerungszentren liegen weit voneinander entfernt und in großer Distanz zu denen benachbarter Nationen an den Küsten dreier verschiedener Ozeane. Das Selbstverständnis einer Inselnation, auch im Verhältnis zu den eigentlich nahen Indonesien, Osttimor und Papua-Neuguinea, wird verstärkt durch die angelsächsisch geprägte politische Kultur und Weltsicht: König Charles III. ist nach wie vor Australiens Staatsoberhaupt, und das Commonwealth ehemaliger britischer Kolonien bleibt ein wesentlicher Bezugspunkt.¹⁰ Seit dem Zweiten Weltkrieg und nach der Schließung von Großbritanniens Militärbasen »East of Suez«, also auf der Arabischen Halbinsel und in Südostasien, im Jahr 1971 dienen die Beziehungen zu den USA als vielleicht wichtigste ideelle Verankerung Australiens im »Westen«.

Legitimiert durch die historische Überhöhung und Wiederbelebung der Allianz zwischen Australien, Neuseeland und den USA (Australia, New Zealand, United States, ANZUS) von 1951, verstärkte die militärische Zusammenarbeit mit den USA und der Nato im Global War on Terrorism (2001 – 2021) diese Verortung. Denselben Effekt hatte die intensivierte nachrichtendienstliche Zusammenarbeit in der Partnerschaft der fünf angelsächsischen Nationen Australien, Großbritannien, Kanada, Neuseeland und USA (Five Eyes)

zur Abwehr islamistischen Terrors und von Bedrohungen aus China.

Vor dem Hintergrund des steigenden Einflusses Chinas brachten es die Misserfolge im Irak und in Afghanistan mit sich, dass das Vertrauen in die militärische Stärke und die politische Verlässlichkeit der USA sank. Zwei divergierende Entwicklungen zeichnen sich seither ab. Erstens suchten australische Regierungen, sowohl Labor als auch die konservative »Coalition«, nach Wegen, um die USA stärker an sich zu binden. Neben klaren sicherheitspolitischen Positionierungen an der Seite Washingtons gehörte dazu auch das bilaterale Freihandelsabkommen von 2005. Den Höhepunkt dieser Politiklinie bildet das trilaterale Abkommen zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den USA (Australia, United Kingdom, United States, AUKUS) von 2021 mit seinen zwei Säulen, nämlich der Beschaffung nuklear angetriebener U-Boote für Australien und der gemeinsamen Entwicklung militärischer Spitzentechnologien. Canberra entschied nicht nur, den Bau konventionell angetriebener französischer U-Boote abubrechen und stattdessen mit den USA und Großbritannien eine neue »AUKUS-Klasse« zu entwickeln. Die australische Regierung wandte sich generell gegen den Erwerb europäischer Systeme wie etwa des Mehrzweckhubschraubers NH-90 von Airbus. Trotz enormer Kosten und beträchtlicher technischer, industrieller und außenpolitischer Risiken wurde der vertieften Zusammenarbeit mit den USA Vorrang eingeräumt. Diese beinhaltet zudem die rotierende Stationierung von britischen und US-amerikanischen nuklear bewaffneten U-Booten und von US-Langstreckenbomben auf eigens dafür ausgebauten Basen in Australien. Wie der ehemalige australische Spitzendiplomat und Nachrichtendienstdirektor Allan Gyngell bemerkte, lässt sich dieser einschneidende Beschluss eigentlich nur mit der Logik erklären, dass Australien seinen Platz in der weltpolitisch weiterhin zentralen Anglosphäre an der Seite der USA festigen wolle.¹¹

Die zweite, zunächst komplementäre, aber langfristig gegenläufige Entwicklung besteht im Aufbau bilateraler und minilateraler Sicherheitskooperationen mit regionalen Akteuren, allen voran Japan. Um Chinas zunehmendem Einfluss etwas entgegenzusetzen, machten sich Tokio und Canberra schon seit

¹⁰ Suvendrini Perera, *Australia and the Insular Imagination. Beaches, Borders, Boats, and Bodies*, New York 2009.

¹¹ Allan Gyngell, »Australia Signs up to the Anglosphere«, in: *Financial Review*, 17.9.2021, <<https://www.afr.com/policy/foreign-affairs/australia-signs-up-to-the-anglosphere-20210916-p58s3x>>.

2007 dafür stark, die bisherige Region Asien-Pazifik zur Region Indo-Pazifik zu vergrößern. Damit kam Indien als mögliches Gegengewicht zu China ins Boot. Der Quadrilaterale Sicherheitsdialog zwischen Australien, Japan, Indien und den USA zeugt ebenso vom Versuch, dieses Vorhaben zu internationalisieren, wie die Bausteine verstärkter Kooperation der USA in verschiedenen Konfigurationen mit Japan und Südkorea, mit Japan und Australien sowie mit Japan, Australien und den Philippinen. Das Konzept des Indo-Pazifiks half sodann, ab dem Jahr 2020 immer mehr europäische Staaten für die politischen Entwicklungen in der Region zu sensibilisieren und als Partner zu mobilisieren.

Mit der russischen Vollinvasion der Ukraine vom Februar 2022 änderte sich die geopolitische Situation jedoch fundamental. Zwar verstärkte Beijings russlandfreundliche Haltung die Perzeption, China bilde eine Bedrohung für Europa. Und das Auftauchen nordkoreanischer Munition und nordkoreanischer Truppen auf der russischen Seite der Front im Ukraine-Krieg stellte eine direkte Verbindung zwischen Osteuropa und Nordostasien her. Aber damit verschärfte sich auch die Konkurrenz zwischen einerseits Europa und andererseits Taiwan, Japan, Südkorea und Australien um US-amerikanische Unterstützung in den jeweiligen Konfliktzonen. Statt zur Stabilisierung der sogenannten regelbasierten Ordnung im Indo-Pazifik beitragen zu können, ist Europa nun für die Verteidigung der Ukraine und des Kontinents immer dringender auf seine indo-pazifischen Partner angewiesen. So unterstützt seither auch Australien die Ukraine: Es bildet ukrainische Soldaten aus, lieferte gepanzerte Fahrzeuge, Waffen und weitere militärische Güter und hat wiederholt für mehrere Monate ein Aufklärungsflugzeug entsandt, um an Operationen der Nato an ihrer Ostflanke mitzuwirken.¹²

Gleichzeitig wurde mit Amtsantritt der zweiten Trump-Administration klar, dass die USA nicht nur ihre Unterstützung für die Ukraine drastisch reduzieren und Kyjiw gar zur Abtretung ukrainischen Territoriums an Russland drängen wollten, sondern die liberalen demokratischen Systeme Europas und besonders die EU als ideologische Gegenseite betrachten. Weitere Elemente der US-Politik binden ebenfalls europäische Kräfte. Dazu zählen besonders Präsident Trumps Anspruch auf das zu Dänemark gehörende

Grönland sowie die Angriffe Israels und der USA auf Iran, mit der daraus resultierenden Blockade von Öl- und Gaslieferungen durch die Straße von Hormus. Zugleich nährt die Politik der zweiten Trump-Administration erhebliche Zweifel am Willen der USA, im Falle einer Konfrontation mit China die pazifischen US-Alliierten militärisch zu unterstützen.

Sowohl in Europa als auch in Ostasien ist eine Regionalisierung der Sicherheitsbeziehungen zu beobachten.

Statt der noch unter Biden angestrebten überregionalen »Koalition von Gleichgesinnten« gegen Russland und China ist eine Regionalisierung der Sicherheitsbeziehungen sowohl in Europa als auch in Ostasien zu beobachten. Nur damit können sich kleinere Akteure gegen die Ansprüche der drei Großmächte China, Russland und USA wehren und die jeweiligen Nachbarschaften zu stabilisieren versuchen. In Europa etwa wächst die Bedeutung von EU und europäischer werdender Nato, wenn es um Unterstützung für die Ukraine geht. Auch die australischen außen- und sicherheitspolitischen Strategien richten sich vorrangig auf die unmittelbare Nachbarschaft. Die Regierung von Premier Albanese betont Australiens regionale Einbettung im Indo-Pazifik und sieht dort die Zukunft der Nation.¹³ Dabei bilden die Staaten Südostasiens und der pazifischen Inseln, neben den großen Akteuren Nordostasiens, den oft als »our region« bezeichneten Raum. Laut Außenministerin Penny Wong verkörpert der Regionalismus eine der effektivsten Methoden für kleine und mittlere Staaten, um Machtasymmetrien zu begegnen. Ausdruck dieser Strategie ist eine ganze Reihe von Vereinbarungen. An erster Stelle zu nennen ist die militärische Zusammenarbeit mit Japan, welche durch die Beschaffung von bis zu elf Fregatten der Mogami-Klasse vertieft wird. Bedeutsam sind darüber hinaus der Vertrag mit Tuvalu über die Falepili Union vom November 2023, das Abkommen mit Nauru vom Dezember 2024, die Abkommen mit Vanuatu über eine engere bilaterale Sicherheitskooperation von Dezember 2022 und Juni 2026, das Verteidigungsbündnis mit Papua-Neuguinea vom Dezember 2024, auch Pukpuk-Vertrag genannt, das im Februar

¹² Australian Government, Department of Foreign Affairs and Trade, *Russia's Invasion of Ukraine*, <www.dfat.gov.au/crisis-hub/russias-invasion-ukraine>.

¹³ Minister for Foreign Affairs, Senator the Hon Penny Wong, »AIIA Gala Dinner Keynote Address«, Canberra, 17.11.2025, <<https://www.foreignminister.gov.au/minister/penny-wong/speech/aiaa-gala-dinner-keynote-address>>.

2026 reaktivierte Abkommen mit Indonesien über die Gemeinsame Sicherheit (Jakarta-Vertrag) sowie die Vuvale Union und die Verteidigungsallianz Ocean of Peace mit Fidschi vom Juli 2026.

Die Hinwendung zur Nachbarschaft ist aber nicht unumstritten, und Außenministerin Wong äußert sich vorsichtig und ausgewogen. Während die Spitzen der EU die Abkommen mit Australien als »Teil des umfassenderen Strebens Europas nach strategischer Unabhängigkeit« sehen,¹⁴ wird in Australien fortwährend die Alternativlosigkeit der Allianz mit den USA herausgestellt, auch im Kontext der verstärkten Partnerschaft mit der EU.¹⁵ Dies trägt Australiens großer militärischer Abhängigkeit von den USA Rechnung. Ferner konnte Australien durch etliche Zugeständnisse bislang vermeiden, zur Zielscheibe des Weißen Hauses zu werden. So zahlte es im Rahmen von AUKUS bisher drei Milliarden US-Dollar als unwiederbringliche Investition in den US-Schiffbau-sektor, traf eine Vereinbarung mit Washington für den privilegierten Export kritischer Rohstoffe und seltener Erden in die USA und stellt strategisch wertvolle militärische Infrastruktur zur Kommunikation mit Satelliten und U-Booten oder der Stationierung von (atomar bewaffneten) Bombern und U-Booten bereit. Außerdem weist Australien keinen Handelsbilanzüberschuss gegenüber den USA auf. Aber selbst wenn Australien ähnliche Schocks wie Europa zu gewärtigen hätte, das von der Rede des US-Vizepräsidenten J. D. Vance bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2025 und von Trumps Anspruch auf Grönland überrascht wurde, sind die Realitäten der geografischen Distanz und regionalen Bedrohungslage unverrückbar. Auch nach Abschluss der SDP sind deshalb Bedeutung und Potential vertiefter sicherheits- und verteidigungspolitischer Zusammenarbeit zwischen der EU und Australien dort am größten, wo die Globalisierung die Tyrannei der Distanz abschwächt. So kann das neue Freihandelsabkommen als mindestens so bedeutend eingestuft werden wie die SDP. Trotz

des großen wirtschaftlichen Gewichts der EU in Südostasien können beide Abkommen für Australien kaum mehr als einen Baustein unter vielen für die beginnende Diversifizierung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen darstellen.

Der Weg zur Sicherheitskooperation jenseits geopolitischer Symbolpolitik

Nachhaltige bilaterale Sicherheitskooperation muss über geopolitische Symbolpolitik hinausgehen. Denn trotz zum Teil ähnlicher, größtenteils aber paralleler Bedrohungswahrnehmungen gegenüber China und Russland und Bedenken wegen der Politik der zweiten Trump-Administration befinden sich die EU und Australien in weit voneinander entfernten Weltregionen mit grundsätzlich unterschiedlichen Sicherheitslagen. Wie die direkte Bedrohung Europas durch Russland und die Spannungen mit der zweiten Trump-Administration zeigen, hängen »Sicherheit und Wohlstand Europas« nur in geringerem Maße von der »Stabilität des indopazifischen Raums« ab.¹⁶

Ausgeprägte, sich ergänzende Interessen bestehen jedoch für Australien zum Beispiel im Zugang zum EU-Binnenmarkt, zum EU-Finanzierungsinstrument für Sicherheitsmaßnahmen (Security Action for Europe, SAFE) sowie zur kürzlich beschlossenen Wissenschaftskooperation im Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe. Vorrangig für die EU wiederum ist der privilegierte Zugang zu australischen Erzen und Metallen. Und während Australien der EU wichtige Unterstützung im Kampf gegen Russland, vor allem in der Ukraine, gewährt, können die EU und ihre Mitgliedstaaten einen bedeutenden Beitrag zur Eindämmung chinesischen Einflusses im Pazifik leisten. Je konkreter und besser koordiniert diese sicherheitspolitischen Interessen verfolgt werden – und zwar durch mehr Projekte der Rüstungskoordination und Entwicklungszusammenarbeit auf den Ebenen der EU und ihrer Mitgliedstaaten –, desto stärker können die bilateralen Beziehungen ausgebaut und vertieft werden. Nicht zuletzt muss die Zusammenarbeit mit Australien bei der Ausgestaltung globaler Institutionen erheblich erweitert und intensiviert werden, nämlich durch eine strategischere Herangehensweise als Kooperation unter Mittelmächten.

¹⁴ von der Leyen, »Engere Beziehungen zwischen Australien und der EU sind wichtig« [wie Fn. 1].

¹⁵ Bart Hogeveen, *The EU-Australia Security and Defence Agreement: Not a Pact but a Partnership*, Canberra: Australian Strategic Policy Institute, März 2026, <<https://aspi.s3.amazonaws.com/wp-content/uploads/2026/03/25101505/The-EU-Australia-security-and-defence-agreement-2.pdf>>; Justin Bassi, »Remarks at a United States Study Centre Panel«, *LinkedIn*, 2.4.2026, <www.linkedin.com/posts/during-a-recent-panel-discussion-hosted-by-ugcPost-7447819879639851008-Yjxx/>.

¹⁶ von der Leyen, »Engere Beziehungen zwischen Australien und der EU sind wichtig« [wie Fn. 1].

Alexandra Sakaki

Japan und die EU: Neue Sicherheitsagenda auf Basis geopolitischer Konvergenz

Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine 2022 sind Japan und die EU mit sichtbarer Entschlossenheit zusammengedrückt. In der gemeinsamen Gipfelerklärung von 2025 bezeichneten die beiden Seiten ihre Partnerschaft als so eng und bedeutsam wie nie zuvor.¹ Was über Jahrzehnte in erster Linie eine wirtschaftlich geprägte Beziehung war, entwickelt sich zu einer breit angelegten Partnerschaft mit wachsender politischer, strategischer und sicherheitspolitischer Dimension. Angesichts vermehrter geopolitischer Spannungen und einer erodierenden multilateralen Ordnung suchen Japan und die EU Handlungsfähigkeit in vertiefter Zusammenarbeit. Dabei verbinden sie nicht nur gemeinsame Werte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sondern auch geteilte Interessen, etwa an Freihandel, resilienten Lieferketten oder multilateralen Institutionen. Die EU und Japan sehen eine sich verschärfende Herausforderung durch autoritäre Staaten, während die Verlässlichkeit der USA als Partner in Frage steht.

Die sicherheitspolitische Kooperation hat in den letzten Jahren an Dynamik und Substanz gewonnen, wozu auch die Bemühungen einzelner EU-Mitgliedstaaten einen wichtigen Beitrag geleistet haben. Im November 2024 war Japan der erste indo-pazifische Staat, mit dem die EU eine Security and Defence Partnership (SDP) einging. Damit wurde die sicherheitspolitische Agenda konkretisiert, die bereits im Strategic Partnership Agreement (SPA) von 2018 angelegt worden war. Ob das bestehende Potential ausgeschöpft werden kann, hängt davon ab, ob beide Seiten ihre Partnerschaft dauerhaft politisch priorisieren und mit Kooperationsprojekten unterlegen.

Treiber der Annäherung

Die japanisch-europäische Annäherung gründet auf einer zunehmenden Konvergenz strategischer Sichtweisen, die sich in zwei Phasen herausbildete.

Einen ersten Schub erfuhren die Beziehungen ab 2018 mit der Unterzeichnung des SPA und eines Economic Partnership Agreement (EPA). Europas Blick auf Asien wandelte sich grundlegend: An die Stelle einer vorrangig auf China gerichteten Perspektive trat ein umfassenderes Verständnis der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Dynamiken der Region. Der Indo-Pazifik etablierte sich als strategischer Bezugsrahmen europäischer Politik – abzulesen an der Indo-Pazifik-Strategie der EU von 2021² sowie entsprechenden Strategien einzelner Mitgliedstaaten. Damit rückte die Region nicht nur als zentraler Wachstumstreiber, sondern auch als Schauplatz geopolitischer Konkurrenz in den Fokus. Dadurch näherten sich die europäische und die japanische Sichtweise immer mehr an: Mit seiner Vision eines Free and Open Indo-Pacific (FOIP) hatte Tokio bereits seit 2016 die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit, Freiheit der Schifffahrt und regelbasierter Kooperation betont.³

Parallel dazu veränderte sich der europäische Blick auf China. Unter Präsident Xi Jinping traten autoritäre Tendenzen im Inneren offen hervor, während China außenpolitisch einen konfrontativen Kurs einschlug. Mit ihrer strategischen Neubewertung von 2019 charakterisierte die EU China als Kooperationspartner, wirtschaftlichen Konkurrenten und systemischen

1 Ministry of Foreign Affairs of Japan, *Japan-EU Summit 2025. Joint Statement*, Tokio, 23.7.2025, <<https://www.mofa.go.jp/mofaj/files/100878537.pdf>>. Sofern nicht anders angegeben, wurden alle Onlinequellen zuletzt am 30.9.2026 aufgerufen.

2 European Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, *Joint Communication to the European Parliament and the Council. The EU Strategy for Cooperation in the Indo-Pacific*, Brüssel, 16.9.2021, <www.eeas.europa.eu/sites/default/files/jointcommunication_2021_24_1_en.pdf>.

3 Ministry of Foreign Affairs of Japan, *Diplomatic Bluebook 2017*, Tokio 2017, <<https://www.mofa.go.jp/policy/other/bluebook/2017/html/index.html>>.

Rivalen zugleich.⁴ Japan, das China längst als sicherheitspolitische Herausforderung betrachtete, entwickelte lebhaftes Interesse an einem strategischen Schulterschluss mit Europa und verstärkte seine diplomatischen Bemühungen gegenüber der EU, deren Mitgliedstaaten und der Nato.⁵

Auftrieb erhielt die Annäherung zwischen der EU und Japan auch, weil die Zweifel an der Verlässlichkeit der USA wachsen.

Auftrieb erhielt die Annäherung auch infolge wachsender Zweifel an der Verlässlichkeit der USA. Die erste Präsidentschaft Donald Trumps markierte einen Bruch mit multilateralen Verpflichtungen zugunsten unilateraler Interessenpolitik und handelspolitischem Protektionismus, worauf Japan und die EU mit dem EPA ein bewusstes Gegenbekenntnis zu Freihandel und regelbasierter Wirtschaftsordnung ablegten.⁶

Eine zweite Phase intensiverer Zusammenarbeit setzte mit dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 ein. In Japan schürte die Invasion die Befürchtung, China könnte gegen Taiwan ähnlich vorgehen. Tokio positionierte sich als verlässlicher Unterstützer der Ukraine, beteiligte sich an den G7-Sanktionen gegen Russland – dem Rahmen, in dem Japan und die EU bei der Ukraine-Politik eng zusammenarbeiten – und avancierte mit bilateralen Hilfsleistungen von über elf Milliarden Euro bis Ende Februar 2026 zu einem der wichtigsten außereuropäischen Partner der Ukraine.⁷

4 European Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, *Joint Communication to the European Parliament, the European Council and the Council – EU-China – A Strategic Outlook*, Straßburg, 12.3.2019, <<https://commission.europa.eu/system/files/2019-03/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf>>.

5 Michito Tsuruoka, »Abe Shinzo's Legacy in Japan-Europe Relations«, in: *The Diplomat*, 14.9.2020, <<https://thediplomat.com/2020/09/shinzo-abes-legacy-in-japan-europe-relations/>>.

6 »Exclusive Interview: Japan's Ambassador to the EU Provides Insight on Future Euro-Japanese Cooperation«, in: *PubAffairs Bruxelles*, 12.12.2017, <www.pubaffairsbruxelles.eu/opinion-analysis/exclusive-interview-japans-ambassador-to-the-eu-provides-insight-on-future-euro-japanese-cooperation/>.

7 Japan, das vor allem finanzielle und humanitäre Hilfe leistet, war damit drittgrößter nichteuropäischer Unterstützer der Ukraine, vgl. Christoph Trebesch u. a., *Ukraine*

Der Krieg verdeutlichte zugleich die Verflechtung europäischer und indo-pazifischer Sicherheit. Nordkoreas und Chinas Unterstützung für Russland offenbarte die intensiver werdende Zusammenarbeit autoritärer Staaten und schärfte in Europa das Verständnis für Japans sicherheitspolitische Sorgen gegenüber China – ein Wandel, den Tokio als überfällig betrachtete.⁸ Darüber hinaus sahen sich die EU und Japan vermehrt mit hybriden Bedrohungen konfrontiert, darunter Desinformationskampagnen und Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur.

Der Krieg unterstrich strukturelle Parallelen in den verteidigungspolitischen Herausforderungen: Sowohl Japan als auch die EU müssen ihre Verteidigung wegen des veränderten Charakters moderner Kriegsführung neu ausrichten. Zusätzlich verstärkte Trumps Rückkehr ins Weiße Haus das Interesse, die sicherheitspolitischen Beziehungen zu diversifizieren.⁹

Von SPA zu SDP: Operationalisierung der sicherheitspolitischen Kooperation

Das SPA von 2018 ist ein völkerrechtlich bindender Vertrag, der politische Kooperation in rund vierzig Bereichen begründet – neben Sicherheitspolitik etwa Wirtschaft, Umwelt und Justiz. Im Bereich Sicherheit werden Themen wie Friedensförderung, Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle, Terrorismusbekämpfung, Cybersicherheit und Reform der Vereinten Nationen benannt.¹⁰ Im SPA wurden allgemeine Ziele hinsichtlich Informationsaustausch, Dialogförderung und Koordinierung formuliert, aber keine Mechanismen, konkreten Pläne oder gar Verpflichtungen für die Zusammenarbeit definiert.

In den Folgejahren wurde die Kooperationsagenda durch eine Reihe von Absichtserklärungen weiter

Support Tracker, Kiel: Kiel Institut für Weltwirtschaft, 2026, <<https://www.kielinstitut.de/de/publikationen/daten-des-ukraine-support-trackers-11761/>>.

8 Ippeita Nishida, »Japan's Changing Perception of the European Union as a Security Provider in the Indo-Pacific: Basic Motivations and Renewed Interests«, in: Yogesh Joshi u. a. (Hg.), *The European Union as a Security Actor in the Indo-Pacific. Perceptions and Responses from the Region*, Singapur 2024, S. 31 – 46.

9 Hintergrundgespräche mit politischen Akteuren.

10 Ministry of Foreign Affairs of Japan, *Strategic Partnership Agreement Between the European Union and Its Member States, of the One Part, and Japan, of the Other Part*, Tokio, 17.7.2018, <<https://www.mofa.go.jp/files/000381942.pdf>>.

ausgestaltet, darunter zu Konnektivität (2019), Klima (2021), Digitalisierung (2022) und Halbleitern (2023).¹¹ Die SDP von 2024 fügt sich in dieses Bild ein: Sie ist kein völkerrechtlich bindender Vertrag, geht aber über das SPA hinaus, indem sie spezifische operative Ziele der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit benennt und in ihrer Präambel explizit auf die veränderte Sicherheitslage Bezug nimmt: »Die EU und Japan sehen sich einem zunehmend herausfordernden und verflochtenen Sicherheitsumfeld gegenüber – gekennzeichnet durch einseitige Versuche, den Status quo gewaltsam zu verändern.«¹²

Um der Partnerschaft mehr Substanz zu verleihen, wäre der Austausch sicherheitsrelevanter Verschlusssachen unerlässlich.

Von großer Bedeutung für die künftige Substanz der Partnerschaft ist die in der SDP enthaltene Absichtserklärung für ein Abkommen über die Sicherheit von Verschlusssachen. Ein solches Abkommen würde die rechtliche und technische Grundlage für den Austausch sensibler Informationen und Lageberichte schaffen – eine Querschnittsbedingung für nahezu alle Kooperationsvorhaben, von gemeinsamen Bedrohungsanalysen über Rüstungsprojekte bis hin zur Abwehr von Desinformation und zum Schutz kritischer Infrastrukturen. Ohne diese Basis lassen sich viele Ziele der SDP nur begrenzt realisieren. Der beim Gipfel 2025 offiziell eingeleitete Verhandlungsprozess signalisiert, dass die EU und Japan der Partnerschaft mehr Substanz verleihen wollen.¹³

Dialogarchitektur unter der SDP

Die SDP schafft und formalisiert eine Dialogarchitektur für sicherheitspolitische Themen. Neben dem

jährlichen Gipfeltreffen koordiniert der neu etablierte Strategische Dialog auf Außenministerebene die Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung und setzt politische Impulse. Parallel dazu wird der zuvor informell geführte Security and Defence Dialogue auf Abteilungsleiterebene formalisiert und als jährliches Format eingerichtet. Ergänzt wird dies durch bestehende themenspezifische Austauschformate.

Kooperationsinhalte

Inhaltlich verändert die SDP die Zusammenarbeit in zweierlei Hinsicht.¹⁴ Erstens werden bestehende Kooperationsfelder konkretisiert. Maritime Sicherheit bildet seit Langem einen bilateralen Schwerpunkt: Das geteilte Interesse an freien Handelswegen und einer regelbasierten maritimen Ordnung hat beide Seiten als natürliche Partner zusammengeführt, was etwa in der Kooperation im Rahmen von Operation Atalanta seinen Ausdruck fand.¹⁵ Gemeinsame Übungen und Hafenbesuche zwischen Japan und EU-Mitgliedstaaten sind in den vergangenen Jahren zahlreicher geworden. Die SDP bekräftigt diese Aktivitäten explizit und benennt darüber hinaus mögliche Vertiefungsschritte, wie eine Zusammenarbeit bei den Operationen im Rahmen der EU Coordinated Maritime Presence im Indischen Ozean sowie Maßnahmen zum maritimen Kapazitätsaufbau in Drittstaaten der Region.

Vergleichbares gilt für den Bereich digitale Konnektivität und Cybersicherheit. Aufbauend auf dem etablierten Cyberdialog unterstreicht die SDP den Willen zu enger Abstimmung über Bedrohungslagen und diplomatische Reaktionen auf böswillige Cyberaktivitäten. In Drittstaaten wollen Japan und die EU Cyberfähigkeiten fördern und sich in Gremien der Vereinten Nationen für die Stärkung internationaler Normen im Cyberraum einsetzen. Konkrete Kooperationsmaßnahmen finden sich auch in anderen Bereichen: So sollen etwa im Bereich Bekämpfung von Terrorismus und gewaltbarem Extremismus die relevanten Behörden beider Seiten enger zusammenarbeiten.

Zweitens erschließt die SDP neue Themenfelder. Hybride Bedrohungen und ausländische Informati-

¹¹ Elena Atanassova-Cornelis/Eva Pejsova, »The EU-Japan Security Cooperation in Defence of the Liberal International Order: Achievements and Limitations«, in: *Asia Europe Journal*, 24 (2026) 1, S. 73–90.

¹² Eigene Analyse; Zitat siehe Ministry of Foreign Affairs of Japan, *The European Union-Japan Security and Defence Partnership*, Tokio, 1.11.2024, <<https://www.mofa.go.jp/mofaj/files/100747825.pdf>>.

¹³ Siehe Ministry of Foreign Affairs of Japan, *Japan-EU Summit 2025: Attachment I to the Joint Statement on Deliverables and Priorities*, Tokio, 23.7.2025, <<https://www.mofa.go.jp/mofaj/files/100878539.pdf>>.

¹⁴ Eigene Vergleichsanalyse; Hintergrundgespräche mit politischen Akteuren.

¹⁵ Atanassova-Cornelis/Pejsova, »The EU-Japan Security Cooperation« [wie Fn. 11].

onsmanipulation (Foreign Information Manipulation and Interference, FIMI) werden erstmals als eigenständiges Kooperationsfeld verankert – ein Schritt, der die gestiegene Bedrohungswahrnehmung beider Seiten gegenüber Desinformationskampagnen und verdeckter Einflussnahme widerspiegelt. Auch im Bereich Weltraum markiert die SDP eine Neuerung: Zwar kooperieren Japan und die EU hier seit Jahren intensiv – etwa über den gemeinsamen Zugang zu Copernicus-Erdbeobachtungsdaten und einen bilateralen Weltraumdialog –, doch verankert die SDP die sicherheitspolitische Dimension erstmals ausdrücklich. Auf dem Gipfeltreffen von 2025 konkretisierten beide Seiten ihre Ambitionen. Vereinbart wurden die Zusammenarbeit bei der Weltraumlageerfassung, gemeinsames Engagement für internationale Verhaltensnormen sowie der Aufbau eines gemeinsamen Kommunikationssatellitennetzes.¹⁶ Letzteres dürfte auch dem Ziel Japans und der EU dienen, technologische Abhängigkeiten von US-Anbietern wie SpaceX zu verringern.¹⁷ Institutionell gestärkt wird die Zusammenarbeit durch das erste asiatische Büro der European Space Agency (ESA), eröffnet 2025 in Tokio.¹⁸

Neuer Schwerpunkt: Rüstungsindustrielle Zusammenarbeit

Ein bedeutender neuer Schwerpunkt der SDP ist die rüstungsindustrielle Zusammenarbeit. Die Partner wollen einander über ihre Rüstungsinitiativen informieren und Möglichkeiten gemeinsamer Projekte ausloten. Erste Schritte haben in den vergangenen Jahren bereits Japan und einzelne europäische Länder unternommen: Im Rahmen des Global Combat Air Programme (GCAP) entwickeln Japan, Großbritannien und Italien seit 2022 gemeinsam ein Kampfflugzeug der nächsten Generation; Deutschland, Frankreich und Japan kooperieren seit Mitte 2024 bei elektro-

magnetischen Railguns;¹⁹ und Japan erhielt 2023 als erstes nichteuropäisches Land Beobachterstatus im Eurodrone-Projekt.²⁰

Das im Mai 2025 beschlossene SAFE-Instrument (Security Action for Europe) offenbart zugleich die Grenzen einer japanischen Beteiligung an EU-Rüstungsinitiativen: Mit zinsgünstigen Darlehen soll SAFE die gemeinsame Entwicklung und Beschaffung militärischer Fähigkeiten fördern. Drittstaaten können sich beteiligen, sofern mindestens 65 Prozent der Wertschöpfung aus der EU oder assoziierten Partnerstaaten stammen oder sofern eine gesonderte Vereinbarung getroffen wird. Japan hat im Dezember 2025 einen entsprechenden Antrag auf Präferenzstatus gestellt. Doch bislang hat die EU nur Kanada einen solchen Zugang gewährt, und ein Großteil der bisher bereitgestellten SAFE-Mittel ist bereits vergeben. Daher dürfte der Spielraum für eine japanische Beteiligung überschaubar sein.²¹ Das Verfahren verdeutlicht das strukturelle Spannungsverhältnis zwischen dem Ziel, die heimische Verteidigungsindustrie zu stärken, und dem Interesse an strategischen Partnerschaften mit gleichgesinnten Staaten. Angesichts der limitierten Perspektiven von SAFE bleiben bilaterale Formate und die EU-Mitgliedstaaten maßgeblich, wenn es darum geht, konkrete Projekte mit Japan anzustoßen.

Genau hier setzte der erste EU-Japan Defence Industry Dialogue im April 2026 an: Das Format brachte Regierungsvertreter sowie mehr als dreißig Unternehmen beider Seiten zusammen und soll das Fundament für künftige Projekte legen – ein Signal des politischen Willens, die Zusammenarbeit zu institutionalisieren.²² Flankiert wird dies durch die Entsendung eines militärischen Beraters an die EU-Dele-

16 Ministry of Foreign Affairs of Japan, *Japan-EU Summit* [wie Fn. 13].

17 Takashi Tsuji, »Japan and EU Envision Satellite Network to Cut Reliance on US, SpaceX«, in: *Nikkei Asia* (online), 12.7.2025, <<https://asia.nikkei.com/business/aerospace-defense-industries/japan-and-eu-envision-satellite-network-to-cut-reliance-on-us-spacex>>.

18 European Space Agency, *ESA Establishes Presence in Tokyo to Strengthen Strategic Partnership with Japan*, Paris, 28.10.2025, <www.esa.int/About_Us/Corporate_news/ESA_establishes_presence_in_Tokyo_to_strengthen_strategic_partnership_with_Japan>.

19 Inder Singh Bisht, »Japan Signs Railgun Cooperation Agreement with France, Germany«, in: *The Defense Post* (online), 4.6.2024, <<https://thedefensepost.com/2024/06/04/japan-railgun-france-germany/>>.

20 Nanae Baldauff, »Deepening of Japan-Europe Security and Defense Cooperation through Defense Technology Partnerships«, in: *Asia-Pacific Review*, 31 (2024) 3, S. 18–25.

21 European Commission, *Security Action for Europe (SAFE)*, <https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-defence-industry/safe-security-action-europe_en>.

22 European Commission, »Participation of Andrius Kubilius, European Commissioner, in the EU-Japan Defence Industry Dialogue (DID)« (Video), 17.4.2026, <<https://audio-visual.ec.europa.eu/en/media/video/I-287803>>.

gation in Tokio, der die Vernetzung mit japanischen Akteuren pflegen soll.²³

Japan und Europa verbindet das Interesse, ihre Rüstungsbasis zu stärken sowie Redundanz und Lieferkettenresilienz zu fördern.

Japan und Europa verbindet das Interesse, ihre Rüstungsbasis zu stärken und durch Kooperation Redundanz und Lieferkettenresilienz zu fördern. Abhängigkeiten von US-Rüstungsgütern zu verringern ist für Europa infolge des transatlantischen Zerwürfnisses besonders drängend, doch auch Japan steht vor ähnlichen Fragen. Mit der Lockerung seiner Rüstungsexportbeschränkungen im April 2026 ist Japan für Europa ein attraktiverer Partner für gemeinsame Projekte geworden. Technologisch verfügt Japan über Stärken, welche die europäische Verteidigungsindustrie sinnvoll ergänzen könnten, darunter Robotik und autonome Systeme, Materialwissenschaften, Halbleitertechnologie und Weltraumtechnologie.

Um das Potential auszuschöpfen, bedarf es eines langfristigen politischen Willens auf beiden Seiten, zumal strukturelle Hindernisse bestehen.²⁴ Japans Rüstungsindustrie war über Jahrzehnte vom internationalen Markt abgeschottet und verfügt nur über wenig Erfahrung mit multinationalen Projekten. Zudem bindet die wachsende Zahl internationaler Kooperationsvorhaben erhebliche Kapazitäten. Auf der anderen Seite mindert die anhaltende Fragmentierung des europäischen Rüstungsmarktes Japans Interesse an Europa als Partner. Eine stärkere inner-europäische Integration würde Europa daher nicht nur handlungsfähiger machen, sondern zugleich seine Attraktivität als rüstungsindustrieller Partner erhöhen.²⁵

²³ Siehe dazu die Stellenausschreibung: EU Delegation to Japan, *EU Military Staff Job Specification*, 15.1.2026, <www.difesa.it/assets/allegati/35926/eudel_tokyo_publicazione.pdf> (Zugriff am 22.6.2026).

²⁴ Tobias Kollakowski, *Partners in Principle but Not Yet in Practice: Japanese-German Defense Industrial Cooperation in the 2010s and 2020s*, Seattle/Washington, D.C.: The National Bureau of Asian Research, 2026, <<https://bit.ly/3TAU8C5>>.

²⁵ Hintergrundgespräche mit japanischen politischen Akteuren.

Umfassende Partnerschaft zwischen Ambition und Umsetzung

Japan ist zu einem der wichtigsten Partner der EU in Asien geworden – ein Land, das wirtschaftliche und technologische Stärke mit politischem Gewicht verbindet und in der Region hohes Vertrauen genießt. Umgekehrt sucht auch Japan die Zusammenarbeit mit der EU, um seine außenpolitischen Beziehungen zu diversifizieren. Mit der SDP und weiteren Initiativen haben die beiden Seiten ein hohes Ambitionsniveau gesetzt. Ob es zur Gänze genutzt wird, hängt maßgeblich von der Umsetzung ab, nicht zuletzt durch die EU-Mitgliedstaaten.

Eine besondere Stärke der Partnerschaft liegt in ihrer Einbettung in eine breitere Kooperationsagenda, die Sicherheit weit über den militärischen Bereich hinaus versteht. Mit der Allianz für Wettbewerbsfähigkeit und Japans Assoziierung mit dem Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe haben die beiden Seiten 2025 zusätzliche Grundlagen geschaffen, um die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Technologie und Sicherheit im Gleichschritt zu vertiefen. Für die EU wird es nun darauf ankommen, dass Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Industrie – wie der Industrial Accelerator Act – die Einbindung enger Partner wie Japan nicht erschweren.²⁶

Das Bündnis mit den USA bleibt für Japan aufgrund regionaler Bedrohungen unverzichtbar. Tokios Kooperation mit der EU hat daher nicht in erster Linie strategische Unabhängigkeit zum Ziel, sondern eher den Aufbau von Resilienz und die Erweiterung außenpolitischer Handlungsoptionen.²⁷ Da sich die USA unter Präsident Trump zusehends von internationalem Recht und multilateralen Normen abwenden, gewinnt Europas Eintreten dafür aus japanischer Sicht an Gewicht. Damit Europa in dieser Hinsicht als glaubwürdiger und relevanter Partner Japans gelten kann, muss es sein Engagement im Indo-Pazifik fortsetzen und dem von China immer offener verfolgten Revisionismus entschlossen entgegentreten. Dafür wiederum ist ein Mindestmaß an strategischer Geschlossenheit der EU gegenüber China von zentraler Bedeutung.²⁸

²⁶ Ebd.

²⁷ Ryo Sahashi, »A World with America« and »A World without America«, *Japan Policy Forum*, 2026, <<https://www.japanpolicyforum.jp/topics/diplomacy-jpf/pt2026021216293015432.html>> (Zugriff am 12.2.2026).

²⁸ Hintergrundgespräche mit japanischen Wissenschaftlern.

Eric J. Ballbach

From Dialogue to Practice? Die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zwischen der EU und Südkorea

Die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft (SDP) zwischen der Europäischen Union (EU) und der Republik Korea (Südkorea) markiert eine neue Phase der bilateralen Zusammenarbeit. Sie ist Ausdruck des strategischen Ziels der EU, ihre Beziehungen zu ausgewählten Partnerstaaten im Indo-Pazifik um eine sicherheitspolitische Dimension zu erweitern. Den Hintergrund der Partnerschaft bildet eine Reihe sicherheitspolitischer Entwicklungen der jüngeren Zeit, darunter Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und Nordkoreas militärische Unterstützung für Moskau, die zunehmende strategische Rivalität zwischen den USA und China, die neue Außen- und Sicherheitspolitik der USA nach der Rückkehr Donald Trumps in das Weiße Haus, die anhaltenden Spannungen auf der koreanischen Halbinsel, die wachsenden Risiken in den Bereichen Cyber- und Wirtschaftssicherheit und die rasante Verbreitung hybrider Einflussnahme. Diese Entwicklungen verdichten die Verflechtung europäischer und indo-pazifischer Sicherheitsinteressen und schaffen auf beiden Seiten den Anreiz, die Resilienz zu erhöhen und die technologische Kooperation sowie eine außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Diversifizierung voranzutreiben.

Für Südkorea ist die Bedrohung durch Nordkorea nach wie vor der zentrale sicherheitspolitische Referenzpunkt. Die politische und militärische Annäherung zwischen Russland und Nordkorea, Piongyangs systematische Umgehung internationaler Sanktionen sowie die von dort ausgehenden Cyberaktivitäten auch gegen Europa verleihen der nordkoreanischen Herausforderung jedoch eine wachsende sicherheitspolitische Relevanz auch für die EU. Gleichzeitig gewinnen Fragen der industriellen Resilienz, der Stabilität von Lieferketten, technologischer Souveränität und der Rüstungskooperation sowohl in Europa als auch in Südkorea an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund eröffnet die SDP der EU die Möglichkeit, ihre

sicherheitspolitische Rolle im Indo-Pazifik zu stärken und die Zusammenarbeit mit einem technologisch und industriell leistungsfähigen demokratischen Partner in einer Reihe von Sicherheitsfragen mit überregionaler Dimension zu vertiefen. Südkorea verfolgt mit der Partnerschaft insbesondere das Ziel, seine außen- und sicherheitspolitischen, technologischen, industriellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu diversifizieren, seinen Einfluss als sicherheitspolitischer Akteur auf internationaler Ebene auszubauen und seine Verteidigungsindustrie global stärker zu verankern. Die Partnerschaft schafft hierfür Kooperationsmöglichkeiten, unter anderem in den Bereichen Cyber- und maritime Sicherheit, Schutz kritischer Infrastrukturen, Rüstungstechnologie und wirtschaftliche Sicherheit.

Obwohl die SDP ein breites Themenspektrum umfasst, bleibt ihre praktische Umsetzung bis dato begrenzt. Der überwiegende Teil der Zusammenarbeit findet weiterhin in Gestalt von Dialogen, Konsultationen und politischen Absichtserklärungen statt. Die zentrale Frage ist daher, ob und unter welchen Bedingungen die institutionelle Verdichtung der Beziehungen künftig in eine substantielle operative Kooperation überführt werden kann.

Institutionelle Verankerung der SDP

Die SDP ist eingebettet in ein breiteres strategisches und institutionelles Beziehungsgeflecht zwischen der EU und Südkorea.¹ Ausgehend von der 2010 geschlossenen Strategischen Partnerschaft, die den bilateralen Dialog und die Zusammenarbeit in regionalen und globalen Angelegenheiten stärken sollte, beruht das

1 Kim Sihong/Lee Moosung/Nicola Casarini/Eric J. Ballbach (Hg.), *60 Years of EU-Korea Relations, 1963–2023*, Brüssel 2023.

institutionelle Fundament vor allem auf drei Säulen: dem Rahmenabkommen (2010 unterzeichnet, seit 2014 in Kraft), das die allgemeine politische und institutionelle Grundlage für regelmäßige Dialoge und eine Vertiefung der Zusammenarbeit schuf, dem Freihandelsabkommen (2010, seit 2011 vorläufig und seit 2015 vollständig in Kraft), das jüngst durch ein »digitales Handelsabkommen« ergänzt wurde, und dem Rahmenabkommen zur Beteiligung an EU-Krisenbewältigungsoperationen (seit 2016 in Kraft), das es Südkorea ermöglicht, sich an EU-Missionen (wie etwa der Operation Atalanta) und sicherheitsbezogener Zusammenarbeit zu beteiligen. Vor der SDP (in Kraft seit 2024) haben beide Seiten darüber hinaus 2022 eine Digital Partnership sowie 2023 eine Green Partnership beschlossen.

Die SDP ist Teil einer schrittweise erfolgenden Verdichtung der Beziehungen zwischen der EU und Südkorea.

Die SDP ist damit Teil einer schrittweise erfolgenden Verdichtung der Beziehungen zwischen der EU und Südkorea über politische, wirtschaftliche, digitale und schließlich sicherheitspolitische Bereiche hinweg. Besonders auffällig ist, dass die jüngsten Initiativen stark auf Resilienz, technologische Souveränität, Lieferkettensicherheit und geopolitische Risiken fokussieren und damit deutlich strategischer ausgerichtet sind als die Abkommen der 2010er Jahre.

Die Beziehungen in den verschiedenen Politikfeldern werden durch Konsultationsformate auf unterschiedlichen Ebenen gesteuert, beispielsweise durch politische Gipfeltreffen, institutionelle Ausschüsse und themenbezogene Dialoge. Sie bilden die institutionelle Basis, auf welcher die SDP aufbaut. Mit der zunehmenden thematischen Ausdifferenzierung der bilateralen Beziehungen vertiefte sich sukzessive auch die sicherheitspolitische Kooperation zwischen der EU und Südkorea, insbesondere in den Bereichen der Nichtverbreitung nuklearer Waffentechnologie, Cybersicherheit sowie präventive Diplomatie und Krisenmanagement.

Was die Sicherheitspartnerschaft umfasst

Die SDP wurde im Rahmen des 10. EU-Südkorea-Gipfels im Mai 2023 in Seoul beschlossen, um die bilaterale Zusammenarbeit »im gesamten Sicherheits- und

Verteidigungsspektrum« fest zu etablieren bzw. zu vertiefen. Die SDP wird durch eine Reihe von Dialog- und Konsultationsmechanismen gestützt, die der Steuerung und dem Monitoring dienen:

- Ein neu initiiertes, jährlich stattfindendes strategischer Dialog auf (Außen-)Ministerebene, um die Aufsicht über die Beziehungen im Bereich Sicherheit und Verteidigung sicherzustellen und gegebenenfalls Leitlinien vorzugeben.
- Konsultationen zu Sicherheit und Verteidigung, die es schon seit 2015 gibt, jetzt jedoch aufgewertet wurden zu einem jährlichen Sicherheits- und Verteidigungsdialog auf der Ebene der Generaldirektoren, unter anderem um das allgemeine strategische Umfeld sowie aktuelle Sicherheits- und Verteidigungsfragen zu erörtern, Möglichkeiten für eine weitere Zusammenarbeit zu prüfen und Ergebnisse für Treffen auf Ministerebene vorzubereiten.
- Neue (beispielsweise zur Weltraumsicherheit) und vertiefte (beispielsweise zur Cybersicherheit) Dialoge mit dezidiert sicherheitsrelevanten Themen von gemeinsamem Interesse.

Konkret umfasst die Partnerschaft 15 spezifische Kooperationsfelder.² Diese Breite ist politisch sinnvoll, da sie beiden Seiten Raum für eine Zusammenarbeit in zahlreichen Sicherheitssektoren bietet. Gleichwohl bringt diese thematische Spannweite auch Herausforderungen bei der Umsetzung der SDP mit sich. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich eine strategische Schwerpunktsetzung innerhalb der 15 Felder ab, wobei sich zwischen Seoul und Brüssel hinsichtlich der Priorisierung durchaus Unterschiede feststellen lassen.

Cybersicherheit

Cybersicherheit ist ein bereits fest etabliertes Kooperationsfeld, in dem die Zusammenarbeit weit fort-

- 2 Die 15 Kooperationsbereiche sind: (1) Internationale Friedenssicherung und Krisenmanagement, (2) Maritime Sicherheit, (3) Cyberfragen, (4) Bekämpfung hybrider Bedrohungen, (5) Strategische Kommunikation und FIMI, (6) Kritische Infrastruktur, (7) Terrorismusbekämpfung und Prävention von gewalttätigem Extremismus, (8) Nichtverbreitung und Abrüstung, (9) Weltraumsicherheit und -verteidigung, (10) Ausbildung und Bildung, (11) Verteidigungsinitiativen und -fähigkeiten, (12) Friedensvermittlung, (13) Externe Aspekte der wirtschaftlichen Sicherheit, (14) Menschenhandel und organisierte Kriminalität, (15) Frauen, Frieden und Sicherheit.

geschritten ist. Bereits seit 2014 führen die beiden Seiten einen Cyberdialog, der im Rahmen der SDP weiter vertieft werden soll, unter anderem durch einen regelmäßigen Austausch über die Bedrohungslage, die jeweiligen politischen Rahmenbedingungen und die Abstimmung diplomatischer Reaktionen auf feindliche Cyberaktivitäten sowie durch die Koordination der Bemühungen zum Aufbau von Cyberkapazitäten. Da die praktische Cyberkooperation bisher vor allem auf politische Konsultationen, Bedrohungsaufklärung und Projekte zum Kapazitätsaufbau wie beispielsweise ESIWA+³ beschränkt ist, sieht die SDP mittelfristig die Ausweitung der Zusammenarbeit auf den operativen Bereich vor, etwa in Form von Übungen und gemeinsamen Krisensimulationen.⁴

Maritime Sicherheit

Die maritime Sicherheit ist angesichts der Abhängigkeit der EU und Südkoreas von offenen Seewegen ein weiterer wichtiger und bereits etablierter Bereich der Zusammenarbeit. Die Kooperation auf diesem Feld hat eine operative, institutionelle und praktische Dimension: operativ durch die Teilnahme Südkoreas an der Operation Atalanta, institutionalisiert durch ESIWA+ und die regelmäßigen Sicherheits- und Verteidigungskonsultationen und praktisch durch Informationsaustausch, Kapazitätsaufbau, gemeinsame Initiativen und Koordination in internationalen Foren.⁵ Die maritime Sicherheit ist damit einer der

3 Das ESIWA-Projekt (Enhancing Security Cooperation in and with Asia) ist eine Initiative der EU zur Stärkung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit asiatischen Partnern. Ziel ist es, den Austausch und die praktische Kooperation in Bereichen wie Cybersecurity, maritime Sicherheit, Krisenmanagement und Bekämpfung hybrider Bedrohungen zu intensivieren. ESIWA dient vor allem als Dialog- und Trainingsplattform, über die die EU mit Ländern wie Japan, Indien, Südkorea und anderen Partnern im Indo-Pazifik konkrete sicherheitspolitische Projekte umsetzt.

4 Südkorea und die EU (bzw. einzelne EU-Mitgliedstaaten) nehmen bereits regelmäßig an internationalen Cyberübungen teil, darunter Übungen des NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence. Auch bei Großübungen wie »Locked Shields« oder »Cyber Coalition« wirken südkoreanische und europäische Teilnehmer auf derselben Übungsplattform zusammen.

5 Vgl. etwa Ji-Hoon Yu, »European Efforts to Contribute to the Stable Indo-Pacific Maritime Security Environment and Implications for South Korea«, in: *Journal of the Korea Academia-Industrial Cooperation Society*, 25 (2024) 2, S. 514 – 521.

am weitesten entwickelten Kooperationsbereiche innerhalb der SDP. Gemeinsame Marineübungen sowie maritime Koordination zur Sicherung von Seewegen im indo-pazifischen Raum, vor allem aber die aktive Beteiligung Südkoreas an der Operation Atalanta, verdeutlichen, dass die maritime Sicherheit einen der wenigen Sicherheitsbereiche darstellt, in denen die Partnerschaft bereits eine konkrete operationale Erfolgsbilanz vorweisen kann.

Wirtschaftliche Sicherheit und kritische Technologien

Dieser Bereich hat in den bilateralen Beziehungen zunehmend an Bedeutung gewonnen, nicht zuletzt aufgrund des hart umkämpften Wettbewerbs in der Halbleiterproduktion, wegen wachsender Lieferkettenrisiken im Zusammenhang mit China und der massiven strategischen Abhängigkeiten, von denen beide Partner betroffen sind. Vor diesem Hintergrund etablierten die EU und Südkorea einen Strategic Dialogue on Trade, Supply Chains and Technology, der als Plattform für eine zielgerichtete Zusammenarbeit bei gemeinsamen geoökonomischen Prioritäten dienen soll wie wirtschaftliche Sicherheit, Versorgung mit kritischen Rohstoffen und Schutz der Lieferketten für Spitzentechnologie sowie im Segment Batterietechnologie. Die Kooperation zwischen der EU und Südkorea in diesem Bereich ist institutionalisiert, projektbasiert und strategisch. Sie umfasst unter anderem gemeinsame Forschung im Halbleiterbereich, eine Lieferkettenkooperation bei Batterien, Halbleitern und kritischen Rohstoffen sowie eine 2022 etablierte »digitale Partnerschaft« mit regelmäßigem Austausch und Zusammenarbeit insbesondere bei Zukunftstechnologien wie Quantentechnologien und High-Performance Computing.

Weltraumsicherheit

Weltraumsicherheit (Space Security) wurde im zweiten Security and Defence Dialogue vom Mai 2026 in Seoul explizit als eine der Prioritäten im Rahmen der SDP-Kooperation benannt. Als direktes Resultat etablierten beide Seiten einen speziellen Dialog zu dieser Thematik mit dem Ziel, sich mit Blick auf aufkommende Bedrohungen und hinsichtlich der Entwicklung globaler Governance-Regeln für den Weltraum enger abzustimmen. Die Weltraumsicherheit ist ein vergleichsweise neuer Kooperationsbereich zwischen der EU und Südkorea und als solcher (noch) nicht kon-

kret operationalisiert. Das Thema wird jedoch insbesondere von EU-Seite zunehmend strategisch priorisiert. Die Europäer sind dabei vor allem an einer Zusammenarbeit in den Teilbereichen Space Situational Awareness, Space Traffic Management und Schutz raumgestützter Dienste für Kommunikation, Navigation und Beobachtung interessiert. Südkorea verfolgt mit der Kooperation in diesem Politikfeld vor allem industrielle und außenpolitische Ziele, die vom Zutritt zu Märkten und Technologiekooperation bis zur Einbindung in westliche Sicherheitsnetzwerke reichen.

Rüstungsindustrien

Der Austausch über Belange der Rüstungsindustrie ist nicht zuletzt deshalb von Bedeutung, weil sich Südkorea zu einem immer wichtigeren Akteur in diesem Industriezweig entwickelt hat und mehrere europäische Staaten wie Polen, Rumänien, Norwegen und Estland zunehmend koreanische Systeme kaufen. Themen wie der Schutz und die Stabilisierung rüstungsindustrieller Lieferketten und die Stärkung der industriellen Widerstandsfähigkeit werden vor diesem Hintergrund weiterhin ein Hauptgegenstand der Kooperation auf diesem Gebiet bleiben. Gleichwohl ist die rüstungsindustrielle Zusammenarbeit wohl auch jener Bereich, in dem kommerzieller Wettbewerb, Exportkontrollen und strategische Bedenken in einigen europäischen Hauptstädten den Fortschritt am ehesten verlangsamten dürften.

Südkoreas Interesse an der SDP

Südkorea erhofft sich von der Sicherheitspartnerschaft mit der EU Unterstützung im Umgang mit der Bedrohung durch Nordkorea. Konkret wünscht sich Seoul eine verbesserte Koordination der internationalen Sanktionen, weiterreichende Erkenntnisse zur militärischen Zusammenarbeit zwischen Nordkorea und Russland und allgemein einen intensiveren Austausch von Geheimdienstinformationen. Darüber hinaus erhofft sich Seoul eine engere Zusammenarbeit bei nichttraditionellen Sicherheitsfeldern. Die Partnerschaft mit Europa ermöglicht es Südkorea, seine außenpolitischen und wirtschaftlichen Optionen zu diversifizieren. Ein weiterer wichtiger Beweggrund für Seoul ist die Rüstungsindustrie. In den vergangenen Jahren hat sich Südkorea für mehrere EU-Mitglieder zu einem bedeutenden rüstungsindustriellen Part-

ner entwickelt. Das Land strebt eine weitere Erschließung des wichtigen EU-Marktes an, etwa durch neue Partnerschaften mit europäischen Unternehmen. Im September 2025 reichte Seoul ein formelles Gesuch bei der Europäischen Kommission zur Beteiligung am Rüstungsprogramm SAFE (Security Action for Europe) ein. Doch die Rüstungszusammenarbeit ist für Seoul nicht nur ein wirtschaftliches Projekt. Vielmehr begreift Südkorea die SDP als ein weiteres Instrument, um politische Bindungen zu EU-Mitgliedstaaten zu vertiefen und sein Profil als verlässlicher Sicherheitspartner zu schärfen.

Implementierungsherausforderungen

Die größte Herausforderung der Partnerschaft ist nicht der Mangel an politischer Unterstützung, sondern die Kluft zwischen allgemeiner Übereinstimmung und praktischer Umsetzung. Zwar sind sich die EU und Südkorea einig, dass die Sicherheitssphären im Indo-Pazifik und in Europa nicht mehr voneinander zu trennen sind und beide Seiten eine Reihe gemeinsamer Sicherheitsanliegen haben. Gleichwohl teilen Südkorea und die EU nicht notwendigerweise die Ansichten darüber, welche Bereiche und Projekte priorisiert und wie Kooperation in diesen konkret operationalisiert werden soll. Die EU neigt dazu, Südkorea im Kontext eines umfassenderen Engagements im indo-pazifischen Raum, der sicherheitspolitischen Auswirkungen der Zusammenarbeit zwischen Russland und Nordkorea und des Ziels der Resilienzerhöhung zu betrachten. Südkorea hingegen muss in seinen strategischen Überlegungen stets die koreanische Halbinsel im Fokus behalten. Die Partnerschaft ist dort am stärksten, wo sich diese Prioritäten überschneiden – etwa in den Bereichen Cybersicherheit, Nonproliferation und hybride Bedrohungen; sie wird weniger selbstverständlich, wo sie auseinandergehen.

Ein Risiko, das mit dem breiten Spektrum der avisierten Kooperationsbereiche verknüpft ist, besteht in einer strategischen Überdehnung, da eine sichtbare Umsetzung der SDP Mittel, Personal, politische Aufmerksamkeit und eine klare Verantwortungskette erfordert. Eine weitere Herausforderung ist die politische Kontinuität. Die Außen- und Sicherheitspolitik Südkoreas kann von innenpolitischen Verschiebungen beeinflusst werden, und die EU sieht sich konkurrierenden Anforderungen gegenüber, etwa jener, globale Sicherheitsambitionen mit europäischen Krisenprioritäten in Einklang zu bringen. Das Tempo

der Partnerschaft wird wesentlich davon abhängen, ob die beiden Seiten ihr Engagement über Wahlzyklen und politische Kurswechsel hinweg aufrechterhalten können. Ein dritter Schlüsselfaktor werden regulatorische und industrielle Reibungspunkte sein. Südkoreanische Rüstungsgüter werden in Europa zunehmend wettbewerbsfähig, was sowohl Chancen als auch Friktionen mit sich bringt. Denn neue industrielle Kooperationen werden vermehrt Fragen rund um Ausfuhrgenehmigungen, Intellectual Property, Technologietransfer sowie gemeinsame Drittlandsexporte aufwerfen.

Fazit

Die SDP zwischen der EU und Südkorea besitzt erhebliches Potential, um den Herausforderungen einer zunehmend fragmentierten und geopolitisch umkämpften internationalen Ordnung zu begegnen. Beide Seiten teilen zentrale Interessen im Hinblick auf die Bewältigung verschiedener sicherheitspolitischer Risiken, insbesondere in den Bereichen Cyber-, Technologie- und maritime Sicherheit sowie hybride Bedrohungen. Vor dem Hintergrund der wachsenden sicherheitspolitischen Verflechtung zwischen Europa und dem Indo-Pazifik kann eine vertiefte Kooperation die strategische Handlungsfähigkeit beider Akteure stärken.

Die Glaubwürdigkeit der Sicherheitspartnerschaft wird davon abhängen, ob es gelingt, politische Prioritäten zu bündeln.

Die Glaubwürdigkeit der Sicherheitspartnerschaft wird jedoch maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, politische Prioritäten zu bündeln und konkrete, messbare Ergebnisse zu erzielen.

Entscheidend für den Erfolg der SDP ist daher der Übergang von einem überwiegend konsultativen Rahmen hin zu einer praxisorientierten und operativ ausgerichteten Sicherheitskooperation. Die EU und Südkorea sollten belastbare Kooperationsmechanismen in klar priorisierten Bereichen aufbauen, insbesondere bei den Agendapunkten Cybersicherheit, maritime Sicherheit, wirtschaftliche Sicherheit und hybride Bedrohungen. Ergänzend dazu gewinnt die Zusammenarbeit beim Thema Nichtverbreitung, bei Rüstungsfragen und beim Schutz kritischer Infrastrukturen an Bedeutung.

Eine solche funktionale Sicherheitskooperation erfordert den Aufbau interoperabler Prozesse, eine tiefe institutionelle und strukturelle Vernetzung zwischen Sicherheitsbehörden, Regulierungsinstitutionen, Technologieakteuren und Betreibern kritischer Infrastrukturen. Eine elementare Voraussetzung hierfür wäre der Abschluss eines belastbaren Informationssicherheitsabkommens, das den Austausch sensibler Daten und die Zusammenarbeit auf operativer Ebene regelt. Entsprechende Bestrebungen zur Aufnahme diesbezüglicher Verhandlungen wurden beim jüngsten EU-Südkorea-Gipfel im Juni 2026 bekräftigt.

Damit die Partnerschaft diesen Anforderungen gerecht werden kann, sollte sie sich auf eine begrenzte Anzahl prioritärer Handlungsfelder konzentrieren, in denen bereits institutionelle Grundlagen, gemeinsame Bedrohungswahrnehmungen und ein politischer Mehrwert bestehen, wie etwa die Bereiche Cyber-, maritime und wirtschaftliche Sicherheit sowie Rüstungsbeziehungen. Eine realistische Umsetzungsstrategie setzt zudem voraus, dass unzweideutige Roadmaps mit konkreten Meilensteinen, klaren Verantwortlichkeiten auf Ministerial- und Institutionsebene sowie Mechanismen zur regelmäßigen Evaluierung der Fortschritte erarbeitet werden. Ohne eine solche operative Disziplin droht die SDP in einer Vielzahl unverbindlicher Absichtserklärungen zu verharren, anstatt sich zu einem handlungsfähigen sicherheitspolitischen Kooperationsrahmen zwischen der EU und Südkorea zu entwickeln.

Tobias Scholz/Fagun Singh

Die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft mit Indien: Ein strategisches Rahmenwerk mit drei Signalfunktionen

Für die Europäische Union ist Indien ein zunehmend wichtiger, aber weiterhin komplexer Partner. Zwar beschlossen die EU und Indien bereits 2004 eine sogenannte Strategische Partnerschaft,¹ von einer Priorisierung Neu-Delhis als Partner kann jedoch erst ab 2022 gesprochen werden. Die Entscheidung, die Beziehungen mit Indien zu erweitern und zu vertiefen, ist dabei insbesondere im Kontext der außen- und sicherheitspolitischen Krisen Europas zu verstehen. So haben der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die neuen Zoll- und Handelspolitiken in Washington und Beijing Indiens Bedeutungsgewinn für Europa in den vergangenen Jahren beschleunigt. Indiens hervorgehobene Rolle bei den Bemühungen der EU um Diversifizierung ihrer Partnerschaften lässt sich vor allem damit erklären, dass das Land in sehr unterschiedlichen Politikfeldern als Teil neuer außenpolitischer Lösungsansätze gesehen wird. So beschlossen die EU und Indien im Januar 2026 neben der Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft (SDP) auch ein Freihandelsabkommen (FTA) sowie eine Rahmenvereinbarung für die Kooperation bei Migration und Mobilität.² Der Aufstieg Indiens als Sicherheits- und Verteidigungspartner der EU ist also vor dem Hintergrund dieses grundsätzlichen Bedeutungsgewinns zu betrachten.

Im Vergleich zu den anderen Akteuren, mit denen die EU bisher Sicherheitspartnerschaften abgeschlos-

sen hat, sticht Indien aus verschiedenen Gründen heraus. Indien gehört historisch betrachtet nicht zum Kreis alliierter Staaten des Westens, sondern strebt seit seiner Unabhängigkeit 1947 eine möglichst autonome Außenpolitik an. Eine engere sicherheits- und rüstungspolitische Kooperation mit der Sowjetunion und später Russland verhinderten aus europäischer Sicht lange eine ernsthafte politische Annäherung. Noch heute sind die indischen Streitkräfte stark von russischen Waffensystemen, Ersatzteilen und Instandhaltungsarbeiten abhängig. Hinzu kommt, dass die sicherheitspolitischen Eliten in der EU und Indien wegen der Konzentration auf ihre jeweilige Region bis etwa 2020 nur wenig strategische Konvergenzen feststellten.

Im Folgenden wird der Abschluss der SDP in die jüngere Geschichte der europäisch-indischen Beziehungen eingeordnet. Daran schließt sich eine Besprechung der identifizierbaren Schwerpunkte in der Sicherheits- und Verteidigungskooperation an. Am Schluss werden die drei politischen Bedeutungsebenen der Sicherheitspartnerschaft erläutert.

Hintergründe des europäisch-indischen Rapprochements

Die indischen Atomtests im Mai 1998 markieren den Beginn einer ernsthaften Befassung westlicher Staaten mit Indien als sicherheitspolitischem Akteur. Zunächst lösten die Tests aber Proteste und Gegenreaktionen aus. Länder wie Japan, Deutschland und Schweden setzten ihre bilaterale Hilfe für Indien aus, die USA antworteten gar mit Sanktionen.³ Mit

1 Ministry of External Affairs, Government of India, »Joint Press Statement for 5th India-EU Summit«, 8.11.2004, <https://www.mea.gov.in/bilateral-documents?dtl/7470/Joint_Press_Statement_for_5th_IndiaEU_Summit>. Sofern nicht anders angegeben, wurden alle genannten Internetquellen zuletzt am 8.6.2026 aufgerufen.

2 Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union, *Gipfeltreffen EU-Indien*, 27. Januar 2026, Brüssel, 27.1.2026, <www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2026/01/27/>.

3 Charan D. Wadhwa, »Costs of Economic Sanctions: Aftermath of Pokhran II«, in: *Economic and Political Weekly*, 33 (1998) 26, S. 1604 – 1607.

der Jahrtausendwende setzte jedoch insbesondere in Washington ein Umdenken hin zu einer entgegenkommenderen Diplomatie ein. Ein treibender Faktor war die Politik von Präsident George W. Bush, der die belasteten Beziehungen durch ein bilaterales ziviles Nuklearabkommen auf eine neue Grundlage stellen wollte. Innerhalb Europas war es Frankreich, das 1998 als erster europäischer Staat eine sogenannte strategische Partnerschaft mit Indien einging.⁴ Bei der außenpolitischen Elite Neu-Delhis genießt Frankreich auch deshalb bis heute einen hohen Stellenwert, da Paris in Indien den Eindruck vermittelt, eine Partnerschaft zwischen zwei strategisch autonomen Staaten auf Augenhöhe zu führen.

In den Jahren 2000 und 2004 folgten Deutschland und die Europäische Union Frankreichs Beispiel und schlossen eine strategische Partnerschaft mit Indien. Doch die frühe Annäherung Frankreichs schuf die Voraussetzung dafür, dass dessen sicherheitspolitische Beziehungen mit Indien bis heute die tiefsten und umfassendsten unter den EU-Mitgliedern sind. Insbesondere die rüstungspolitische Dimension sticht hervor. Eindrucksvolle Beispiele dafür, dass Frankreich hinter Russland zum zweitgrößten Waffenlieferanten Indiens aufsteigen konnte, sind die Kaufverträge über sechs U-Boote der Scorpène-Klasse 2005 und über 36 Rafale-Kampfflugzeuge 2016. Dass Paris bereits 1993 begonnen hat, regelmäßig gemeinsame Marineübungen mit Indien durchzuführen, die EU und Indien jedoch erst 2021, unterstreicht Frankreichs Rolle als Vorreiter.⁵

Während die USA Indien im Rahmen ihrer sogenannten Pivot-to-Asia-Politik ab 2011 als einen zentralen Partner identifizierten, um Chinas Einfluss im Indo-Pazifik einzuhegen, formulierte die EU in den 2010er Jahren keine sicherheitspolitische Vision für die Region. Auf europäischer Ebene eröffneten letztlich drei wichtige Entwicklungen Chancen für eine intensivere Annäherung an Indien. Zunächst

führte die Einstufung Chinas als »systemischer Rivale«⁶ dazu, dass die bisherige China+1-Debatte über die Diversifizierung von Handels- und Investitionspartnerschaften um eine Decoupling-Diskussion ergänzt wurde.

Maßgeblich für den Bedeutungsgewinn Indiens für die europäische Politik war der Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Maßgeblich für den Bedeutungsgewinn Indiens für die europäische Politik war der Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Indien betrachtete sich in dem Krieg als neutraler Staat und enthielt sich bei Abstimmungen in den Vereinten Nationen. Daraufhin startete die EU eine diplomatische Charmeoﬀensive gegenüber Indien. Bei ihrem Besuch des Raisina-Dialogs, einer jährlich stattfindenden Sicherheitskonferenz in Neu-Delhi, kündigte EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen im April 2022 in Anwesenheit des indischen Premierministers Narendra Modi an, dass die Beziehungen zu Indien für die EU in den kommenden zehn Jahren Priorität haben werden.⁷ Im Juni sendeten beide Seiten ein weiteres starkes politisches Signal der Annäherung aus, indem die Gespräche über ein gemeinsames Freihandelsabkommen wiederaufgenommen wurden.⁸ In ihrer Rede beim Raisina-Dialog nahm die Kommissionspräsidentin jedoch deutlich Bezug auf die sicherheitspolitische Dringlichkeit einer ausgeprägteren Sicherheitspartnerschaft. Dass die EU und Indien mit dem Trade and Technology Council (TTC)⁹ zudem ein hochrangiges Dialogforum einrichteten, das Brüssel bis dato nur mit den USA unterhalten hatte, war ein

4 Ministry of External Affairs, Government of India, *India-France Bilateral Brief*, Neu-Delhi, Februar 2026, <<https://www.mea.gov.in/Portal/ForeignRelation/India-France-Bilateral-Brief.pdf>>.

5 Frankreichs gemeinsame Marineübungen, die ab 2001 als »Varuna«-Übungen bezeichnet wurden, blieben jedoch nicht die einzigen zwischen Indien und den EU-Staaten. Seit 2024 finden vermehrt auch Übungen zwischen Indien und Deutschland statt. Griechenland lud Indien 2025 als Teilnehmer zu seiner multinationalen Luftübung Iniochos ein. Frankreich verfügt mittlerweile über verschiedene regelmäßige Übungsformate bei allen drei Teilstreitkräften.

6 European Commission, *EU-China – A Strategic Outlook*, Straßburg, 12.3.2019, <<https://commission.europa.eu/system/files/2019-03/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf>> (Zugriff am 11.6.2026).

7 European Commission, *Speech by President von der Leyen at the Raisina Dialogue*, Neu-Delhi, 25.4.2022, <https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/en/speech_22_2647/SPEECH_22_2647_EN.pdf>.

8 Bereits zwischen 2007 und 2013 hatten die EU und Indien Verhandlungen über ein gemeinsames Freihandelsabkommen geführt.

9 Angelos Delivorias, *EU-India Trade and Technology Council*, Brüssel: European Parliamentary Research Service, Januar 2024, <[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2024/757587/EPRS_ATA\(2024\)757587_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2024/757587/EPRS_ATA(2024)757587_EN.pdf)>.

weiteres Zeichen für die zunehmende Bedeutung Indiens in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU.

Im Folgenden erfuhr die politische Annäherung zwischen der EU und Indien durch eine steigende Zahl gegenseitiger Besuche und durch neue Abkommen und Kooperationsformen sichtbare Belebung. Andererseits lassen sich im Bereich Sicherheitspolitik drei Spannungsfelder feststellen:

Erstens kursierte bei vielen europäischen Akteuren die Idee, dass man durch engere Zusammenarbeit mit Indien Russland als privilegierten Partner Neu-Delhis ablösen könne. Dem Umstand, dass Indien die EU nicht als Ersatz für Russland, sondern als Diversifizierungspartner betrachtet, wurde in Europa insgesamt weniger Beachtung geschenkt.

Zweitens präzisierten die beiden Partner zu keinem Zeitpunkt ihre Vorstellungen über die Verschränkung europäischer und indo-pazifischer Sicherheit. Dass in diesem Punkt nach wie vor große Divergenzen bestehen, zeigte sich, als der indische Außenminister Subrahmanyam Jaishankar auf einer Sicherheitskonferenz in der Slowakei forderte, dass Europa aufhören müsse, seine Probleme als Probleme der gesamten Welt zu betrachten, während es die Herausforderungen im Rest der Welt nicht ernst genug nehme.¹⁰ Eine vertiefte Auseinandersetzung über die Gegensätze, die aus den uneinheitlichen geopolitischen Perspektiven der EU und Indiens resultieren, blieb jedoch auch danach weitgehend aus.

Drittens zeichnete sich ab, dass bei der Weiterentwicklung der strategischen Partnerschaft zwei unterschiedliche politische Kulturen aufeinandertreffen. Europäische Vertreter:innen griffen gern auf einen in der Vergangenheit bewährten außenpolitischen Ansatz zurück und betonten gegenüber Indien immer wieder das Vorhandensein normativer Gemeinsamkeiten wie geteilter demokratischer Werte und Institutionen als zentrale Faktoren, welche die bilaterale Konvergenz begründen würden. Indien strebt traditionell hingegen keine permanente Bindung an einen seiner Partner an. Zwar bedienen führende indische Politiker:innen ebenfalls gerne normative

Narrative wie das der Freundschaft oder des gemeinsamen zivilisatorischen Bandes. Doch im Kern des indischen Selbstverständnisses geht es um die langfristige Stärkung indischer Interessen; Wertekongruenz spielt eine untergeordnete Rolle.

In der Praxis stellten die drei genannten Spannungsfelder zwischen der EU und Indien Irritationsquellen dar, hatten jedoch wegen des gemeinsamen Interesses an Diversifizierung nicht das Potential, die Vertiefung der politischen Beziehungen als solche zu bremsen oder gar zu blockieren. So unterstrich der gemeinsame Indien-Besuch von der Leyens mit dem gesamten Kommissionskollegium im Februar 2025 das nachhaltige und dringliche Interesse der EU an einer Intensivierung des Verhältnisses. Im Juni fand der erste bilaterale »Strategic Dialogue on Foreign and Security Policy« im Track-1.5-Format statt. Zudem stellte die Europäische Kommission im September mit der »Neuen strategischen Agenda EU-Indien« das erste Grundsatzpapier zur Partnerschaft mit Neu-Delhi vor, ein Dokument, in dem die Konturen einer möglichen Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft bereits vorgezeichnet sind.¹¹

Wunschzettel statt Priorisierung

Im Januar 2026 mündete die Annäherung zwischen der EU und Indien während des Besuchs der EU-Kommissionspräsidentin und des Präsidenten des Europäischen Rats in Neu-Delhi in drei bilaterale Beschlüsse: ein Freihandelsabkommen, die Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft sowie ein neues Rahmenabkommen in den Bereichen Migration und Mobilität. Die SDP ist in erster Linie als Rahmenwerk zu verstehen, das der EU dazu dienen soll, die Beziehungen mit Indien auf diversen Feldern zu vertiefen. So listet die Internetseite des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) ganze 17 Themengebiete auf, in denen die Zusammenarbeit verstärkt werden soll. Im Folgenden werden die Kooperationen in den Bereichen maritime Sicherheit, Cybersicherheit, Terrorismusabwehr und Rüstung genauer betrachtet, da Indien und die EU hier bereits über etablierte Kooperationsformen verfügen und somit künftig auf bestehenden Formaten aufbauen können.

¹⁰ Sourav Roy Barman, »Europe Has to Grow out of Mindset that Its Problems Are World's Problems: Jaishankar«, in: *The Indian Express*, 4.6.2022, <<https://indianexpress.com/article/india/europe-has-to-grow-out-of-mindset-that-its-problems-are-worlds-problems-jaishankar-7951895/>>. Das Originalzitat von Jaishankar lautet: »Europe has to grow out of the mindset that Europe's problems are the world's problems but the world's problems are not Europe's problems.«

¹¹ European Commission, *Joint Communication to the European Parliament and the Council on a New Strategic EU-India Agenda*, Brüssel, 17.9.2025, <www.eeas.europa.eu/sites/default/files/2025/documents/JOIN_2025_50_1_EN_ACT_part1_v9.pdf>.

Die maritime Sicherheit ist das am weitesten entwickelte Feld der bilateralen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit.

Die maritime Sicherheit ist das am weitesten entwickelte Feld der bilateralen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Diese soll nun im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft noch weiter konsolidiert werden. Die besondere Bedeutung der Kooperation bei diesem Thema ist darauf zurückzuführen, dass beide Partner ein ausgeprägtes Interesse am Schutz der See- und Schifffahrtswege im Indischen Ozean haben. Die Anfänge der Zusammenarbeit gehen vor allem auf die Indo-Pazifik-Strategie der EU aus dem Jahr 2021 zurück, in der Indien als wichtiger Partner in der Region (für gemeinsame Übungen und Hafenaufenthalte) identifiziert wurde.¹² Im selben Jahr kamen die EU und Indien erstmals zu einem Dialog zur maritimen Sicherheit zusammen, der seither regelmäßig stattfindet. Zudem wirkt die indische Marine seit 2021 verstärkt innerhalb der Anti-Piraterie-Operation Atalanta mit. Im vergangenen Jahr legten mit der *ESPS Reina Sofia* und der *ITS Antonio Marceglia* auch die ersten europäischen Marineschiffe im Rahmen einer EU-Mission in einem indischen Hafen an. 2023 führten die Seestreitkräfte der beiden Akteure zum ersten Mal eine gemeinsame Übung im Golf von Guinea durch. Weitere Manöver mit indischer Beteiligung folgten. Für die EU sind diese Einsätze Teil ihrer Politik der Coordinated Maritime Presence (CMP). Indien betrachtet sie als einen regionalen Sicherheits- und Stabilitätspartner, mit dem es künftig noch mehr strukturierte Koordination und Kommunikation etablieren und Interoperabilität herstellen will.

Cybersicherheit und Terrorismusbekämpfung stellen zwei weitere Bereiche dar, in denen die EU und Indien ebenfalls bereits vor Abschluss der SDP in erheblichen Umfang kooperiert haben. Die Terrorismusbekämpfung hat für Indien aufgrund der anhaltenden Bedrohung der inneren Sicherheit hohe Priorität. Im Rahmen dieser Dialogserie haben die EU und Indien bereits 15 Konsultationen abgehalten. Die Zusammenarbeit bei der Cybersicherheit entwickelte sich 2010 aus den gemeinsamen Gesprächen zur

Terrorismusbekämpfung. Im Jahr 2015 riefen die beiden Partner einen eigenen Cyberdialog als Teil ihres allgemeinen Informationsaustauschs über Sicherheitsfragen ins Leben.¹³ Indien ist zudem Partner des Projekts Enhancing Security Cooperation in and with Asia (ESIWA), das seit 2020 einen hochrangigen bilateralen Austausch zu Cybersicherheitsthemen ermöglicht. In beiden Politikfeldern verbindet die Partner ein gemeinsames Interesse am Austausch über Gefahrenpotentiale, über Maßnahmen zur Erhöhung der Resilienzmaßnahmen und über bewährte Praktiken im Umgang mit Terrorismus- und Cyberrisiken.

Zuletzt ist auch die Zusammenarbeit im Rüstungssektor zu nennen, die in den vergangenen Jahren wie bereits erwähnt an Dynamik gewonnen hat. Hier bildet die Sicherheitspartnerschaft einen neuen europäischen Rahmen, wobei die Handlungsebene hauptsächlich nationalstaatlich ist. Indien, derzeit weltweit zweitgrößter Waffenimporteur, strebt eine Diversifizierung seiner Importe weg von Russland an. Dabei hat Neu-Delhi vor allem europäische Staaten in den Blick genommen. Im Februar 2026 einigten sich Frankreich und Indien vorläufig auf den Abschluss eines Vertrags über weitere 114 Rafale-Kampfflugzeuge. Zudem erwägt Neu-Delhi derzeit den Erwerb von sechs Jagd-U-Booten des deutschen Herstellers ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS). Zusammengekommen könnte die EU in den nächsten Jahren zu Indiens größtem Partner bei der Beschaffung von Großsystemen werden. Die indische Regierung betrachtet die EU jedoch nicht nur als Verkäufer. Sie fordert im Sinne ihres Programms Atmanirbhar Bharat (Selbständiges Indien), dass wesentliche Schritte des Entwicklungs- und Produktionsprozesses der bestellten Systeme auch in Indien umgesetzt werden und sich so eine eigene Rüstungsindustrie etablieren kann. Interesse besteht auch an der Möglichkeit, Zugang zur EU-Initiative Security Action for Europe (SAFE) zu erhalten, damit indische Firmen künftig stärker in Liefer- und Produktionsketten europäischer Rüstungsproduktion eingebunden werden können.

12 European Commission, *Joint Communication to the European Parliament and the Council – The EU Strategy for Cooperation in the Indo-Pacific*, Brüssel, 16.9.2021, <https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/jointcommunication_2021_24_1_en.pdf>.

13 Tobias Scholz/Sameer Patil, *Assessing the Achievements and Challenges of EU-India Cybersecurity Cooperation*, Neu-Delhi: Observer Research Foundation (ORF), 27.2.2024, <www.orfonline.org/research/assessing-the-achievements-and-challenges-of-eu-india-cybersecurity-cooperation>.

Drei Ebenen der politischen Positionierung

Die EU und Indien sehen in der SDP ein Instrument, das ihren strategischen, sich stetig vertiefenden Beziehungen einen stabilen Rahmen verleiht. Die Sicherheitspartnerschaft betreibt dabei zum einen Inventur, indem sie bestehende Kooperationsfelder bündelt und unter ihr Dach nimmt, zum anderen ist sie eine Absichtserklärung für die künftige Zusammenarbeit. Ein zentraler Befund dieses Beitrags ist, dass sicherheitspolitische Krisen die EU und Indien zwar näher zusammengebracht haben, die intensivste strategische Kooperation jedoch dort stattfindet, wo konkrete bilaterale Interessensüberschneidungen vorhanden sind.

Für die EU bleibt die Perspektive, die sie mit der Sicherheitspartnerschaft mit Indien verknüpft, weiterhin eine der besonderen Art, da die SDP trotz der Erweiterung der strategischen Partnerschaft keine strategische Konvergenz, sondern die Stärkung der jeweiligen nationalen Fähigkeiten zum Ziel hat. Im Falle Indiens stellt die Sicherheitspartnerschaft demnach keinen Schritt in Richtung eines neuen Allianzsystems dar. Für die EU und Indien ist die SDP vor allem ein diplomatisches Rahmenwerk, das politische Signalwirkungen auf drei verschiedenen Ebenen bezwecken soll.

Erstens ist die Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Indien ein gegenseitiges Bekenntnis zueinander. Sie impliziert nicht, dass schwierige Themen wie Indiens Russland-Beziehungen im Kontext der Partnerschaft an Bedeutung verlieren; eher können kontroverse Themen nun in der Gewissheit der Existenz einer übergeordneten Absichtserklärung im Sicherheits- und Verteidigungsbereich diskutiert werden.

Zweitens sendet die Sicherheitspartnerschaft in der EU auch ein Signal nach innen. So bietet die sehr breite Prioritätenliste nun vor allem für Mitgliedstaaten neue Anreize und konkrete Anknüpfungspunkte, um sich ihrerseits stärker mit möglichen Win-win-Konstellationen zu beschäftigen, die sich mit dem neuen Abkommen bieten. In dem Zusammenhang begünstigt die Sicherheitspartnerschaft auch eine alle Mitgliedstaaten betreffende Vergewisserung, dass Indien ein Partner ist, eine politische Selbstverortung, die letztlich die Indien-Politik Frankreichs (sowie in Ansätzen auch Deutschlands) auf europäischer Ebene verankert.

Drittens geht von der Sicherheitspartnerschaft auch ein Signal nach außen aus. Zwar bahnt sich zwischen der EU und Indien keine Allianz der Mittelkräfte an. Doch der Tatbestand, dass hier zwei gewichtige internationale Akteure zusammenkommen und gemeinsam an völkerrechtliche Grundlagen der internationalen Ordnung appellieren, ist unmissverständlich auch als politisches Zeichen gegen ein ungehemmtes Agieren der Großmächte zu verstehen.

Hürcan Aslı Aksoy/Yaşar Aydın

Die Türkei und die EU: Nicht institutionell eingebunden, aber doch dabei

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei sind von einer grundlegenden Ambivalenz geprägt. Sicherheitspolitisch bleibt die Türkei für Europa ein zentraler Akteur: als Nato-Mitglied mit der zweitgrößten Armee des Bündnisses, als regionale Macht im Schwarzen Meer und östlichen Mittelmeer sowie als wichtiger Standort der europäischen Verteidigungs- und Industriekooperation. Gleichzeitig wird Ankara innerhalb der EU-Strukturen weniger als potentieller Sicherheitspartner, sondern als externer geopolitischer Akteur wahrgenommen.

Dieses Spannungsverhältnis wurde zuletzt durch eine Äußerung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im April 2026 sichtbar. Mit Blick auf geopolitische Turbulenzen und globale Machtverschiebungen forderte sie, Europa müsse sich »völlig neu aufstellen«, und fügte hinzu: »Es muss uns gelingen, den europäischen Kontinent zu vervollständigen, damit er nicht russisch, türkisch oder chinesisch beeinflusst wird. Wir müssen größer und geopolitisch denken.«¹ Die Aussage stieß in der Türkei auf deutliche Kritik, da Ankara damit in eine Reihe mit geopolitischen Rivalen der EU gestellt wurde, obwohl die Türkei tief in europäische Sicherheits- und Wirtschaftsstrukturen eingebunden ist.

Die geopolitischen Umbrüche der vergangenen Jahre haben die strategische Bedeutung der Türkei für Europa zusätzlich erhöht. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, der abnehmende sicherheitspolitische Impact der USA in Europa sowie vermehrte regionale Konflikte und Prozesse des Staatszerfalls in der südlichen Nachbarschaft verstärken innerhalb der EU die Debatten über europäische Verteidigungs-

fähigkeit, Resilienz und neue Sicherheitspartnerschaften. Ankara bemüht sich vor diesem Hintergrund vermehrt darum, seine Rolle als Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur auszubauen und institutionell stärker zu verankern. Zugleich strebt die Türkei eine Vertiefung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen mit der EU an, insbesondere in den Bereichen Verteidigungsindustrie, Konnektivität und Handel.

Sicherheitspolitisch ist die Türkei über die Nato eng mit der EU verbunden; wirtschaftspolitisch hat das Land eine seit 1995 bestehende Zollunion mit der EU. Die EU ist der größte Handelspartner der Türkei, größter Absatzmarkt, wichtigster Lieferant hochtechnologischer Importgüter, Investor und Kapitalversorger. Während türkische Zulieferer in die europäischen Wertschöpfungsketten integriert sind, produzieren viele europäische Unternehmen in der Türkei und nutzen das Land als Sprungbrett zu Märkten in Afrika, Asien und Nahost.

Die sicherheitspolitische Kooperation zwischen der EU und der Türkei entwickelt sich zunehmend pragmatisch.

Dennoch bleiben die Beziehungen politisch fragil. Während die geopolitische Lage und die sicherheitspolitischen Fähigkeiten der Türkei für die EU von erheblicher Bedeutung sind, betrachtet Ankara die EU zwar als wichtigen wirtschaftlichen und technologischen Partner, jedoch nur eingeschränkt als eigenständigen geopolitischen Akteur. Die sicherheitspolitische Kooperation entwickelt sich daher zunehmend pragmatisch, transaktional sowie interessengeleitet, ohne dass die politischen Konflikte zwischen beiden Seiten überwunden würden oder wären. Seit dem EU-Beitritt der Republik Zypern im Jahr 2004 verhindern der ungelöste Zypernkonflikt und die daraus resultierenden Blockaden in der EU, dass Brüssel und Ankara ihre institutionelle Zusammenarbeit ausbauen.

¹ Vgl. Hella Kemper, »Ursula von der Leyen fordert von Europa, sich völlig neu aufzustellen«, in: *Die Zeit*, 19.4.2026, <<https://www.zeit.de/politik/2026-04/80-jahre-zeit-ursula-von-der-leyen-europa-hamburg-eu-kommissionspraesidentin-giovanni-di-lorenzo>>. Sofern nicht anders angegeben, wurden alle Onlinequellen zuletzt am 30.9.2026 aufgerufen.

Der vorliegende Beitrag analysiert vor diesem Hintergrund die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei sowie die politischen und institutionellen Grenzen einer vertieften Partnerschaft.

Sicherheitspolitische Zusammenarbeit der EU mit der Türkei

Eine formale Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft (Security and Defence Partnership, SDP) zwischen der EU und der Türkei besteht bislang nicht. Damit gehört die Türkei neben den USA und dem EU-Beitrittskandidaten Montenegro zu den wenigen Nato-Mitgliedern außerhalb der Union, die über keine solche Partnerschaft mit der EU verfügen. Die Türkei ist weder in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) noch in die verteidigungspolitischen Strukturen der EU institutionell eingebunden. In verschiedenen regionalen Konfliktkontexten ist die Türkei für die EU dennoch von erheblicher strategischer Bedeutung. Die Beziehungen sind daher von einem strukturellen Widerspruch geprägt: hohe sicherheitspolitische Relevanz bei gleichzeitig begrenzter institutioneller Integration.

Besonders deutlich zeigt sich dies seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Die Türkei unterstützte die territoriale Integrität der Ukraine, leistete dem Land militärische Hilfe, unter anderem durch die Lieferung bewaffneter Drohnen, und wandte die Bestimmungen der Montreux-Konvention an, indem sie die türkischen Meerengen für Kriegsschiffe der Konfliktparteien sowie Kriegsschiffe von Nichtanrainern schloss.² Dadurch wurde die Verlegung zusätzlicher russischer Marineeinheiten ins Schwarze Meer ebenso verhindert wie die Einfahrt von Kriegsschiffen externer Staaten. Die türkische Regierung versuchte gleichzeitig, ihre Kommunikationskanäle zu beiden Konfliktparteien offenzuhalten und sich als Vermittler zu positionieren.

Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei erfolgt überwiegend pragmatisch und außerhalb institutioneller EU-Strukturen. Die zentrale Klammer bleibt die Nato. Dies gilt auch für die Beteiligung der Türkei an der

von Deutschland vorgeschlagenen und lancierten European Sky Shield Initiative (ESSI), die den Aufbau eines gemeinsamen bodengestützten Luftverteidigungssystems in Europa zum Ziel hat.³ Es handelt sich hierbei um ein zwischenstaatliches Vorhaben im Nato-Kontext bzw. um ein Projekt im Format einer Koalition williger Staaten.

Mit ihren zahlenmäßig zweitgrößten Streitkräften innerhalb der Nato zählt die Türkei zu den militärisch bedeutendsten Bündnispartnern Europas. Hinzu kommen umfangreiche Einsatzerfahrung, eine leistungsfähige Marine, eine dynamisch wachsende Rüstungsindustrie und die geostrategische Lage des Landes an der Schnittstelle zwischen Südosteuropa, dem Schwarzen Meer, dem Nahen Osten und dem östlichen Mittelmeer. Darüber hinaus kontrolliert Ankara mit dem Bosphorus und den Dardanellen die einzige Passage zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer.

Zugleich bleibt die Türkei von zentralen verteidigungspolitischen Strukturen der EU ausgeschlossen. So ist sie zum Beispiel weder in die Europäische Verteidigungsagentur (European Defence Agency, EDA) noch in die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO) eingebunden. Da die Türkei kein Mitglied der EU ist, nimmt sie weder formal an der GSVP teil noch verfügt sie in diesem Politikfeld über Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte. Gleichwohl gibt es selektive Formen der Zusammenarbeit. Als Drittstaat stellte die Türkei Polizei- und Sicherheitskräfte für mehrere Missionen und Operationen der EU, darunter für Polizeieinsätze auf dem Balkan und für Einsätze wie Operation Concordia, EUFOR-Althea und EULEX Kosovo.⁴ Die türkische Beteiligung an diesen Missionen geht überwiegend auf Vereinbarungen zurück, die vor der Verschlechterung der politischen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei nach dem EU-Beitritt der Republik Zypern getroffen wurden.

Institutionalisierte Zusammenarbeit besteht insbesondere im Bereich Migration und Grenzmanagement. Der im Jahr 2016 vereinbarte EU-Türkei-Kooperationsmechanismus zur Migration hat das Ziel,

³ An dem 2022 initiierten Projekt sind rund 24 Staaten beteiligt, darunter auch die Türkei.

⁴ Vgl. Ministry of Foreign Affairs, Republic of Türkiye, *Türkiye's International Security Initiatives and Contributions to NATO and EU Operations*, <https://www.mfa.gov.tr/iv_european-security-and-defence-identity_policy_esdi_p_en.mfa>.

² Vgl. dazu Hürcan Asli Aksoy, »Ankaras Balanceakt zwischen den Blöcken«, in: *Internationale Politik*, 1 (2025), S. 36–41, <<https://internationalepolitik.de/de/ankaras-balanceakt-zwischen-den-bloeken>>.

irreguläre Fluchtbewegungen koordiniert zu steuern und Schleusernetzwerke im maritimen Raum zu bekämpfen. Weitere Aspekte des Abkommens sind Kooperation beim humanitären Krisenmanagement und beim Katastrophenschutz, etwa nach schweren Erdbeben in der Türkei, und Maßnahmen zur Gesundheitsversorgung und zur Unterstützung von Geflüchteten.⁵ Ergänzt wird die Zusammenarbeit durch den Austausch von Lagebildern und operativen Informationen mit Europol, vor allem mit Bezug zur Organisierten Kriminalität.⁶ Auch in anderen sicherheitsrelevanten Segmenten existieren Kooperationsformen. Im Bereich der Cybersicherheit arbeitet die Türkei als Vertragsstaat der Budapest-Konvention mit europäischen Strafverfolgungs- und Justizbehörden bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Cyberkriminalität zusammen.⁷ Darüber hinaus gibt es Kooperationen zum Schutz der maritimen Sicherheit sowie in der Verteidigungsindustrie, die jedoch überwiegend im Rahmen der Nato-Strukturen, bilateraler Projekte oder zwischenstaatlicher Initiativen umgesetzt werden.

Die Türkei betrachtet die EU vor allem als Partner in den Bereichen Verteidigungsindustrie und wirtschaftliche Resilienz.

Aus türkischer Perspektive wird die EU sicherheitspolitisch zunehmend als Partner für eine selektive, interessenorientierte Zusammenarbeit betrachtet, insbesondere in den Bereichen Verteidigungsindustrie und -technologie sowie wirtschaftliche Resilienz. Vor dem Hintergrund wachsender Unsicherheiten über die langfristige Rolle der USA ist die Türkei daran interessiert, ihre sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu europäischen Staaten zu stabilisieren und auszubauen. Ankara positioniert sich dabei nicht gegen Europa, sondern strebt vielmehr eine stärkere

sicherheitspolitische Einbindung in europäische Strukturen und Kooperationsformate an. Gleichzeitig bestehen in Ankara Zweifel an der strategischen Kohärenz und Handlungsfähigkeit der EU. Die Türkei bewertet die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik daher primär unter geopolitischen und industriepolitischen Gesichtspunkten, während die Nato weiterhin als zentrale sicherheitspolitische Plattform betrachtet wird.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Türkei sicherheitspolitisch zwar von großer Bedeutung für Europa ist, jedoch nicht in die Verteidigungsarchitektur der EU integriert ist. Ihre Einbindung in Europa erfolgt vor allem über die Nato. Zwar gibt es grundsätzlich Möglichkeiten für Drittstaaten, im Rahmen administrativer Arrangements punktuell mit der EDA zu kooperieren; die praktische Zusammenarbeit mit der Türkei bleibt jedoch aufgrund politischer Spannungen – insbesondere mit Griechenland und Zypern – stark eingeschränkt. Die Türkei wird aus der EU-Perspektive eher als »Capability Provider« betrachtet, nicht als normativer Partner. Zunehmende Autokratisierung und rechtsstaatliche Rückschritte belasten zwar die politischen Beziehungen, erklären jedoch nicht die fehlende institutionelle Einbeziehung der Türkei in die Sicherheitsstrukturen der EU.

Die Grenzen einer Partnerschaft mit der Türkei

Die sicherheitspolitische Integration der Türkei in europäische Strukturen wird maßgeblich durch divergierende politische und geopolitische Interessen innerhalb der EU gebremst. Auch wenn ihre strategische Bedeutung für die europäische Sicherheit unbestritten ist, so unterscheiden sich doch die Mitgliedstaaten in ihren Bedrohungswahrnehmungen und außenpolitischen Schwerpunkten gegenüber Ankara. Diese divergierenden Positionen erschweren die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von der Rolle der Türkei innerhalb der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur und die Umsetzung einer kohärenten EU-Politik gegenüber dem Land.

Die Positionen innerhalb der EU lassen sich in drei Gruppen einteilen.⁸ Eine erste Gruppe von Mitglied-

⁵ Vgl. Red Cross EU Office, *Finding Financial Independence, Following Passions*, <<https://redcross.eu/projects/finding-financial-independence-following-passions>>.

⁶ Vgl. The European Police Office/The Republic of Turkey, *Agreement on Cooperation between the European Police Office and the Republic of Turkey*, Ankara, 18.5.2004, <https://www.europol.europa.eu/cms/sites/default/files/documents/agreement_on_cooperation_between_the_european_police_office_and_the_republic_of_turkey.pdf>.

⁷ Vgl. Council of Europe, *Octopus Cybercrime Community, Turkey*, <<https://www.coe.int/en/web/octopus/-/turkey>> (Zugriff am 25.6.2026).

⁸ Vgl. Sinem Adar/Hürcan Aslı Aksoy u. a., *Alignment of Necessity. Turkey's Role in the Future European Security Architecture*,

staaten verfolgt einen überwiegend kooperativen Ansatz und befürwortet eine vertiefte sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der Türkei. Hierzu zählen insbesondere Bulgarien, Italien, Polen, Rumänien und Spanien sowie die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Diese Staaten betrachten die Türkei aufgrund ihrer Rolle innerhalb der Nato und mit Blick auf die Sicherheit im Schwarzen Meer und die Stabilität in der östlichen Nachbarschaft Europas als wichtigen sicherheitspolitischen Partner.

Eine zweite Gruppe, zu der unter anderem Schweden, Finnland und Deutschland gehören, nimmt eher eine zurückhaltend-pragmatische Position ein. Zwar wird die sicherheitspolitische Relevanz der Türkei anerkannt, eine vertiefte institutionelle Zusammenarbeit bleibt jedoch an politische Konditionalitäten geknüpft. Dazu zählen in erster Linie Fragen der Rechtsstaatlichkeit, der demokratischen Entwicklung und der außenpolitischen Verlässlichkeit Ankaras.

Eine dritte Gruppe, zu der Griechenland, die Republik Zypern und zum Teil auch Frankreich⁹ zu rechnen sind, steht einer vertieften sicherheitspolitischen Kooperation skeptisch bis ablehnend gegenüber. Diese Staaten sind bereit, ihr Veto gegen eine intensivere Zusammenarbeit mit der Türkei einzulegen. Sie verweisen vor allem auf ungelöste bilaterale Konflikte im östlichen Mittelmeer, insbesondere auf die Zypernfrage, sowie auf Differenzen in regionalpolitischen Fragen. Vor allem Griechenland und Zypern würden eine stärkere Einbindung der Türkei in europäische Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen als eine potentielle Schwächung ihrer eigenen Positionen und als einen Schritt betrachten, der ihren strategischen Interessen zuwiderläuft.

Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), August 2025 (SWP Comment 36/2025), doi:10.18449/2025C36.

⁹ Einige Fachexpert:innen halten eine Wiederbelebung der Beziehungen zwischen Frankreich und der Türkei für möglich und würden darin eine Chance sehen, die strategische Autonomie Europas zu stärken. Die gestiegene sicherheitspolitische Bedeutung des Schwarzmeerraums für Europa eröffne neue Möglichkeiten für eine Wiederannäherung zwischen beiden Staaten, vgl. hierzu Romain Le Quiniou, »France, Turkey, and a Reset in the Black Sea«, *Carnegie Europe*, 13.1.2026, <<https://carnegieendowment.org/europe/strategic-europe/2026/01/france-turkey-and-a-reset-in-the-black-sea>>.

Die bilateralen Konflikte zwischen der EU und der Türkei setzen einer Vertiefung der sicherheitspolitischen Kooperation klare Grenzen.

Diese innereuropäischen Spannungen wirken sich unmittelbar auf die praktische Zusammenarbeit mit der Türkei aus. Besonders deutlich zeigt sich dies in verteidigungspolitischen Initiativen wie der PESCO und des European Defence Fund (EDF), die auf dem Einstimmigkeitsprinzip beruhen. Dadurch verfügen einzelne Mitgliedstaaten – vornehmlich Griechenland und die Republik Zypern – über ein Vetorecht gegenüber einer Einbindung der Türkei. So scheiterte der türkische Antrag auf Teilnahme am PESCO-Projekt »Military Mobility« – einer operativen Initiative zur Verbesserung der militärischen Mobilität innerhalb Europas – am Widerstand Athens und Nikosias.

Die sicherheitspolitische Kooperation zwischen der EU und der Türkei bleibt damit von einem strukturellen Spannungsverhältnis geprägt. Die bilateralen Konflikte und unterschiedlichen Prioritäten innerhalb der EU setzen einer Vertiefung der Zusammenarbeit in diesem Bereich klare Grenzen.

Schlussfolgerungen und Handlungsoptionen

Insgesamt bleiben die Sicherheitsbeziehungen zwischen der EU und der Türkei fragmentiert, was die Entwicklung einer institutionell verankerten Kooperation im Rahmen etwa der GSVP erheblich erschwert. Die geopolitischen Entwicklungen der letzten Jahre – Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, die abnehmende sicherheitspolitische Rolle der USA in Europa sowie die fortschreitende Zersplitterung der regionalen Ordnungen im Schwarzmeerraum und östlichen Mittelmeer – haben die strategische Bedeutung der Türkei für Europa zwar weiter erhöht; doch die politischen Grundlagen für eine sicherheitspolitische Integration sind nach wie vor begrenzt.

Die EU-Beitrittsperspektive hat für die Türkei an Bedeutung verloren. Damit hat sich das Verhältnis zwischen den beiden Seiten grundlegend verändert. Ankara betrachtet die EU heute vor allem als wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Partner, während innerhalb der EU eine geopolitische Perspektive dominiert. Entsprechend ist die Zusammenarbeit pragmatischer und transaktionaler geworden. Zugleich vertiefen mehrere europäische Akteure

ihre industriepolitische Kooperation mit türkischen Rüstungsunternehmen. Entsprechende Vereinbarungen mit italienischen, spanischen und auch französischen Unternehmen verdeutlichen, dass die Türkei trotz politischer Spannungen als technologischer und industrieller Partner für die europäische Verteidigungsindustrie an Bedeutung gewinnt.¹⁰

Gleichwohl bestehen weiterhin die oben genannten erheblichen strukturellen Hindernisse für eine Vertiefung der Partnerschaft. Hinzu kommt, dass Ankara im Rahmen seines Strebens nach strategischer Autonomie seine sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen bewusst diversifiziert und parallel Kooperationen mit anderen regionalen und globalen Akteuren ausbaut.¹¹ Die Türkei versucht damit, ihre außenpolitischen Handlungsspielräume über Europa hinaus zu erweitern. Zu diesem Kurswechsel hat der Stillstand bei der EU-Beitrittsperspektive erheblich beigetragen. Weitere Differenzen, insbesondere im Syrienkonflikt, haben das gegenseitige Misstrauen zusätzlich vertieft.

Vor diesem Hintergrund erscheint eine umfassende institutionelle Integration der Türkei in die Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur der EU auf absehbare Zeit unwahrscheinlich. Eine SDP wäre grundsätzlich möglich. Anders als eine EU-Mitgliedschaft setzt sie keine umfassende politische Integration voraus, sondern dient der Institutionalisierung pragmatischer sicherheitspolitischer Kooperation. Die mit dem Vereinigten Königreich vereinbarte Partnerschaft zeigt, dass die EU zu diesem Zweck auch mit engen Nato-Partnern außerhalb der Union institutionelle Formate schaffen kann. Im Fall der Türkei verhindern derzeit jedoch die Zypern-Frage und weitere politische Blockaden innerhalb der EU die Anbahnung einer vergleichbaren Kooperation.

Wahrscheinlicher ist eine flexible und themenspezifische Zusammenarbeit auf Feldern, auf denen es gemeinsame Interessen gibt. Ansatzpunkte dafür bieten zum Beispiel sicherheits- und konnektivitätsrelevante Sektoren und die Bereiche maritime Sicherheit, Energiesicherheit, Verteidigungsindustrie und Schwarzmeerkoperation.

Für die EU stellt sich daher weniger die Frage, ob sie sicherheitspolitisch mit der Türkei kooperieren sollte, sondern in welchen Formaten und unter welchen politischen Bedingungen eine solche Zusammenarbeit ausgestaltet werden kann. Bis auf Weiteres dürfte die Zusammenarbeit vor allem pragmatisch, themenbezogen und außerhalb institutionalisierter EU-Strukturen erfolgen.

¹⁰ Vgl. Adar/Aksoy u. a., *Alignment of Necessity* [wie Fn. 8]. Siehe zur französisch-türkischen Sicherheitspartnerschaft Akkan Azman, »Baykar-Safran Team-Up with Strategic Partnership Deal«, *TurDef – Global Defence*, 14.5.2026, <<https://turdef.com/article/baykar-safran-team-up-with-strategic-partnership-deal>>.

¹¹ Angesichts der wachsenden Spannungen am Golf im Zuge des Iran-Kriegs hat die Türkei zum Beispiel Anfang August 2026 ein Sicherheitsabkommen mit Saudi-Arabien und Pakistan geschlossen, vgl. »Türkei, Pakistan und Saudi-Arabien schließen Militärpakt«, *tagesschau.de*, 7.8.2026, <<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/militaerpakt-tuerkei-saudi-arabien-pakistan-100.html>> (Zugriff am 11.8.2026).

André Härtel

Die Ukraine als Sonderfall europäischer Sicherheitspartnerschaften

Die Sicherheitspartnerschaft zwischen der Europäischen Union (EU) und der Ukraine stellt innerhalb der Außen- und Sicherheitspolitik der EU einen Sonderfall dar. Während die Ukraine noch unmittelbar vor der russischen Vollinvasion 2022 vor allem als Adressat europäischer Nachbarschaftspolitik galt, ist sie innerhalb weniger Jahre zu einem sicherheitspolitischen Schlüsselpartner Europas geworden. Dieser Wandel ist zum einen Folge des schrittweise erfolgenden Rückzugs der USA aus ihrer bisherigen Führungsrolle bei der Unterstützung der Ukraine, wodurch Europa mehr Eigenverantwortung übernehmen musste. Zum anderen beruht er auf der militärischen und technologischen Entwicklung der Ukraine selbst, deren Kampferfahrung, Innovationsfähigkeit und Verteidigungsindustrie inzwischen auch für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik von großer Bedeutung sind.

Die Ukraine ist nicht mehr nur Empfänger europäischer Unterstützung, sondern Mitgestalter europäischer Sicherheitsfähigkeiten.

Anders als die übrigen in dieser Studie behandelten Sicherheitspartnerschaften umfasst die Zusammenarbeit mit der Ukraine heute nicht nur politischen Dialog und sektorale Kooperation, sondern auch militärische Unterstützung in beispiellosem Umfang, gemeinsame Rüstungsproduktion, industrielle Integration und einen immer stärker institutionalisierten Wissens- und Technologietransfer. Die Ukraine ist damit nicht mehr nur Empfänger europäischer Unterstützung, sondern entwickelt sich zunehmend zu einem Mitgestalter und Bereitsteller europäischer Sicherheitsfähigkeiten.

Europa und die Ukraine nach der »Zeitenwende«: Wandel des sicherheitspolitischen Rollenverständnisses

Mit der Vollinvasion der Ukraine durch Russland begann die EU im Jahr 2022, ihren Kurs gegenüber beiden Kriegsparteien zu ändern. So wurden der Ukraine nach anfänglichem Zögern vieler Mitgliedstaaten immer umfangreichere Waffenlieferungen finanziert, wobei die Mittel dafür aus der Europäischen Friedensfazilität (EPF) stammten. Nur wenige Monate nach der Invasion nahm die EU zudem das Beitrittsge such der Ukraine an und machte diese neben der Republik Moldau zum offiziellen EU-Beitrittskandidaten. Dennoch erfolgte die strategische Neuausrichtung der EU eher nach und nach, reaktiv und unter erheblichen Auseinandersetzungen in und zwischen den Mitgliedstaaten, wie beispielsweise die Debatten um die Lieferung von Leopard-Panzern, Langstreckenwaffen und eine Ausbildungsmission belegen.¹ Grund hierfür war neben Kapazitätsproblemen der europäischen Armeen und Verteidigungsindustrien die Angst der Europäer, dass der Konflikt weiter eskalieren und sie selbst von Russland als Kriegspartei angesehen werden könnten. Die strategische Führung bzw. das Eskalationsmanagement überließen die Europäer daher lange den USA.

Die eigentliche sicherheitspolitische Neubewertung der Rolle der Ukraine durch die Europäer hat in den Jahren ab 2024 stattgefunden. Zum einen hat sich mit der Wiederwahl Donald Trumps zum US-Präsidenten im November 2024 der geopolitische Kontext entscheidend verändert: Trump verfolgt(e) nicht nur eine andere Russlandpolitik als sein Vorgänger Joe Biden und hat die Waffenlieferungen an die Ukraine ein-

¹ Vgl. Tyyne Karjalainen/Marco Siddi, »From Role Change to Policy Change: EU Member States and Change in EU Foreign Policy after Russia's Invasion of Ukraine«, in: *Journal of European Integration* (2025).

geschränkt, überdies stellt er die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen in Frage. Für die Europäer gab es somit keine andere Alternative, als den Großteil der Ukraine-Unterstützung von Washington zu übernehmen und die eigene strategische Rolle zu überdenken. Zum anderen hatte sich die Ukraine zu diesem Zeitpunkt zu einer erfahrenen und innovativen Militärmacht entwickelt, die im Bereich des Drohnenkriegs, der elektronischen Kampfführung und der digitalen Gefechtsführung über Fähigkeiten verfügt, die europäischen Streitkräften teils fehlen. Die Ukraine wird deshalb in Europa nun immer mehr nicht nur als Empfänger von Sicherheit, sondern als wertvolles militärisches Vorbild, industrieller Partner zur eigenen Aufrüstung und unverzichtbarer militärischer Vorposten wahrgenommen.²

Von der Unterstützung zur Integration

Die Entwicklung der Sicherheitsbeziehungen zwischen der EU und der Ukraine verlief nach 2022 nicht linear. Es lässt sich vielmehr eine schrittweise erfolgende Verschiebung beobachten, die von der Unterstützung über die Institutionalisierung hin zur Integration in europäische sicherheitspolitische Strukturen bzw. in die europäische Verteidigungsindustrie führt. In jeder Phase erweitern sich Zeithorizont, Akteursbasis und Umfang der Zusammenarbeit.

Die erste Phase 2022/23 war noch ganz vom Schock der russischen Invasion geprägt und zeichnete sich durch die kurzfristige Bereitstellung von Waffen und Fähigkeiten aus, um einen Zusammenbruch der Ukraine zu verhindern. Vor allem die EU ging mit der EPF und der Einrichtung der Militärmission EUMAM Ukraine, einer Ausbildungsmission für ukrainische Soldaten auf EU-Territorium, in Vorlage, während die Mitgliedstaaten Waffen lieferten und Finanzhilfen bereitstellten. Nicht nur die Unterstützung durch die

EU, sondern auch diejenige durch die Führungsmacht USA geschah aber in den ersten beiden Kriegsjahren ad hoc und reaktiv, worin einige Experten einen Faktor sehen, der Russlands Strategie eines langfristigen Abnutzungskrieges begünstigte.³

Anfang des Jahres 2024 begann dann eine zweite Phase. In den europäischen Hauptstädten setzte sich zunehmend die Ansicht durch, dass der Krieg mittelfristig nicht beendet werden könne und dass eine Antwort gefunden werden müsse auf die Entscheidung Russlands, auf Kriegswirtschaft umzustellen. Die EU und zahlreiche Mitgliedstaaten bekannten sich nun in gemeinsamen Sicherheitszusagen bzw. in bilateralen Sicherheitsvereinbarungen zu einer langfristigen Unterstützung für die Ukraine,⁴ und die EU richtete mit der Ukraine-Fazilität ein mehrjähriges Finanzierungsprogramm (2024 – 2027) zur Unterstützung von Wiederaufbau, Reformen und makrofinanzieller Stabilität des Landes ein. Mit neuen sicherheitspolitischen Instrumenten wie der Verordnung zur Förderung der Munitionsproduktion (ASAP), dem Programm für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) sowie Security Action for Europe (SAFE) zur Finanzierung von Rüstungsvorhaben sollte zudem die Unterstützung der Ukraine enger mit dem Ausbau der europäischen Verteidigungs- und Rüstungsbasis verbunden werden.⁵ Die Unterstützung der Ukraine wurde so besser planbar, wobei sich der Fokus von einzelnen Waffenlieferungen auf den langfristigen Kapazitätsaufbau beider Seiten verschoben hat. Insbesondere

3 Gemeint ist eine schrittweise erfolgende, häufig erst auf akute ukrainische Bedarfe reagierende Ausweitung der Unterstützung durch die EU und die USA, wobei die Lieferung bestimmter Waffensysteme jeweils einzeln politisch ausgehandelt wurde, vgl. Riley Bailey/Frederick W. Kagan, *How Delays in Western Aid Gave Russia the Initiative: From the Ukrainian Counteroffensive to Kharkiv*, Washington, D.C.: Institute for the Study of War, Mai 2024, <<https://understandingwar.org/research/russia-ukraine/how-delays-in-western-aid-gave-russia-the-initiative-from-the-ukrainian-counteroffensive-to-kharkiv/>>.

4 Auf Grundlage der G7-Erklärung von Vilnius (2023) schlossen viele Mitgliedstaaten 2024 eine bilaterale Sicherheitsvereinbarung mit der Ukraine ab. Diese politischen Verpflichtungen umfassen langfristige militärische Unterstützung, Zusammenarbeit der Verteidigungsindustrien, wirtschaftliche Resilienz sowie Konsultationsmechanismen für den Fall erneuter russischer Aggression.

5 Vgl. beispielsweise Davide Genini, »Effects of the War in Ukraine on the Development of the EU Common Foreign and Security Policy«, in: *European Foreign Affairs Review*, 30 (2025) 1, S. 121 – 141.

2 Vgl. Jack Watling/Nick Reynolds, *Tactical Developments During the Third Year of the Russo-Ukrainian War*, London: Royal United Services Institute (RUSI), Februar 2025, <<https://www.rusi.org/explore-our-research/publications/special-resources/tactical-developments-during-third-year-russo-ukrainian-war>>. Sofern nicht anders angegeben, wurden alle genannten Internetquellen zuletzt am 30.9.2026 aufgerufen; Jack Watling/Oleksandr V. Danylyuk/Nick Reynolds, *Preliminary Lessons from Ukraine's Offensive Operations, 2022–23*, London: RUSI, Juli 2024 (Special Report), <<https://www.rusi.org/explore-our-research/publications/special-resources/preliminary-lessons-ukraines-offensive-operations-2022-23>>.

durch die Sicherheitsvereinbarungen ist die Zusammenarbeit institutionalisiert und eine stärkere Verzahnung der sicherheitspolitischen, industriellen und fiskalischen Dimensionen in Gang gesetzt worden.

Gegen Ende des Jahres 2025 hat schließlich die bis heute andauernde Integrationsphase begonnen. Dies geschah, nachdem sich in Europa die Wahrnehmung durchgesetzt hatte, dass sich die Ukraine nicht nur anhaltend erfolgreich gegen Russland verteidigt, sondern im Bereich Drohnen und Langstreckenwaffen immer schnellere Innovationszyklen aufweist und ein militärisch-industrielles Netzwerk an Spitzentechnologie-Firmen aufgebaut hat.⁶ Dieses Netzwerk betrachten militärpolitische Entscheider in den EU-Mitgliedstaaten nun als unverzichtbaren Bestandteil ihrer eigenen sicherheitspolitischen Anstrengungen und haben es systematisch in ihre Planungen integriert. Vornehmlich auf industrieller Ebene, unterstützt durch EU- und staatliche Förderinstrumente, ist es zu einem bidirektionalen Beziehungsaufbau und gemeinsamen Industrieprojekten gekommen, die Wissens- und Technologietransfer in beide Richtungen ermöglichen und die bisherige Asymmetrie der Beziehung hin zu einer stärker ausbalancierten Partnerschaft verschieben. Die EU stellt dabei vor allem die finanziellen und institutionellen Rahmenbedingungen bereit, während eine Gruppe von Mitgliedstaaten und die Industrie die operative Umsetzung übernehmen.

Mehrschichtige Sicherheitspartnerschaft: EU, Mitgliedstaaten und Industrie

Die derzeitigen Sicherheitsbeziehungen zwischen Europa und der Ukraine werden nicht von einem einzelnen Akteur getragen. Vielmehr hat sich ein Netzwerk aus EU-Institutionen, der Nato, einzelnen Mitgliedstaaten, der Industrie und der ukrainischen Führung entwickelt. Die Nato bildet dabei den transatlantischen Rahmen für militärische Unterstützung und Koordinierung, während innerhalb Europas die

verschiedenen Ebenen unterschiedliche Aufgaben erfüllen. So entsteht eine arbeitsteilige Struktur ohne zentrale Steuerung.

In dieser Struktur ist die EU hauptsächlich Rahmengeber und Enabler, der über bestimmte Instrumente wie die EPF, die Ukraine-Fazilität, die EUMAM-Mission oder auch das SAFE-Programm Finanzierung bereitstellt und eine koordinative Rolle einnimmt. Nur in seltenen Fällen liefert die Union selbst Fähigkeiten oder übernimmt eine operative Rolle. Zum Beispiel bauen die gemeinsamen Sicherheitszusagen zwischen der EU und der Ukraine vom Juni 2024 lediglich auf den Sicherheitsvereinbarungen der Mitgliedstaaten mit der Ukraine auf und ergänzen diese, stellen aber dennoch einen ersten sicherheitspolitischen Rahmen zwischen der EU und der Ukraine her.⁷ Träger der Sicherheitspartnerschaft sind trotzdem die Mitgliedstaaten, die mit unterschiedlicher Tiefe in die Beziehungen zur Ukraine eingebunden sind. Die zwischen Januar und Oktober 2024 geschlossenen bilateralen Sicherheitsvereinbarungen institutionalisieren und verstetigen Unterstützungsprofile, die sich bereits seit Beginn der russischen Vollinvasion herausgebildet haben. In ihrer praktischen Umsetzung ist so eine immer stärker ausgeprägte funktionale Arbeitsteilung europäischer Staaten entstanden.

Deutschland sticht hier durch den in absoluten Zahlen größten Beitrag zur militärischen Unterstützung der Ukraine hervor, wobei es sich auf Luftverteidigung, Munition und schwere Waffensysteme konzentriert. Zudem treibt Berlin die industrielle Kooperation und die schrittweise erfolgende Integration der Ukraine in die europäische Verteidigungsindustrie maßgeblich voran. Strategisch exponierter ist die Rolle des Vereinigten Königreichs und Frankreichs. Beide Staaten gehören zu den wenigen europäischen Lieferanten weitreichender Präzisionswaffen und haben wichtige Funktionen bei Ausbildung, Planung und Weiterentwicklung ukrainischer Fähigkeiten inne. Das Nicht-EU-Mitglied Vereinigtes Königreich hat dabei früh eine Vorreiterrolle bei Ausbildung und militärischer Unterstützung eingenommen, während

⁶ Vgl. Kateryna Bondar, *Ukraine's Future Vision and Current Capabilities for Waging AI-Enabled Autonomous Warfare*, Washington, D.C.: Centre for Strategic and International Studies, März 2025, <<https://www.csis.org/analysis/ukraines-future-vision-and-current-capabilities-waging-ai-enabled-autonomous-warfare>>; Valeriya Ionan, *What Ukraine's Wartime Tech Ecosystem Can Teach the Rest of the World*, Washington, D.C.: Atlantic Council, 8.4.2026 (Dispatch), <<https://www.atlanticcouncil.org/dispatches/what-ukraines-wartime-tech-ecosystem-can-teach-the-rest-of-the-world/>>.

⁷ Vgl. Europäische Union/Ukraine, *Joint Security Commitments between the European Union and Ukraine*, Brüssel, 27.6.2024, S. 1, <<https://www.consilium.europa.eu/media/oredhmis/eu-ukraine-security-commitments-en.pdf>>; Mykhailo Soldatenko, *Getting Ukraine's Security Agreements Right*, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 8.7.2024.

Frankreich seine Beiträge stärker mit Fragen europäischer Sicherheit und Abschreckung verknüpft.

Die Niederlande und Dänemark profilieren sich als innovative Finanzierer militärischer Unterstützung und militärtechnologischer Innovationen. Insbesondere das »Danish Model«⁸ ermöglicht eine direkte Finanzierung ukrainischer Rüstungsproduktion und hat so den Aufwuchs der Drohnenindustrie beschleunigt. Die Niederlande und Tschechien haben darüber hinaus multinationale Beschaffungsinitiativen für kritische Fähigkeiten wie Patriot-Abfangraketen oder 155-mm-Artilleriemunition koordiniert. Polen ist aufgrund seiner geografischen Lage zur zentralen logistischen Drehscheibe für Waffenlieferungen, Ausbildung und Instandsetzung geworden. Andere Staaten wie Schweden leisten wichtige Beiträge bei ausgewählten Hochtechnologiefähigkeiten und der Modernisierung ukrainischer Streitkräfte.

Mit fortschreitender Dauer des Krieges hat sich auch die Verteidigungsindustrie zu einer eigenständigen Säule der Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU, ihren Mitgliedstaaten und der Ukraine entwickelt. Ausschlaggebend hierfür war die Erkenntnis, dass die Unterstützung für die Ukraine weder aus den vorhandenen Beständen europäischer Staaten noch aus denen der USA dauerhaft aufrechterhalten werden konnte. Um die ukrainische Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten, mussten daher zusätzliche Produktionskapazitäten sowohl in der Ukraine als auch in Europa geschaffen werden.

Zwischen Europa und der Ukraine ist eine bidirektionale Sicherheits- und Industriepartnerschaft entstanden.

Ab etwa 2024 begann so die schrittweise erfolgreiche Integration der Ukraine in europäische Verteidigungs-

wertschöpfungsketten. Erste Beispiele waren das Joint Venture Rheinmetall Ukrainian Defence Industry LLC oder die durch das »Danish Model« finanzierte Produktion ukrainischer Bohdana-2S22-Haubitzen.⁹ Mit der von Präsident Selenskyj 2025 vorgestellten Initiative »Build with Ukraine«¹⁰ hat diese Entwicklung eine neue Richtung erhalten: Nun werden ukrainische Technologien und Produktionskapazitäten zunehmend in europäische Staaten verlagert. Ein Beispiel hierfür ist das deutsch-ukrainische Gemeinschaftsunternehmen Quantum Frontline Industries, das in Deutschland Drohnensysteme fertigt, die in der Ukraine entwickelt wurden.¹¹ Mehr als vier Jahre nach Beginn des Krieges ist damit eine bidirektionale Sicherheits- und Industriepartnerschaft entstanden. Während europäische Staaten und Unternehmen weiterhin Kapital und Produktionskapazitäten zur Verfügung stellen und Marktzugang bieten, profitieren sie zugleich von ukrainischem technologischem Know-how im Bereich unbemannter Systeme sowie von den Erfahrungen aus einem großmaßstäblichen konventionellen Krieg. Die Ukraine wird damit nicht mehr allein als Empfänger europäischer Unterstützung wahrgenommen, sondern immer mehr als Mitgestalter und Bereitsteller europäischer Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit.

9 Vgl. Rheinmetall, »Rheinmetall und Ukrainian Defense Industry gründen Gemeinschaftsunternehmen in Kiew«, Pressemitteilung, Düsseldorf, 24.10.2023, <<https://www.rheinmetall.com/de/media/news-watch/news/2023/10/2023-10-24-rheinmetall-und-udi-gruenden-gemeinschaftsunternehmen-in-kiew>>; Ministry of Defence of Ukraine, *Results of the »Danish Model« of Support for Ukraine's Defense Industry in 2024: The Armed Forces of Ukraine Received Weapons Valued at Nearly €538 Million*, Kyjiw, 9.1.2025, <<https://mod.gov.ua/en/news/results-of-the-danish-model-of-support-for-ukraine-s-defense-industry-in-2024-the-armed-forces-of-ukraine-received-weapons-valued-at-nearly-538-million>> (Zugriff am 9.7.2026).

10 Vgl. »Ukraïna nevdovzi vidkryje eksport vijs'kovych technologij« [Die Ukraine wird in Kürze den Export von Militärtechnologien beginnen], in: *Ekonomična Pravda*, 23.6.2025, <<https://epravda.com.ua/oborona/ukrajina-nevdovzi-vidkryje-eksport-viyskovih-tehnologiy-808289/>>.

11 Vgl. Quantum Systems/Frontline Robotics, »Quantum Systems and Frontline Robotics Launch First Joint Co-Production of Ukrainian Drones in Europe under New Government Initiative«, Pressemitteilung, Berlin/Kyjiw, 15.12.2025, <<https://quantum-systems.com/news/first-joint-co-production-of-ukrainian-drones-in-europe-launched-by-quantum-systems-and-frontline-robotics/>>.

8 Mit dem »Danish Model« werden internationale Hilfs-gelder unmittelbar für die Produktion von Rüstungsgütern in ukrainischen Rüstungsunternehmen eingesetzt. Der Ansatz zielt darauf ab, die erheblichen ungenutzten Produktionskapazitäten der ukrainischen Verteidigungsindustrie zu aktivieren und gleichzeitig die Integration des ukrainischen und des europäischen Rüstungssektors zu fördern, vgl. Danish Ministry of Defence, *Danish Military Support for Ukraine*, Kopenhagen, o. D., <<https://www.fmn.dk/en/topics/operations/ongoing-operations/danish-military-support-for-ukraine/>> (Zugriff am 9.7.2026); Daniel Michaels/Sune Engel Rasmussen/Jane Lytvynenko, »Europe Can't Make Ukraine Enough Weapons – So It's Paying Kyiv to Do It«, in: *Wall Street Journal*, 26.11.2024.

Von der Unterstützung zur Ko-Produktion von Sicherheit

Für die Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU, ihren Mitgliedstaaten und der Ukraine bleiben Waffenlieferungen, aber auch die ökonomische Unterstützung zentral. »Team Europe« (EU-Institutionen und Mitgliedstaaten) hat bereits Anfang 2026 die USA als militärischer Unterstützer überholt, zu diesem Zeitpunkt hatte es schon 74,6 Milliarden Euro Militärhilfe geleistet und 36,8 Milliarden Euro an weiteren Hilfen zugesagt.¹² Insbesondere in der Luftverteidigung und der Munitionsbereitstellung bleiben die Ukrainer stark auf Europa angewiesen. Allerdings erklärt die militärische Unterstützung die Sicherheitsbeziehung längst nicht mehr vollständig. Durch ihre langjährige Kampferfahrung und die hoch dynamische Entwicklung der eigenen Verteidigungsindustrie ist die Ukraine vielmehr ein Innovationspartner Europas geworden. Sie verfügt mit First-Person-View(FPV)-, Langstrecken- und maritimen Drohnen, der digitalen Gefechtsführungsplattform DELTA und der Verteidigungsinnovationsplattform Brave 1 über konkrete Fähigkeiten und Organisationsmodelle, die moderne Kriegsführung ermöglichen und in Europa noch vielfach fehlen. Daher ist die gegenwärtige Kriegsphase dadurch gekennzeichnet, dass sich die bisher stark asymmetrische Sicherheitsbeziehung hin zu einer echten Partnerschaft verschiebt.

Die aktuelle Entwicklung lässt sich am treffendsten als Ko-Produktion von Sicherheit beschreiben, da sie inzwischen weit über die ursprüngliche Bereitstellung militärischer Fähigkeiten durch Europa hinausgeht. Derzeit entstehen Strukturen, die auf den institutionalisierten Austausch von Daten, Erfahrungen und technischen Innovationen abzielen. Die Ukraine ist hier längst kein reiner Empfänger von Unterstützung mehr, sondern Quelle dringend benötigten militärischen Wissens und technologischer Innovation.

Stellvertretend für diese Entwicklungen stehen die deutsch-ukrainischen Regierungskonsultationen vom April 2026 und der dort vereinbarte 10-Punkte-Plan. Statt der bisherigen Schwerpunkte Waffenlieferungen und Ausbildung stehen jetzt gemeinsames Lernen, gemeinsame Beschaffung und die Nutzung realer

Gefechtsdaten aus der Ukraine im Vordergrund. Die Bundesregierung erkennt hier an, dass die Ukraine »über [...] Erfahrungs- und Technologievorsprünge verfügt (z. B. Drohnen und Drohnenabwehr, digitale Führungssysteme)«, strebt ausdrücklich einen Austausch »in beide Richtungen« an und betont die Bedeutung von Technologietransfer aus der Ukraine für den weiteren Aufbau europäischer Verteidigungsfähigkeit. Vor allem im kritischen Feld der Drohnentechnologie wird die Zusammenarbeit weiter vertieft, indem deutsch-ukrainische Joint Ventures gefördert werden, wobei auch die gemeinsame Produktion von Deep-Strike-Drohnen festgehalten wird. Auffällig sind zudem die Erarbeitung eines Memorandum of Understanding zwischen den beiden Seiten zum Austausch realer Gefechtsdaten, die angestrebte Kooperation im Bereich Forschung und Entwicklung sowie Innovationsinitiativen.¹³ Insbesondere die deutsch-ukrainische Dimension der Sicherheitspartnerschaft zwischen Europa und der Ukraine trägt somit über die Schwerpunkte gemeinsames Lernen, gemeinsame Entwicklung und Produktion sowie Technologietransfer immer mehr Züge einer gemeinsamen Produktion von Sicherheit auf Augenhöhe.

Fazit

Mit dem Fortgang des EU-Beitrittsprozesses der Ukraine und den seit 2026 geführten Debatten über eine schrittweise erfolgende oder »assoziierte« Mitgliedschaft stellt sich zunehmend die Frage, wie die schon heute außergewöhnlich enge Sicherheitskooperation institutionell weiterentwickelt werden kann. Eine klassische Sicherheitspartnerschaft (Security and Defence Partnership, SDP), wie sie die EU mit anderen Drittstaaten abgeschlossen hat, erscheint hierfür nur begrenzt geeignet. Zum einen besteht mit den gemein-

¹² Vgl. Tim Peters/Elena Bersani, *State of Play: EU Support to Ukraine*, Brüssel: European Parliamentary Research Service, Mai 2026 (Briefing), S. 2, <[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/775834/EPRS_BRI\(2025\)775834_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/775834/EPRS_BRI(2025)775834_EN.pdf)>.

¹³ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, »Declaration on a Strategic Partnership between Germany and Ukraine«, Pressemitteilung, Berlin, 14.4.2026, insbesondere Abschnitt 1 (»Partnership for a More Secure Europe«), Annex I (»Arrangements«) und Annex II (»Priorities«), <<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/998352/2420612/634e4ab599c2a7f366f46ad84913d426/2026-04-14-erklarung-deutsch-ukr-regierungskonsultationen-en-data.pdf?download=1>>; Bundesregierung/Ministerkabinett der Ukraine, *10 Punkte Plan [sic] zur Stärkung der deutsch-ukrainischen Rüstungs-kooperation*, Berlin 2026, insbesondere Punkte 4–9 (Zitate S. 2), <<https://www.juergenhardt.de/wp-content/uploads/2025/12/10-Punkte-Plan-DEU-UKR-Ruestungskoooperation.pdf>>.

samen Sicherheitszusagen der EU und der Ukraine und den zahlreichen bilateralen Sicherheitsvereinbarungen bereits ein funktionales Äquivalent. Zum anderen reicht die faktische Zusammenarbeit inzwischen deutlich über den Rahmen anderer EU-Sicherheitspartnerschaften hinaus. Vor diesem Hintergrund dürfte die weitere Herausforderung weniger im Abschluss neuer Partnerschaftsabkommen liegen als vielmehr darin, die Ukraine etappenweise in die europäischen Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen zu integrieren, noch bevor der formale Beitritt zur Europäischen Union vollzogen ist.

Nicolai von Ondarza / Christian Wirth

Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Das Vereinigte Königreich, Indien, Norwegen, Kanada, Australien, dazu noch Island, Japan, Südkorea, Albanien und Nordmazedonien – die Liste der neuen »Sicherheitspartner« der Europäischen Union liest sich nicht wie das Verzeichnis der Mitglieder einer einheitlichen Gruppe. Die in diesem Sammelband analysierten neuen Partnerschaften sind vielmehr Ausdruck eines Bestrebens der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, in der sich rapide verändernden geopolitischen Lage sicherheitspolitisches »De-Risking« zu betreiben und insbesondere Partner in der Nachbarschaft und der Indo-Pazifik-Region sowie globale »Mittelmächte« enger an sich zu binden.

Die vergleichende Analyse zeigt dabei, wenn auch mit unterschiedlichen Facetten, dass die Auslöser und Impulse für das Anknüpfen neuer Sicherheitsbeziehungen auf Seiten der EU und ihrer (neuen) Partner sehr ähnlich sind: Multipolarität und Großmachtrivalität, die russische Vollinvasion der Ukraine, ein zunehmend dominant auftretendes China und die USA, die sich von der liberalen Weltordnung verabschieden.¹ Die Frage, wie verlässlich die bisherigen US-Sicherheitsgarantien noch sind, teilen dabei viele der Sicherheitspartner der EU, die ebenfalls wenn nicht nach Ersatz, so doch zumindest nach ergänzenden Standbeinen zu ihrer bisherigen strategischen Absicherung suchen. Die gemeinsame Logik sowohl der EU als auch der Partner hinter allen analysierten Sicherheitspartnerschaften ist, trotz aller Unterschiede, die Diversifizierung der Sicherheitsbeziehungen und damit die Erhöhung der Resilienz. Dies gilt für Staaten, die wie Island, Kanada, das Vereinigte Königreich oder Australien bisher sehr eng an die USA angebunden waren, bis hin zu einem Land

wie Indien, das traditionell auf Autonomie oder Non-Alignment bedacht ist.

Zudem verstärkte die EU ihre Bemühungen, durch neue Abkommen und Partnerschaften ihre Versorgung mit kritischen Rohstoffen sicherzustellen, vorteilhafte und stabile Bedingungen für Handel und Investitionen aufrechtzuerhalten oder herzustellen und die Sicherheit und Unabhängigkeit der Ukraine und damit Europas auch militärisch zu gewährleisten.² Die seit 2024 mit Partnern außerhalb der EU und Europas eingegangenen Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften sind sowohl Mittel als auch Ausdruck dieser Bestrebungen, die Handlungsfähigkeit und Souveränität Europas sicherzustellen. Die SDPs bleiben dabei aber ausnahmslos Rahmenwerke, die noch eine engere politische Abstimmung erfordern, und sind nicht als klassische Allianzen mit gegenseitigen Sicherheitsgarantien zu verstehen.

Gemeinsamer Rahmen, unterschiedliche Schwerpunkte

Dabei lassen sich im Vergleich der zwölf SDPs sowie zwei weiterer enger Partnerschaften mit der Ukraine und der Türkei erwartungsgemäß Unterschiede zwischen den drei Kreisen feststellen, denen sich die Partner zuordnen lassen, und zwar erstens der Gruppe der EWR-Mitglieder und EU-Beitrittskandidaten, zweitens der Gruppe von »like-minded« Nato-Mitgliedstaaten und drittens der Gruppe der globalen Partner.

Grundsätzlich nehmen die EU und ihre Partner für sich in Anspruch, die SDPs – trotz der dichten zeitlichen Abfolge der nunmehr zwölf Verhandlungen –

1 Siehe hierzu auch Felix Heiduk u. a., *Multipolaritäten – Die Ordnungsvorstellungen der anderen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2026 (SWP-Studie 7/2026), doi:10.18449/2026S07.

2 Bettina Rudloff, *Die EU zwischen unilateralen Nachhaltigkeitsansätzen und Handelsabkommen. Wege zu besseren Partnerschaften*, Berlin: Stiftung und Wissenschaft und Politik, Januar 2025 (SWP-Studie 2/2025), doi:10.18449/2025S02.

jeweils »maßgeschneidert« konfiguriert zu haben. Der genauere Vergleich der unterzeichneten Abkommen zeigt jedoch beides: Auf der einen Seite enthalten die SDPs viele ähnliche, teils über alle zwölf Partner wortgleiche Passagen. In ihren Inhalten gibt es große Überlappungen, die darin vereinbarten institutionellen Koordinationsmechanismen gleichen sich, und alle benennen einen Kern von Aspekten der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in denen sich die EU mit den Partnern enger koordinieren möchte. Dies gibt den SDPs den Charakter eines Instrumentenkastens, aus dem jeweils mit mal schwächer, mal stärker prononcierten Unterschieden eine Auswahl an angebotenen Themen abgestimmt wurde.

Auf der anderen Seite zeigen die detaillierten Analysen, dass die SDPs durch unterschiedliche geostrategische Konstellationen und individuelle historische und wirtschaftliche Beziehungen durchaus variabel ausgefüllt und gelebt werden. Insbesondere angesichts der Fülle an Themen, die in allen SDP-Dokumenten genannt werden, gilt es hier seitens der EU gemeinsam mit den Partnern sicherheitspolitische Prioritäten zu setzen.

Das Instrument der SDP hat den größten Nutzen in Bezug auf Staaten, die nicht in absehbarer Zeit oder gar nicht der EU beitreten werden, wegen ihrer geografischen Nähe und wirtschaftlichen Verflechtung jedoch für Brüssel wichtig sind. In diesem Kontext generieren SDPs einen Mehrwert, indem sie die politischen Fundamente der Beziehung zur EU stärken und Impulse für noch intensivere Bemühungen zur Vertiefung und Verbreiterung der bilateralen Kooperationsformate und -projekte geben können. Dabei dienen die SDPs dazu, sowohl bestehende Sicherheitsbeziehungen zusammenzuführen (etwa Norwegen und zu einem gewissen Grade auch Japan oder Südkorea) als auch zu vertiefen (etwa Vereinigtes Königreich, Kanada oder Indien).

Für die Zusammenarbeit mit Staaten, deren Beitritt zur EU bald zu erwarten ist oder die, wie die Ukraine, aufgrund der gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen militärisch bereits vielschichtig mit der EU kooperieren, bringen SDPs dagegen weniger zusätzlichen Nutzen mit sich. Was die Tiefe der Sicherheitsbeziehungen angeht, übertrifft die Ukraine mittlerweile alle SDP-Partner. Und es ist nicht verwunderlich, dass der aktuelle »Vorreiter« im Beitrittsprozess, Montenegro, keine SDP mit der EU verhandelt hat. Hingegen sind die SDPs im Falle Albaniens und Nordmazedoniens eher ein Ausdruck politischer Hoffnungen dieser Staaten auf Unterstützung für ihren

Beitritt zur EU. Und in Bezug auf die Türkei konnte selbst das Format der SDP bisher keinen Rahmen bieten für nachhaltig verbesserte Sicherheitsbeziehungen mit dem wichtigen Partner in der Nachbarschaft.

Einen weiteren Sonderfall stellt das Vereinigte Königreich dar, das als Nato-Mitglied zwar sehr stark in die europäischen Netzwerke zur Unterstützung der Ukraine eingebunden ist. Hier aber ist die SDP Ausdruck der Bestrebungen der aktuellen Labour-Regierung, wieder näher an die EU zu rücken, um die negativen Folgen des Brexits zumindest teilweise aufzufangen und gleichzeitig in Anbetracht des erratischen Agierens der Trump-Administration den geopolitischen und geoökonomischen Alleingang zu vermeiden.

Ähnlich verhält es sich mit dem Nato-Mitglied Kanada. Die Regierung in Ottawa ist bemüht, den wirtschaftlichen und politischen Druck aus Washington durch eine stärkere Vernetzung mit einer Reihe von alten und neuen Partnern sowohl in Europa als auch im Indo-Pazifik abzufedern. Kanada ist dabei der bisher einzige SDP-Partner, der einen Zugang zum SAFE-Mechanismus mit der EU aushandeln konnte. Dies wäre aber auch für viele andere SDP-Partner interessant.

Island schließlich liegt zwischen den beiden Kreisen. Das Nato-Mitglied hat die SDP mit der EU vor dem Hintergrund des Kurswechsels der US-Regierung in der Arktispolitik abgeschlossen. Die SDP ist hier ebenfalls als Element einer Diversifizierungsstrategie zu verstehen und nicht als Ausdruck eines politischen Willens, die enge Anbindung an die Nato und das bilaterale Verteidigungsabkommen mit den USA zu substituieren. Der klare Fokus der Partnerschaft auf der Arktis und auf maritimer Sicherheit trägt der besonderen Lage Islands Rechnung, das selbst – ohne eigene Streitkräfte – als Knotenpunkt in einem Netzwerk an Sicherheitsbeziehungen in der Nordpolarregion fungiert.

Diese politische Funktion von SDPs hat für Partner des dritten Kreises – Australien, Südkorea und Japan – mehr Gewicht. Alle drei Staaten sind als Akteure im indo-pazifischen Raum in hohem Maße mit der chinesischen Großmachtpolitik konfrontiert und haben seit etwa 2016 verstärkt den Austausch mit dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland sowie der Nato gesucht. Weil das Potential einer Zusammenarbeit mit der explizit auf die Verteidigung Europas ausgerichteten Allianz aber begrenzt und die EU als globale Wirtschaftsmacht vergleichsweise bedeutender ist, scheint die SDP im Kalkül dieser

Staaten lediglich als ein weiterer Teil umfassender bilateraler Kooperationsmechanismen einen Nutzen zu versprechen.

Dabei ist die geografische Distanz zu Europa als hindernder Faktor nicht zu unterschätzen. Bedeutend längere Reisezeiten erschweren regelmäßige persönliche Gespräche auf hoher politischer Ebene und begrenzen die militärdiplomatischen Beiträge, welche unterfinanzierte und überstrapazierte europäische Armeen zur Vertiefung der Beziehungen leisten können. Selbst der ökonomische Einfluss Europas bleibt relativ zu demjenigen Chinas, der USA und anderer regionaler Volkswirtschaften im Indo-Pazifik von geringerem Gewicht.

Dies ist besonders offensichtlich im Falle Australiens. Das Land ist nach wie vor sehr stark vom Export industrieller Rohstoffe und fossiler Energieträger nach Nordostasien und von der militärischen Zusammenarbeit mit den USA abhängig. Vom Effekt der Diversifizierung kann deshalb allenfalls aus europäischer Sicht gesprochen werden. Entsprechend bleibt für Australien der Fokus auf der Vertiefung regionaler Partnerschaften prioritär, und die SDP ist vorwiegend als ein eher symbolischer Teil eines Pakets, bestehend aus Freihandelsabkommen, Assoziierung mit Horizon Europe und Teilnahme am Rüstungsmarkt, zu verstehen.

Die im Vergleich deutlich geringeren Distanzen von Japan und Südkorea zu Europa bei gleichzeitiger Nähe zu Russland sind, ebenso wie der hohe industrielle Entwicklungsstand der beiden Volkswirtschaften, mit einer größeren Schnittmenge an Interessen und Kapazitäten für die Zusammenarbeit im Rahmen von SDPs verbunden. Obwohl auch in den Fällen von Japan und Südkorea keine Abkehr, auch nicht teilweise, von der jeweiligen Sicherheitskooperation mit den USA denkbar ist, haben die wachsenden Bedrohungen aus China, Nordkorea und nunmehr auch Russland, bei erhöhtem wirtschaftlichen und politischen Druck seitens der zweiten Trump-Administration, zu nachdrücklicheren Bemühungen geführt, auch im Sicherheitsbereich mit Europa zusammenzuarbeiten. Vor diesem Hintergrund geht von den SDPs ein zusätzliches Momentum aus. Die entscheidende Frage bleibt jedoch, inwieweit Dialoge zur Abstimmung über bestimmte Bedrohungslagen und zur Erläuterung von Kooperationspotentialen zur tatsächlichen Umsetzung von Projekten führen. Hier sticht die zuletzt stark intensivierte Rüstungs Kooperation zwischen Südkorea und diversen europäischen

Partnern, vornehmlich als Abnehmer von Rüstungsgütern, hervor.

Die Sicherheitspartnerschaft mit Indien hingegen ist ein Exempel für den Charakter der SDP als Rahmenwerk, in dem sich die EU und ihr Partner die Absicht zur Koordination in einzelnen, aus dem Instrumentenkasten herausgesuchten Feldern zusichern, ohne sich in Richtung einer Allianz zu entwickeln. Anders als in den anderen Fällen ist mit der SDP mit Indien ansatzweise eine sicherheitspolitische Diversifizierung weg von Russland verknüpft, indem die EU und ausgewählte Mitgliedstaaten zu wichtigeren Rüstungspartnern werden könnten. Die potentiell intensivste Kooperation findet dort statt, wo konkrete bilaterale Interessenüberschneidungen bestehen, wie etwa in den Bereichen maritime Sicherheit, Cybersicherheit, Rüstungskoooperation. Aber selbst in diesem Fall war die SDP Teil eines Paketdeals, zu dem auch ein Handels- und ein Migrationsabkommen gehörten.

Die begrenzte Attraktivität der EU als Sicherheitspartner

Grundsätzlich begegnen sich im Rahmen von SDPs ungleiche Partner: Die EU als supranationale Organisation kooperiert mit Nationalstaaten. Und weil in der EU die Sicherheits- und Verteidigungspolitik, anders als die Wirtschaftspolitik, eine nationale Aufgabe bleibt, müssen auch die europäischen Sichtweisen unterschiedlich und die Erwartungen an Brüssel entsprechend begrenzt bleiben. Letztlich hängt die Anerkennung der EU als sicherheitspolitischer Akteur auf der weltpolitischen Bühne und damit der Beitrag der SDPs zur Handlungsfähigkeit, Resilienz und Souveränität der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten also davon ab, wie die maßgeschneiderten Kooperationsformate umgesetzt und weiterentwickelt werden. Anders ausgedrückt: Die Relevanz der SDPs ist für die Partner nur dann gegeben, wenn die EU selbst ihre Instrumente im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausbaut.

Die Diversifizierungslogik beruht auf Gegenseitigkeit. SDPs schaffen dabei vor allem eine Plattform, auf der Drittstaaten sich mit der EU koordinieren und gegebenenfalls auch an EU-Instrumenten teilnehmen können. Zugleich wird aber, in unterschiedlicher Ausprägung, auch die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die EU ihrerseits Sicherheitsgewinne aus der Kooperation mit den Partnern erzielen kann.

Von zentraler Bedeutung für ihren Erfolg ist, ob die Institutionen der EU die personellen und finanziellen Kapazitäten aufbringen, um insbesondere die regelmäßigen Dialoge auf hohen politischen und administrativen Ebenen mit dem erforderlichen substantiellen Gehalt bewältigen zu können. Hinzu kommt die Herausforderung der EU-internen Abstimmung. Denn wie die umfassenden Konzeptionen von Sicherheitspolitik zeigen, betrifft Kooperation im Rahmen von SDPs unweigerlich eine ganze Bandbreite von Politikfeldern, für die neben dem EAD meist noch Generaldirektionen der EU-Kommission wie Handel und wirtschaftliche Sicherheit, Verteidigung und Weltraum, Krisenvorsorge und -management, Klima, Energie, Forschung und Innovation sowie Internationale Partnerschaften zuständig sein können. Die bisherigen SDPs sind vom EAD ausgehandelt worden. Auch die Dialoge werden über den EAD und die Hohe Vertreterin geführt. Selbst dort, wo – wie bei Indien und Australien – die SDPs gemeinsam mit Handelsabkommen vereinbart wurden, waren die Verhandlungsstränge weitgehend voneinander getrennt. Die Partner der EU interessiert aber die Zusammenarbeit mit der Union als Ganzes, nicht eine strikte Trennung nach Brüsseler Logik.

Diese Gemengelage an institutioneller Zuständigkeit erklärt zumindest teilweise das parallele Weiterbestehen einer Vielzahl bilateraler Abkommen mit den jeweiligen Partnern. Trotz des Anspruchs der SDPs, als Rahmenabkommen zu dienen, scheinen diese nach wie vor nicht die Gesamtheit der bilateralen Kooperation zu umfassen.

Während die vielfach diskutierte Frage nach der Einigkeit unter den Mitgliedstaaten auch auf lange Sicht eine Schwierigkeit darstellen dürfte, sollte dieses Strukturmerkmal der EU nicht davon ablenken, dass vieles auch ohne Einstimmigkeit erreicht werden kann. Dies gilt besonders dort, wo die Sicherheitspartner bereits bilaterale Beziehungen zu einzelnen EU-Staaten unterhalten oder in Formaten wie der Nato, der G7 oder den E-Gruppen mit ihnen zusammenarbeiten. Das trifft im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik selbstredend vor allem auf jene Mitgliedstaaten zu, die aufgrund eigener militärischer Fähigkeiten und bzw. oder Rüstungsindustrie für die Partnerstaaten besonders relevant sind, wie etwa Frankreich für Indien. Für alle Partner mit Ausnahme der Beitrittskandidaten gilt dabei, dass die SDP mit der EU als eine Ergänzung zu bestehenden Beziehungen mit den Mitgliedstaaten zu sehen ist. Damit drängt sich die Frage nach der Zuverlässigkeit

als Partner zwar nicht ganz so stark auf wie im Falle der USA, doch auch die politische Stabilität in Brüssel ist begrenzt.

Die Herausforderungen an die Sicherheitskooperation mit Drittstaaten würden ungleich größer, wenn sich der Trend hin zu einer stärker ethnonationalistisch geprägten Politik in Europa fortsetzt. Denn die EU ist erstens gerade deshalb als Partnerin interessant, weil den SDPs die normative Vorstellung einer auf multilateralen Regeln basierenden Weltordnung zugrunde liegt. Diese für Mittelmächte und kleinere Staaten besonders attraktive Alternative zu einer Großmächtepolitik, die auf dem Recht des Stärkeren gründet, würde dann wegfallen. Und zweitens würden »Europe First« oder gar »Make Europe bzw. France, Italy oder Germany Great Again«-Ideologien nicht nur die Spannungen innerhalb Europas verstärken. Sie würden voraussichtlich auch das europäische Interesse an einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit Partnern außerhalb des transatlantischen Raumes schwächen und einer eher auf transaktionale Deals orientierten Sicherheitspolitik Platz machen.

Wenig überraschend lässt sich deshalb beobachten, dass globale Partner die Sicherheitskooperation mit der EU zwar vor dem Hintergrund der zunehmend volatilen Weltlage vorantreiben. Sie tun dies aber nicht in erster Linie, um sich gegen eine bestimmte Gefahr zu verteidigen oder gegen ein bestimmtes Risiko abzusichern. Dafür wäre die EU ein zu schwacher Verbündeter und bietet zudem in den SDPs bisher auch kein gegenseitiges Beistandsversprechen an. Vielmehr geht es allen Partnern darum, im Sinne einer Diversifizierung politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehungen ihre Resilienz allgemein zu erhöhen.

Handlungsempfehlungen

Die in rascher Abfolge ausgehandelten zwölf SDPs schaffen somit einen Rahmen für die Diversifizierung der Sicherheitsbeziehungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu ausgewählten Partnern. Dieser muss aber erst mit konkreten Inhalten gefüllt werden. Mit Blick auf die weitere Entwicklung ergeben sich daraus für die EU und ihre Mitgliedstaaten fünf Handlungsempfehlungen.

Erstens: Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten das Momentum, das mit dem Abschluss der SDPs entstanden ist, nutzen, um die dort vereinbarte Kooperation durch konkrete Projekte auf eine langfristig

tragfähige Grundlage zu stellen. Dies gilt insbesondere für Bereiche, in denen die SDPs eine Zusammenarbeit in neuen Politikfeldern oder zwischen bislang nicht miteinander kooperierenden Institutionen vorsehen. Hier sollten Programme ausgearbeitet und implementiert werden, die auch auf lange Sicht im überwiegenden gemeinsamen oder zumindest prioritären Interesse der beteiligten Parteien sind. Auf diese Weise können konkrete Resultate und ein nachhaltiger Nutzen generiert werden. Kanada, das in besonderem Maße eine Vertiefung der Partnerschaft anstrebt, könnte mit der EU eine Avantgarde bilden, die demonstriert, wie weit jene inhaltlich ausgefüllt werden kann.

Der Fokus auf solchen Projekten sollte auch die nun regelmäßig geplanten Treffen und Dialogformate auf ministerieller und oberster administrativer Ebene bestimmen. Um das bestehende Momentum nicht aufgrund fehlender zeitlicher und finanzieller Ressourcen zu verlieren, sollten das Lancieren und Ausgestalten von Initiativen an den regulären politischen Begegnungskalender angekoppelt und möglichst in diesen integriert werden. Reisezeiten und -aufwand lassen sich zudem durch eine Bündelung von Treffen am Rande multilateraler oder multilateraler Veranstaltungen reduzieren, wie sie zum Beispiel von der ASEAN oder von privaten Organisationen wie der Münchner Sicherheitskonferenz und dem International Institute for Strategic Studies (IISS) in Singapur ausgerichtet werden. Eine vollständig einheitliche Vorgehensweise aller Akteure in der EU wird wohl immer ein Desiderat bleiben. Dennoch sollte darauf hingearbeitet werden, dass die Politiklinien zumindest einer kritischen Zahl einflussreicher EU-Mitgliedstaaten die Initiativen der EU-Kommission ergänzen und wo immer möglich verstärken. Dies gilt beispielsweise für Projekte der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und der maritimen Sicherheit.

Dabei gilt es für die EU, selbst »partnerschaftsfähig« zu werden. Mit den SDPs hat sie einen Instrumentenkasten für die sicherheitspolitische Kooperation aufgebaut. Wie man an dem Vorschlag einer »Assoziierten Mitgliedschaft« für Kanada sieht, ist der zentrale Modus Operandi der EU aber weiterhin, Drittstaaten die Integration in ausgewählte EU-Instrumente anzubieten. Preis dieser Integration ist dabei in der Regel, dass diese Drittstaaten EU-Regeln akzeptieren oder – wie bei SAFE – einen finanziellen Beitrag leisten, beides ohne nennenswerte eigene Mitbestimmung. Für Beitrittskandidaten und auch

EW-Mitglieder wie Norwegen und Island ist dieses Prozedere folgerichtig. Für Partner wie Kanada, Japan, das Vereinigte Königreich oder Indien, die keine Integration anstreben, ist es nicht zufriedenstellend, wie das Scheitern der Verhandlungen über eine britische Beteiligung an SAFE im Herbst 2025 gezeigt hat. Partnerschaft ist etwas anderes als Integration und erfordert vielmehr reziprok gestaltete Kooperation auf Augenhöhe.

Für die Weiterentwicklung der Sicherheitspartnerschaften, insbesondere mit Staaten des zweiten und dritten Kreises, sollte die EU daher diese Partnerschaftsfähigkeit ausbauen. Ein erster konkreter Schritt wäre, Beitrag und Mitsprache zu koppeln: Wo Partner Projekte mitfinanzieren, sollten sie an deren Steuerung beteiligt sein, zum Beispiel über gemeinsame Lenkungsgruppen in Initiativen wie der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit, wovon sie bisher ausgeschlossen sind. Bei der Rüstungskooperation könnte die EU – auch im eigenen Interesse – stärker auf Reziprozität mit wechselseitigen Zugängen setzen und damit auf eine gegenseitige Annäherung hinarbeiten, anstatt eine einseitige Anpassung der Partner zu erwarten. Langfristig könnte dies auch in gemeinsame Institutionen mit den Partnern münden, die Regeln und Handlungskapazitäten schaffen, die keiner Seite allein gehören.

Zweitens: Nach der Phase des schnellen Abschlusses der SDPs sollte geprüft werden, mit welchen weiteren Partnern, die für die Sicherheit Europas relevant sind, die EU Sicherheitspartnerschaften eingehen sollte. Aus Kapazitätsgründen sollte dies eine gezielte Erweiterung der SDPs werden. Als besonders enge Sicherheitspartner, mit denen bisher keine SDP besteht, stechen die in diesem Band analysierten Fälle Ukraine und Türkei hervor. Eine formelle Sicherheitspartnerschaft könnte in beiden Fällen sehr unterschiedliche Wirkungen haben. Im Hinblick auf die Ukraine stellt sich die Frage, ob die EU über das bisherige SDP-Format hinaus eine deutlich vertiefte Sicherheitspartnerschaft vereinbaren könnte – potentiell bis hin zu einer politischen Anwendung der Beistandsklausel von Art. 42 (7) EUV, wie es Bundeskanzler Merz im Mai 2026 vorgeschlagen hat.³

3 Peter van Elsuwege/Roman Petrov, »Towards an »Associate Membership« Status for Ukraine?«, *Verfassungsblog*, 28.5.2026, <<https://verfassungsblog.de/towards-an-associate-membership-status-for-ukraine/>> (Zugriff am 6.7.2026).

Die Türkei stellt die EU vor eine Herausforderung anderer Art. Die Vereinbarung einer SDP mit ihr wird derzeit sowohl von dem weiterhin schwierigen Verhältnis der Türkei zum EU-Mitglied Zypern als auch durch innenpolitische Entwicklungen in der Türkei blockiert. Dennoch sollte die EU eingedenk ihrer geostrategischen Interessen prüfen, ob und in welcher Art eine SDP mit der Türkei neue und für beide Seiten positive Impulse setzen könnte – ungeachtet des eingefrorenen Beitrittsprozesses.

Eine Ausweitung der SDPs jenseits der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft hängt von der Frage der geopolitischen Priorisierung der EU ab. Bisher konzentrieren sich die Partner auf den transatlantischen, den europäischen und den indo-pazifischen Raum. Mit Blick auf das sicherheitspolitische Engagement der EU-Staaten und die Interessen der EU in diesem Politikfeld sollte geprüft werden, ob sich Partner im Nahen Osten sowie in Süd- und Mittelamerika anbieten. Im Nahen Osten könnte dies insbesondere vor dem Hintergrund der Reorganisation der sicherheitspolitischen Beziehungen dort nach dem US-israelischen Krieg gegen Iran seit Frühjahr 2026 relevant sein. Darüber hinaus stellt sich die Frage, in welchem Umfang die EU ihr sicherheitspolitisches Engagement in Afrika auch über das Instrument der Sicherheitspartnerschaften fortführen und ausbauen möchte. Ghana ist dort bisher der einzige SDP-Partner, obwohl in der Frühphase der GSVP in den 2000er Jahren die Mehrzahl der militärischen EU-Operationen im frankophonen Subsahara-Afrika stattgefunden hat und die EU über die Europäische Friedensfazilität in der Region als Unterstützer militärischer Aufbauprogramme aktiv ist.⁴

Drittens: Die EU sollte sowohl intern wie gegenüber ihren Partnern möglichst Friktionen reduzieren, statt neue zu schaffen. Intern bedeutet dies insbesondere, die Zusammenarbeit zwischen dem EAD, der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der SDPs zu verbessern. Für eine erfolgreiche Partnerschaft sollten zum Beispiel gemeinsame Treffen der jeweiligen Außenministerinnen und Außenminister mit der Hohen Vertreterin vom EAD,

von der Kommission und den Mitgliedstaaten im Rat gemeinsam vorbereitet werden. Auf diese Weise ließen sich sicherheitspolitische Kooperationen gezielt mit anderen Bereichen der Zusammenarbeit verknüpfen. Dies würde die EU für ihre Partner attraktiver machen und zugleich ihren politischen Hebel vergrößern, wenn sie – wie etwa bei SAFE – auch ihre wirtschaftliche Stärke in die Sicherheitsbeziehungen einbringen kann.

Auch die bilateralen Beziehungen der Mitgliedstaaten mit den SDP-Partnern sollten konstruktiv in den gemeinsamen europäischen Rahmen eingebunden werden. Bei Rüstungsk Kooperationen stehen EU-Staaten teilweise in Konkurrenz zueinander; dies wird sich nicht vollständig vermeiden lassen. Mehr Transparenz unter den Mitgliedstaaten über ihre jeweiligen bilateralen Beziehungen zu den Sicherheitspartnern könnte die innereuropäische Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten jedoch bereits verbessern. Ein mögliches Vorbild ist der Umgang der EU-Staaten mit dem Vereinigten Königreich seit dem Brexit. Insbesondere Deutschland, das auch auf nationaler Ebene eine Ausweitung globaler Sicherheitspartnerschaften anstrebt, könnte dazu beitragen, einzelstaatliche und europäische Initiativen stärker zu verzahnen.

Viertens: Auch extern können die SDPs dazu beitragen, Friktionen zwischen der EU und einer zunehmend europäisch geprägten Nato zu reduzieren. Mit Ausnahme der Türkei, der USA sowie Montenegros, das für 2028 den Beitritt zur EU anstrebt, hat die EU inzwischen mit den zentralen Nicht-EU-Nato-Partnern Sicherheitspartnerschaften abgeschlossen. Dies bietet eine Grundlage dafür, ausgewählte EU-Programme in den Bereichen Rüstungsk Kooperation, Finanzierung und militärische Mobilität auch für Nato-Partner mit SDP zu öffnen. Bis dato betrifft dies Albanien, Island, Kanada, Nordmazedonien, Norwegen und das Vereinigte Königreich. Eine solche Öffnung könnte die Komplexität der europäischen Sicherheitsarchitektur verringern und dazu beitragen, bestehende Bruchlinien zwischen der EU und der Nato zu überbrücken – insbesondere wenn die EU im Sinne der ersten Empfehlung ihre Partnerschaftsfähigkeit ausbaut.

Fünftens: Die EU sollte mit ausgewählten Sicherheitspartnern über das bilaterale Format der SDPs hinausgehen. Wenn sie mittelfristig zu einem eigenen sicherheitspolitischen Gravitationszentrum werden will, sollte sie darauf hinwirken, mehrere ihrer SDP-Partner in gemeinsamen Konfigurationen zusammenzubringen. Denkbar wären zum Beispiel

4 Muriel Asseburg/Ronja Kempin (Hg.), *Die EU als strategischer Akteur in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Eine systematische Bestandsaufnahme von ESVP-Missionen und Operationen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Dezember 2009 (SWP-Studie 32/2009), <www.swp-berlin.org/publikation/esvp-missionen-bestandsaufnahme> (Zugriff am 9.7.2026).

Formate der EU mit den europäischen Nato-Staaten und Kanada oder mit ihren Partnern im Indo-Pazifik. Für Europa hat Kommissionspräsidentin von der Leyen die Einrichtung eines Europäischen Sicherheitsrats – mit »Partnern wie Kanada, Norwegen, der Ukraine, Großbritannien und anderen«⁵ – vorgeschlagen. Auch wenn die genaue Ausgestaltung eines solchen Formats noch umstritten ist, sollte die Grundidee, die EU ins Zentrum eines Netzwerks befreundeter Staaten zu stellen und die SDP-Partner miteinander zu verknüpfen, zielstrebig umgesetzt werden. Insbesondere dort, wo Diversifizierung die Bildung größerer Koalitionen von Staaten erfordert, etwa bei der Sicherung des Zugangs zu seltenen Erden oder beim Ausbau von Lieferketten im Rüstungsbereich, könnte eine solche Vernetzung der SDP-Partner durch die EU einen Mehrwert schaffen, der weit über die einzelnen bilateralen Partnerschaften hinausgeht.

5 Europäische Kommission, »Rede von Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union 2026«, 16.9.2026, <https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_26_1868> (Zugriff am 18.9.2026).

Anhang

Abkürzungen

ANZUS	Australia, New Zealand, United States	EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
APEC	Asia Pacific Economic Cooperation	FAC	Foreign Affairs Council (Rat für Auswärtige Angelegenheiten)
ASAP	Act in Support of Ammunition Production (Verordnung zur Förderung der Munitions- produktion)	FIMI	Foreign Information Manipulation and Interference (Manipulation von Informationen und Einmischung aus dem Ausland)
AUKUS	Australia, United Kingdom, United States	FOIP	Free and Open Indo-Pacific
BIP	Bruttoinlandsprodukt	FPV	First Person View
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung	FTA	Free Trade Agreement (Freihandelsabkommen)
CPCC	Civilian Planning and Conduct Capability (Ziviler Planungs- und Durchführungsstab)	GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
CPTPP	Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership	GAC	General Affairs Council (Rat für Allgemeine Angelegenheiten)
CSDP	Common Security and Defence Policy	GCAP	Global Combat Air Programme
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst	GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EDA	European Defence Agency (Europäische Verteidigungsagentur)	IMF	International Monetary Fund (Internationaler Währungsfonds)
EDF	European Defence Fund (Europäischer Verteidigungsfonds)	JEF	Joint Expeditionary Force
EDIP	European Defence Industry Programme (Programm für die europäische Verteidigungsindustrie)	MPCC	Military Planning and Conduct Capability (Militärischer Planungs- und Durchführungsstab)
EDTIB	European Defence Technological and Industrial Base	MSP	Maritime Sicherheitspartnerschaft
EEAS	European External Action Service (Europäischer Auswärtiger Dienst)	Nato	North Atlantic Treaty Organization
EEZ	Exclusive Economic Zone (ausschließliche Wirtschaftszone)	NORDEFCO	Nordic Defence Cooperation
EFTA	European Free Trade Association (Europäische Freihandelsassoziation)	OAS	Organization of American States
EMPACT	European Multidisciplinary Platform Against Criminal Threats (Europäische Multidisziplinäre Plattform gegen Kriminalitätsbedrohungen)	PESCO	Permanent Structured Cooperation (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit)
EPA	Economic Partnership Agreement	PSK	Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee
EPF	European Peace Facility (Europäische Friedensfazilität)	RUSI	Royal United Services Institute
EPRS	European Parliamentary Research Service	SAA	Stabilisation and Association Agreement (Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen)
ESA	European Space Agency	SAFE	Security Action for Europe
ESDC	European Security and Defence College (Europäisches Sicherheits- und Verteidigungskolleg)	SDP	Security and Defence Partnership (Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft)
ESIWA+	Enhancing the EU's Security Cooperation in and with Asia and the Indo-Pacific	SPA	Strategic Partnership Agreement
ESSI	European Sky Shield Initiative	UK	United Kingdom (Vereinigtes Königreich)
EUISS	European Union Institute for Security Studies	VK	Vereinigtes Königreich
EUMAM	European Union Military Assistance Mission in Ukraine	WPUK	Working Party on the United Kingdom (Ratsarbeitsgruppe »Vereinigtes Königreich«)
	Support of Ukraine (Militärische Unterstützungs- mission der Europäischen Union zur Unter- stützung der Ukraine)		

Die Autorinnen und Autoren

Dr. Hürcan Aslı Aksoy

Senior Fellow am Centrum für angewandte Türkei-
studien (CATS)

Dr. Yaşar Aydın

Wissenschaftler am Centrum für angewandte
Türkeistudien (CATS)

Dr. Eric J. Ballbach

Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Asien

Jake Benford

Senior Expert für Europa und Geopolitik im Europa-
Programm der Bertelsmann Stiftung

Johanna Flach

Forschungsassistentin in der Forschungsgruppe
EU/Europa

Rocco Görhardt

Forschungsassistent in der Forschungsgruppe
Amerika

Dr. André Härtel

EU-Referent des Sächsischen Landtags in Brüssel,
ehemaliger Büroleiter des SWP-Büros in Brüssel

Dr. Michael Paul

Gastwissenschaftler in der Forschungsgruppe
Sicherheitspolitik

Dr. Alexandra Sakaki

Stellvertretende Forschungsgruppenleiterin der
Forschungsgruppe Asien

Dr. Tobias Scholz

Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Asien

Fagun Singh

Ehemalige Praktikantin in der Forschungsgruppe
Asien

Dr. Johannes Thimm

Forschungsgruppenleiter der Forschungsgruppe
Amerika

Dr. Nicolai von Ondarza

Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa

Dr. Marina Vulović

Akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Inter-
nationale Beziehungen der Universität Potsdam und
Gastwissenschaftlerin in der Forschungsgruppe
EU/Europa

Dr. Christian Wirth

Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Asien

